S. 13

QQP 12/2

Schleswig-Holsteinischer Landtag Plenarprotokoll **12/2**

12. Wahlperiode

28. 06. 88

2. Sitzung

Kiel, Dienstag, 28. Juni 1988

Mitteilungen des Präsidiums 14

Regierungserklärung

Björn Engholm, Ministerpräsident 14, 73
Heiko Hoffmann (CDU) 26
Gert Börnsen (SPD) 34
Karl Otto Meyer (SSW) 39, 54, 67
Klaus Kribben (CDU) 44
Jens Vollert (SPD) 50
Dr. Franz Froschmaier, Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr 53
Günther Jansen, Minister für Soziales, Gesundheit und Energie 57
Gudrun Hunecke (CDU) 61
Ute Erdsiek-Rave (SPD) 63
Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD) 66
Dr. Peter Bendixen (CDU) 69
Dr. Hans Peter Bull, Innenminister 71

Zustimmung gemäß Artikel 29 der Landessatzung

Antrag der Landesregierung
Drucksache 12/13

Heide Simonis, Finanzministerin 76
Klaus Kribben (CDU) 77
Peter Wellmann (SPD) 78
Günther Jansen, Minister für Soziales, Gesundheit und Energie 80

Beschluß: Annahme 80

Wahl der Mitglieder des Landtages für den Landeswahlausschuß

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU und des Abgeordneten Karl Otto Meyer (SSW)
Drucksache 12/15

Beschluß: Annahme 81

Wahl der Mitglieder der nach dem Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz zu bildenden Kontrollorgane

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und der CDU
Drucksache 12/16

Beschluß: Annahme 81

Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission des Verfassungsschutzes

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU und des Abgeordneten Karl Otto Meyer (SSW)
Drucksache 12/17

Beschluß: Annahme 81

Wahl der Mitglieder des Landtages für den gemäß § 23 Abs. 7 des Finanzausgleichsgesetzes zu bildenden Ausschuß

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und der CDU
Drucksache 12/18

Beschluß: Annahme 81

Wahl der Mitglieder des Landtages zum Richterwahlausschuß

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und der CDU
Drucksache 12/19

Beschluß: Annahme 81

Wahl von drei stimmberechtigten Mitgliedern für den Landesjugendwohlfahrtsausschuß

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und der CDU

Drucksache 12/20

Beschluß: Annahme 81

Wahl der Mitglieder des Landtages für den Kleingartenausschuß

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und der CDU

Drucksache 12/21

Beschluß: Annahme 81

Haushaltsrechnung 1986 und Vermögensübersicht 1986

Bericht des Finanzministers

Drucksache 11/50

Beschluß: Überweisung an den Finanzausschuß 81

Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1988

Bericht des Eingabenausschusses

Drucksache 12/12

Beschluß: Kenntnisnahme und Bestätigung der Erledigung 81

Regierungsbank:

Björn Engholm, Ministerpräsident

Marianne Tidick, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bundesangelegenheiten

Gisela Böhrk, Frauenministerin

Dr. Hans Peter Bull, Innenminister

Dr. Klaus Klingner, Justizminister

Heide Simonis, Finanzministerin

Dr. Franz Froschmaier, Minister für Wirtschaft Technik und Verkehr

Hans Wiesen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei

Dr. Berndt Heydemann, Minister für Natur und Umwelt

Günther Jansen, Minister für Soziales, Gesundheit und Energie

Eva Rühmkorf, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur

Beginn: 10.00 Uhr

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Meine Herren und Damen! Ich eröffne die 2. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß eingeladen und beschlußfähig.

Meine Herren und Damen, der Chef der Staatskanzlei hat mir mit Schreiben vom 7. Juni 1988 folgendes mitgeteilt:

> „Gemäß § 14 Abs. 5 der Geschäftsordnung der Landesregierung Schleswig-Holstein zeige ich hiermit an, daß die Landesregierung nachstehende Landtagsabgeordnete zu Parlamentarischen Vertretern ernannt hat:
>
> 1. Peter Zahn zum Parlamentarischen Vertreter des Innenministers,
> 2. Uwe Gunnesson zum Parlamentarischen Vertreter des Ministers für Wirtschaft, Technik und Verkehr im Bereich „Verkehr",
> 3. Günter Neugebauer zum Parlamentarischen Vertreter des Ministers für Wirtschaft, Technik und Verkehr im Bereich „Wirtschaft",
> 4. Sigrid Warnicke zur Parlamentarischen Vertreterin des Ministers für Soziales, Gesundheit und Energie im Bereich „Soziales",
> 5. Horst Hager zum Parlamentarischen Vertreter der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur im Bereich „Jugend und Sport"."

Meine Herren und Damen, Sie haben in den letzten Tagen mehrere verschiedenfarbige Aufstellungen über die im Ältestenrat und mit mir vereinbarten Redezeiten erhalten. Die neueste Fassung – diesmal in Weiß – mit dem Stand vom heutigen Tage ist für den Ablauf dieser Tagung verbindlich.

Der Ältestenrat hat sich dahin verständigt, die Tagesordnung mit Ausnahme des Tagesordnungspunktes 4 in der ausgedruckten Reihenfolge zu behandeln. Mit dem Tagesordnungspunkt 4 – Einsetzung einer Enquete-Kommission für die Parlaments-und Verfassungsreform – werden wir die morgige Sitzung um 10.00 Uhr beginnen.

Ohne Aussprache sollen die Tagesordnungspunkte 6 bis 13 sowie 15 behandelt werden.

Zur Aktuellen Stunde und zur Fragestunde liegen keine Beratungsthemen vor.

Wir werden unter Einschluß einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 19 Uhr tagen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Ich rufe dann Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Björn Engholm, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was Regierungserklärungen sein können und was nicht, das wissen wir alle. Sie können geschneidert sein wie ein weiter Mantel, der verhüllt, was die Regierenden gern als Herrschaftswissen für sich behalten möchten – gleichsam ein Faltenwurf der Obrigkeit. Wir haben darin auch in diesem Hause Erfahrungen. Sie können geschminkt sein, um den Bürgerinnen und Bürgern des Landes ein angenehmes Bild zu bieten. Sie können – was am schlimmsten ist – Selbstbetrug sein.

(Ministerpräsident Björn Engholm)

In jedem Falle sind Regierungserklärungen dieser Art eine Beleidigung der Wählerinnen und Wähler, und sie sind zugleich eine Torheit der Regierenden, denn auf die Dauer läßt sich der Souverän unseres Landes nicht für dumm verkaufen. Politiker, die das nicht wahrhaben wollen, lernen es eines Tages; sie lernen es spätestens an dem Tag, an dem sie wegen ihrer Unfähigkeit politisch gescheitert sind.

Die neue Landesregierung von Schleswig-Holstein legt Ihnen heute eine Regierungserklärung in Form eines nüchternen Arbeitspapiers vor, das Ziele benennt, die sie sich vorrangig gesetzt hat. Weitergehende Absichten und Pläne, die wir mit Zähigkeit und Augenmaß verfolgen werden – längerfristig verfolgen werden –, stehen – wie es sich in diesem Lande gehört – unter einem Finanzierungsvorbehalt. Und dieser Vorbehalt muß angesichts der aktuellen finanziellen und wirtschaftlichen Lage in aller Deutlichkeit markiert werden.

Weltweit vollzieht sich seit Ende der siebziger Jahre ein rasanter ökonomischer Strukturwandlungsprozeß. Neue Produktionstechnologien wurden entwikkelt, neue Produktionskonzepte sind entstanden. Marktlagen haben sich verschoben, und die verstärkte internationale Konkurrenz führt zu einer Beschleunigung des wirtschaftlichen Konzentrationsprozesses. Wir befinden uns gegenwärtig inmitten eines Prozesses der Verschiebung ganzer Branchen- und Unternehmensstrukturen in Europa und weit darüber hinaus. Dieser Prozeß wird verstärkt werden durch die Liberalisierung im internationalen Handel, und er wird immens beschleunigt werden durch die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes ab 1992. In diesen Monaten und Jahren wird über die ökonomische Zukunft des nächsten Jahrzehnts und des beginnenden Jahrtausends auch für Schleswig-Holstein entschieden.

Unser Land, meine Damen und Herren, ist für diese Herausforderungen in bezug auf das Jahr 2000 nicht ausreichend gerüstet. Andere Bundesländer sind lange dabei, den ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturwandel zu gestalten. Bei uns wurde in hohem Maße wirtschafts- und strukturpolitische Abstinenz geübt und durch fleißige PR-Arbeit versucht, den Menschen bittere Wahrheiten vorzuenthalten.

(Beifall bei der SPD)

Am Beginn eines politischen Neuanfangs muß deshalb eine schonungslose Bestandsaufnahme stehen. Das Ergebnis dieser Bestandsaufnahme ist alles in allem erschütternd.

Es liegt in Schleswig-Holstein kein Konzept vor, wie unser Land angesichts der dargestellten ökonomischen Entwicklung neue Produktionsbereiche und neue Zukunftsmärkte erschließen kann.

Es liegt in den beteiligten Ministerien keine Analyse der Produktionspotentiale des Landes und ihrer möglichen Entwicklungsfähigkeit vor.

Welche Chancen für ein Land wie Schleswig-Holstein die Entwicklung von Ökotechnologien haben könnte, ist nie ernsthaft untersucht worden.

Welche Möglichkeiten intensivere politische Kontakte zu unseren skandinavischen Nachbarn und zu den Ländern Osteuropas mit sich bringen könnten, ist nicht hinterfragt worden; mögliche Kontakte zu den Ländern des Ostseeraums sind nie systematisch gepflegt worden.

(Beifall bei der SPD)

Statt über zukunftsorientierte Qualifikationsprofile nachzudenken und darüber Untersuchungen anzustellen, wurde Bildungspolitik im wesentlichen kleinkariert und mit ideologischen Waffen geführt.

(Beifall bei der SPD)

Welche Zukunftsaufgaben den Hochschulen bei der Verbesserung der technologischen Basis unseres Landes, beim Transfer von Wissen aus den Hochschulen in die Betriebe zukommen, wurde nie systematisch analysiert; eine langfristige, den ökonomischen Bedürfnissen angepaßte forschungs- und technologiepolitische Planung existiert in keinem der dafür zuständigen Häuser.

Eine unternehmensbezogene Infrastruktur für Information und Innovationsberatung, insbesondere für die mittelständischen Betriebe und für das Handwerk – geschweige denn für die Arbeitnehmer – besteht allenfalls in Ansätzen.

In der Regionalpolitik gibt es weder für die Westküste noch für den Landesteil Schleswig Konzepte, wie die regionale Wirtschaftsstruktur dort verbessert, die Ansiedlungsattraktivität erhöht und Unternehmensgründungen stimuliert werden könnten.

(Beifall bei der SPD)

Eine selbstbewußte und aktive politische Vertretung beim Bund hat es ebensowenig gegeben wie eine konsequente Interessenvertretung gegenüber Brüssel; der europäische Industriestandort Schleswig-Holstein ist dort nie zum Tragen gebracht worden.

Die finanzpolitische Bilanz korrespondiert mit der wirtschafts-und strukturpolitischen.

Die uns von der Vorgängerregierung hinterlassenen **Schulden** belaufen sich gegenwärtig fundiert auf **17,1 Milliarden DM.** Das ist angesichts der eher schwachen Wirtschaftsdecke des Landes eine ausgemachte Katastrophe.

(Beifall bei der SPD)

Diese Katastrophe wird in ihren Auswirkungen erst dann besonders deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß, ohne daß die neue Regierung einen Finger rührt, die fundierten Schulden im Jahre 1990 eine Last von 21 Milliarden DM erreicht haben werden. Dahinter stehen horrende jährliche **Neuverschuldungen**: 1988 plus 1,2 Milliarden DM, 1989 noch einmal, geplant von der alten Regierung, 1,1 Milliarden DM. Wir wissen angesichts der Entwicklung, daß das eher optimistische Einschätzungen sind. Sie haben uns in die Nähe des § 18 der Landeshaushaltsordnung gebracht: In kurzer Zeit wird die Netto-Kreditaufnahme die **Investitionsquote** übersteigen.

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Sie haben uns damit vor das absolute Aus jeder Bewegungsfreiheit der Politik des Landes Schleswig-Holstein gebracht.

(Beifall bei der SPD)

Die Dramatik dieser Entwicklung, meine Damen und Herren, wird besonders deutlich, vergleicht man die Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer. Hier liegt Schleswig-Holstein bereits im Jahre 1987 um fast 1900 DM Verschuldung je Kopf der Bevölkerung höher als die anderen. Das heißt, im Vergleich zum Durchschnitt der anderen Flächenländer ist Schleswig-Holstein mit fast 5 Milliarden DM höher belastet. Was das für Zins- und Tilgungsraten bedeuten, kann sich jeder Finanzpolitiker ausrechnen.

Die alte Regierung hat mit dieser Verschuldungspolitik einen Treibsatz gelegt, der sich mittelfristig für die wirtschaftliche Zukunft des Landes als ein bösartiger Sprengsatz erweisen kann. Der Haushalt wird gelegentlich, etwa bei Bundestagsdebatten, als das „Hauptbuch der Nation" bezeichnet. Ich sage: Die alte Regierung hat dieses Hauptbuch der Nation allenfalls wie eine Schülerkladde geführt.

(Beifall bei der SPD)

Da wurden Grundsätze der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit als störend zur Seite gewischt. Da wurden Verpflichtungen eingegangen ohne sorgfältige Prüfung der Folgekosten. Da wurde die **mittelfristige Finanzplanung** des Landes schon bei der Drucklegung zur Makulatur. Einem Steigerungssoll von 3 % stand 1985 ein Ist von 4,7 % und 1987 ein Ist von 5,7 % gegenüber. In die neueste Finanzplanung ist kein Geld für Projekte eingestellt – ich bitte, das im Parlament sorgfältig zu registrieren –, für die zum Teil von der alten Regierung weitreichende Verpflichtungen eingegangen worden sind. Ich nenne Beispiele. Die Nordische Universität, die, wie der Rechnungshof sagt, uns mittelfristig mit mehr als einer viertel Milliarde DM belasten kann, ist in der Planung mittelfristig nicht etatisiert. Die Managementschule, kurz vor der Wahl mit der Mehrheit hier aus dem Boden gestampft, ist nicht etatisiert. Ich nenne des weiteren die Gentechnologie oder Geomar mit dem heutigen Konzept, wo eine Mitfinanzierung institutioneller Art des Bundes, wie die Aktenlage zeigt, ausgeschlossen ist, des weiteren das Oceaneum oder das Personal der Medizinischen Universität Lübeck. Allein dies macht im kommenden Jahr Verpflichtungen in der Größenordnung von 40 Millionen bis 50 Millionen DM aus, ohne daß eine D-Mark in die Planung eingestellt worden ist.

(Rolf Selzer [SPD]: Das schwarze Chaos!)

Weitere **zwangsläufige Mehrausgaben** für die nächsten Jahre sind von der alten Regierung ebenfalls nicht in Rechnung gestellt worden. Notwendige Kapitalerhöhungen bei der Landesbank oder bei HDW, Zuschüsse für die Universitätskliniken, finanzielle Hilfen für die Ausbildungsstätten des Gesundheitswesens, steigende Kosten der Sozialhilfe, Fortsetzung von Hochbaumaßnahmen, neue Stellen, die infolge der Arbeitszeitverkürzung notwendig werden, sind in der mittelfristigen Finanzplanung nicht enthalten. Sie haben in diesem Sinne eine Haushaltspolitik betrieben,die jeder Beschreibung spottet. Sie haben den Handlungsspielraum dieses Landes finanzpolitisch wie durch eine Garotte eingeschnürt. Das wird uns alle teuer zu stehen kommen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist für mich absolut unverständlich, wie eine Regierung auf der Basis dieser beschriebenen Finanzpolitik und einer so zustande gekommenen desolaten Finanzsituation einer **Steuerreform** zustimmen kann, die das Land Schleswig-Holstein allein bis 1992 weiterhin mit einer Milliarde DM Mindereinnahmen belasten wird. Wenn Sie die Zahlen und Angaben, die ich Ihnen vorher genannt habe, mit dieser weiteren Milliarde DM Ausfall bei den öffentlichen Finanzen korrespondieren lassen, dann wissen Sie, daß die Zustimmung zur Steuerreform ein Akt des finanzpolitischen Selbstmords für das Land Schleswig-Holstein ist.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts dieser desolaten Finanzsituation wird es extrem schwer werden, eine Finanzkonsolidierung in den nächsten Jahren zu erreichen.

Die neue Regierung wird sich von der Einsicht in diese schlimmen finanziellen Beschränkungen nicht lähmen lassen in der Entwicklung von Zukunftsperspektiven, die über diesen zweifelsfrei kargen Tag hinausreichen. Wir werden im Dialog mit den Menschen unserer Gesellschaft Wege ebnen und Ziele benennen, die nach meinem Verständnis heute die wesentlichen Aufgaben einer demokratischen Regierung sind.

Wir wollen eine Gesellschaft schaffen, in der nicht mehr bewußt benachteiligt wird, ausgegrenzt und gedemütigt, in der Gemeinsinn und Sozialität vor Eigennutz stehen, in der Gerechtigkeit zu üben Alltag von Politik und Verwaltung dieses Landes wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen Wirtschaft, Technik und Wissenschaft des Landes beflügeln und fördern, damit sie den Menschen und dem Gemeinwohl dienen und nicht Selbstzweck werden.

Wir wollen Natur, Mitwelt und Umwelt schonen, schützen und regenerieren, weil wir ohne sie als Menschen auf Dauer nicht existieren können.

Wir wollen Bildung und Kultur fördern, damit alle Menschen ihre vielfältigen Fähigkeiten in Kopf, Herz und Hand entfalten, um so zur Bestimmung über sich selbst wie zur Mitbestimmung ihres Gemeinwesens zu gelangen.

Wir wollen die Frauen als Mehrheit unserer Gesellschaft aus dem praktischen geschichtlichen Elend der Benachteiligung befreien und sie gleichstellen.

Wir wollen eine politische und geistige Streitkultur schaffen, in der aus Gegnern nicht mehr, wie Sie es getan haben, Feinde gemacht werden,

(Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsident Björn Engholm)

in der vernunftvolle Ideen und Vorschläge auch dann eine Chance haben, wenn sie aus einem anderen als dem jeweils eigenen Lager vorgetragen werden.

Kurzum: Wir wollen mit praktischer Vernunft eine vernunftvolle Praxis gestalten. Dazu brauchen wir alle Kräfte des Landes Schleswig-Holstein. Wir brauchen die Risikobereitschaft und den Mut der Unternehmer. Wir brauchen das Engagement der Gewerkschaften und der Sozialverbände. Wir brauchen die innovativen Fähigkeiten der Wissenschaft. Wir brauchen eine im Dienen verläßliche, eine im Funktionieren hoch effiziente Verwaltung. Und wir brauchen, wie die Erinnerung an das Bischofspapier zeigt, die moralische Kraft der Kirchen. Die großen Wunder von außen werden selten sein. Die kleinen Wunder aus dem eigenen Land und mit den Menschen dieses Landes zu gestalten, darin liegt die eigentliche Chance des Landes Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD)

Helfen soll uns dabei eine „Denkfabrik", zu der wir die fähigsten Köpfe aus dem Lande und von außerhalb einladen werden.

Meine Damen und Herren, wir wollen die vertrauensvolle Zusammenarbeit der vier norddeutschen **Küstenländer** forcieren, weil wir nicht länger als die kleinen Bittsteller in Bonn mit den Brosamen der Großen abgespeist werden möchten. Wir wollen und wir werden gemeinsam im norddeutschen Bereich das Verfassungsrecht auf Gleichbehandlung politisch beim Bund einklagen. Ein daraus erwachsender solidarischer Föderalismus ist allemal nützlicher und verträglicher als die Fraktionierung in arme und reiche Länder in der Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD)

Wir verstehen Schleswig-Holstein nicht als ein Randgebiet in Europa. Im Gegenteil: Unsere geopolitische Lage weist uns als ein mögliches Zentrum des Nordens aus. Wir sind eine **europäische Region** mit besonderen Chancen der Verbindung zu Skandinavien, der DDR und zu den östlichen Anrainern. Deshalb wollen und werden wir Wegbereiter von Vereinbarungen und Verbindungen mit unseren Freunden in Dänemark, in Norwegen, in Schweden und in Finnland sein.

Und die unmittelbare Nachbarschaft zur DDR gibt uns die Chance, direkt und indirekt am Prozeß der Verständigung mitzuwirken. Wir wollen diese Möglichkeiten voll ausschöpfen.

(Beifall bei der SPD)

Ich erwarte hier auch die Bereitschaft der DDR auf den verschiedensten Gebieten, zu guten Kontakten mit dem Nachbarland Schleswig-Holstein zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Bereitschaft zur verstärkten Zusammenarbeit gilt auch für die Volksrepublik Polen, und sie gilt für die sowjetischen Republiken an der Ostsee.

Wir fordern den Bund auf, mit uns zusammen für eine effiziente Einbindung des Landes Schleswig-Holstein in ein europäisches Verkehrsnetz zu sorgen, damit Schleswig-Holstein diese seine mögliche Brükkenfunktion optimal erfüllen kann.

Das Mare Balticum, die Ostsee, als Region einer aufblühenden wirtschaftlichen und kulturellen Begegnung – das ist eine unserer großen Visionen. Ich halte sie nicht für irreal. Unser Land Schleswig-Holstein steht als Partner dafür bereit.

(Beifall bei der SPD)

Das Zusammenleben von Deutschen und Dänen nördlich und südlich der Grenze ist, im internationalen Maßstab gesehen, zu einem glücklichen Modell gediehen. Beide, die Dänen in Südschleswig wie unsere deutschen Freunde nördlich der Grenze, haben sich um die Verständigung der beiden Völker große Verdienste erworben. Wir werden – auch finanziell – das Prinzip der Gleichberechtigung und der Gleichbehandlung der beiden Kulturen unterstützen.

Zur Pflege der unterschiedlichen Kulturen gehört auch die Bewahrung des Friesischen. Ich erwarte, daß der öffentlich-rechtliche und der private Rundfunk – beide gemeinsam aus guten Konkurrenzgründen – einmal wöchentlich der friesischen Sprache wenigstens einen bescheidenen Platz einräumen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe die Absicht, unseren alten Kollegen und Vizepräsidenten a.D. Kurt Hamer zu meinem persönlichen **Beauftragten** für die Pflege der eben genannten Kontakte zu den **Volksgruppen** zu benennen.

(Beifall bei der SPD – Beifall des Abgeordneten Heiko Hoffmann [CDU])

Meine Damen und Herren, eine Stärkung der Wirtschaftskraft Schleswig-Holsteins ist unverzichtbare Grundbedingung für eine Stärkung auch der gesellschaftlichen Leistungsfähigkeit unseres Landes.

Eine Wirtschaftspolitik, die nur für eine Legislaturperiode konzipiert wird, läuft immer Gefahr, auf Krisenmanagement reduziert zu werden. Wir wollen deshalb mit der Wirtschaft zusammen die Grundlagen für einen langfristigen ökonomischen Umstrukturierungsprozeß der Wirtschaft schaffen, der konzeptionell über ein Jahrzehnt hinausreichen soll.

Ziel dieses Prozesses wird es sein, unser Land zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort in Europa zu machen, dabei den ökologischen Bedingungen voll Rechnung zu tragen, Arbeit für möglichst alle zu schaffen und das Süd-Nord-Gefälle langfristig abzubauen.

Unsere **Wirtschaftspolitik** umfaßt dabei vier Handlungsfelder: Erstens eine reformierte Wirtschaftsförderungspolitik, die das Ziel der längerfristigen Modernisierung der Wirtschaft zur Erschließung neuer Märkte mit qualitativen und quantitativen Beschäftigungszielen verbindet und am vorhandenen Unter-

(Ministerpräsident Björn Engholm)

nehmensbestand und nicht ausgeschöpften Gründungspotential ansetzt;

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

zweitens direkt wirksame, auf die regionalen Bedingungen abgestimmte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, insbesondere zur Eingliederung von Arbeitslosen ins Erwerbsleben;

drittens Investitionsmaßnahmen im Bereich des Ressourcensparens und der Umweltsanierung und

viertens alle rechtlich möglichen und – ich füge einschränkend hinzu – alle finanzierbaren Formen der Arbeitsumverteilung.

Wir wollen eine blühende, eine umweltfreundliche Wirtschaft, in der unternehmerische Initiative sich verbindet mit dem Engagement und dem Fleiß der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und wir wollen damit langfristig Wohlstand und Krisensicherheit für unser Land schaffen.

In einer **konzertierten Aktion** beim Ministerpräsidenten werden wir gemeinsam mit Unternehmern und Gewerkschaften Entwicklungsperspektiven dieser Art für unser Land erarbeiten und auch konkrete Schritte zur Verwirklichung dieser Ziele besprechen.

Wir werden dem Landtag, beginnend mit dem Haushalt 1989, ein **Programm „Arbeit und Umwelt"** vorlegen, in dem die wirtschafts-und beschäftigungspolitischen Instrumente für eine ökologische Erneuerung unseres Landes beschrieben werden. Im Rahmen dieses Programms werden wir – wie schon aus der Opposition heraus gefordert und angekündigt – neuartige Projekte für jugendliche Arbeitslose und für Langzeitarbeitslose, mit besonderer Berücksichtigung des schweren Loses arbeitsloser Frauen, vorschlagen.

Um die Chancen für eine Anschlußbeschäftigung zu erhöhen, werden wir in der konzertierten Aktion von Anfang an beraten, wie Wirtschaft, wie Kammern und wie Verbände eine längerfristige Beschäftigung gemeinsam mit dem Land für Jugendliche sichern können.

Ich werde noch in diesem Jahr Beziehungen zu allen skandinavischen Ländern und zu allen Ländern östlich unserer Grenze aufnehmen. Wir werden Unternehmen ab sofort, wenn sie Interesse haben, in diesen Bereichen tätig zu werden, die Unterstützung des Landes und damit jede gewünschte Hilfestellung geben.

Die tragende Säule unseres Landes ist der **Mittelstand**. Handwerk, Handel und Industrie, Dienstleistungsgewerbe und viele freie Berufe sollen in zunehmendem Maße Träger des Innovationsprozesses werden. Hier bei ihnen findet sich das Know-how, hier findet sich die notwendige Flexibilität, hier finden sich Erfindergeist und Leistungsbereitschaft, um neue Produkte und Märkte zu erschließen. Wir werden in der Wirtschaftspolitik die Bedürfnisse dieses Bereiches der kleinen und mittleren Unternehmen besonders berücksichtigen.

Dem **Fremdenverkehrsgewerbe** des Landes wollen wir helfen, sich zu einer dauerhaften Wachstumsbranche zu entwickeln, und wir werden dabei allen Formen eines „sanften Tourismus" den Vorrang geben.

Unser Land braucht eine Verstetigung der **öffentlichen Investitionen**, besonders im Bereich der Bauwirtschaft. Wir werden den Bund mit Nachdruck auffordern, seiner Verantwortung für die Stadt- und Dorfsanierung, für den Denkmalschutz und für den Wohnungsbau gerecht zu werden. Ein Rückzug des Bundes aus der Städtebauförderung oder ein Ausstieg aus dem § 82 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung würden tödliche Kahlschläge für dieses Land mit sich bringen. Deshalb geht dieser Appell an den Bund.

(Beifall bei der SPD)

Ich beabsichtige, zusammen mit Niedersachsen, mit Hamburg und mit Bremen eine verstärkte wirtschaftliche Kooperation zu entwickeln. Hierbei wollen wir auch eine mögliche arbeitsteilige Präsenz dieser Länder an internationalen Wirtschaftsstandorten prüfen.

Im Rahmen des Landeshaushaltes 1989 werden wir trotz der Finanzenge, wie angekündigt, ein Programm für die **Westküste** und den **Landesteil Schleswig** auflegen, damit gezielte Hilfe zur Stärkung der Wirtschaftsstruktur in dieser Region endlich möglich wird.

(Beifall bei der SPD)

Für unsere auf Dauer notleidende Werftindustrie und die Werftstandorte mahnen wir ein **Küstenstrukturprogramm** vom Bund an. Da Schiffbaupolitik eine nationale Aufgabe ist und bleibt, muß darin eine Bestandsgarantie für die norddeutsche Werftsubstanz enthalten sein.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung wird ihrerseits ein Konzept zur Weiterentwicklung der Werftstandorte vorlegen, das sehr stark auf Diversifizierung und Erschließung neuer Märkte setzen wird.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein braucht notwendig den Anschluß an die technologische Entwicklung anderer Länder. Deshalb fordern wir mehr Hilfen des Bundes zur Verdichtung der **Forschungsinfrastruktur** in unserem Lande, und wir werben nachdrücklich ab sofort um die Bereitschaft großer Forschungseinrichtungen, bei uns zu investieren.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Joachim Lohmann [SPD])

Wir werden ein Konzept für einen praxisnahen Wissenschafts-und Technologietransfer entwickeln, der den besonderen Bedürfnissen des Mittelstandes gerecht wird.

Die Landesregierung setzt sich dafür ein, daß das Mikroelektronikprojekt JESSI nach Schleswig-Holstein kommt. Sie erwartet dabei die Mithilfe aller Bundestagsabgeordneten, die Schleswig-Holstein im Bundestag vertreten.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Meine Damen und Herren, **soziale Gerechtigkeit** ist ein wesentlicher Pfeiler unserer Demokratie. Nur wo Gerechtigkeit und Menschlichkeit geübt werden, haben die Menschen Vertrauen in Gesellschaft, Politik und Staat. Gerechtigkeit in einer Situation des Überflusses üben, mag leicht sein; wir in Schleswig-Holstein werden gezwungen sein, Gerechtigkeit und Solidarität gerade dort zu üben, wo die Mittel begrenzt sind.

Ich sage noch einmal, daß angesichts steigender Produktivität kein Weg an der **Arbeitsumverteilung** vorbeiführt. Das gilt auch für den öffentlichen Dienst. Unter den gegebenen finanzpolitischen Bedingungen wird Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst jedoch nur dann zu neuen Arbeitsplätzen führen, wenn es uns gelingt, uns von der Vorstellung einer linearen Tarifpolitik für alle Besoldungsgruppen zu befreien und neue Wege einzuschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde mich den Gewerkschaften gegenüber dafür einsetzen, daß in der nächsten Tarifrunde als Ausgleich für Arbeitszeitverkürzungen auf Zuwächse ganz oder teilweise verzichtet werden sollte. Die Landesregierung wird sich dann umgekehrt dazu verpflichten, die dadurch eingesparten Mittel voll in die Schaffung neuer Arbeitsplätze umzusetzen. Dies wäre ein gutes Zeichen einer beiderseitigen Solidarität für die Arbeitslosen unseres Landes.

(Beifall bei der SPD)

Eine solidarische Gesellschaft muß zuallererst an Hilfe und Unterstützung jener denken, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können. Ich denke hier an die mehr als 120 000 Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger im Lande Schleswig-Holstein. Wir werden uns dafür einsetzen, daß dieser Personenkreis künftig durch eine **soziale Grundsicherung** abgesichert wird. Dies ist langfristig der einzig wirklich tragende Weg, um die Menschen aus ihrer Not zu befreien.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden vermehrt darauf drängen, daß diesem Personenkreis die Möglichkeiten des zweiten Arbeitsmarktes stärker zur Verfügung stehen als bisher. Das Beispiel Schweden zeigt deutlich, daß Arbeitslosenmittel, die eingesetzt werden, um Arbeit zu schaffen, für die Menschen allemal besser sind, als damit Arbeitslosigkeit auf Dauer zu finanzieren, wie wir es meistens noch tun.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die schleswig-holsteinische Landesregierung wird alles unternehmen, um die im Rahmen des **Gesundheits-Reformgesetzes** der Bundesregierung geplante drastische Selbstbeteiligung der Kranken zu verhindern. Sparen an der Gesundheit ist für uns kein Rezept der Gesundheitspolitik der Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen und werden die **Krankenhausplanung** fortschreiben. Dies wird kein leichter Akt sein. Als Orientierungspunkt gilt die ortsnahe, qualifizierte und wirtschaftliche Krankenversorgung. Dazu gehört auch ein Rettungsdienst, der nicht durch private Dumping-Konkurrenz gefährdet werden darf.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in wenigen Jahren werden fast 20 % der Bevölkerung in Schleswig-Holstein über 60 Jahre alt sein. Alle diese älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen die Chance haben, eine eigenständige Lebenskultur zu entwickeln. Dazu gehört für uns die aktive Einbeziehung der aus dem Berufsleben und den Familienpflichten ausgeschiedenen Menschen in alle gesellschaftlichen Bereiche. Wir wollen die Lebenserfahrung der Menschen, die selbst nicht mehr aktiv in Beruf oder Familie tätig sind, nutzen. Dazu gehört auch eine Verbindung jüngerer Familien und älterer Menschen in bezug auf Wohnen, auf Kinder- und Sozialbetreuung. Wir planen ein **Modellprojekt "Alt und Jung"** und wollen damit die Chancen neuer Gemeinsamkeit der Generationen in unserem Lande erproben.

Wir haben großen Respekt vor der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Arbeit der Wohlfahrtsverbände, der Kirchen und der Kommunen gerade in diesen Bereichen. Wir wollen mit ihnen zusammen auch bei begrenzten Mitteln eine Planung entwickeln, wie der Ausbau ambulanter Pflegehilfen bei uns im Lande vorangetrieben werden kann.

Wir wollen langfristig eine **dezentrale Organisation** der **psychiatrischen** Versorgung. Im Rahmen der Fortschreibung des Psychiatrie-Planes werden wir zunächst in einem Kreis und einer kreisfreien Stadt das Modell regionaler Betreuungskonzepte verwirklichen.

Wir wollen zugleich die Integration von Behinderten und Nichtbehinderten in Kindergärten, Schulen und im Berufsleben, insbesondere im öffentlichen Dienst, fördern und die dafür erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Vor 13 Jahren hat die Sozialdemokratie dieses Landes den **Ausstieg aus der Kernenergie** erstmals gefordert. Heute hat sie dafür vom Wähler eine 55prozentige Zustimmung erhalten. Das heißt, erstmals gibt es hier eine Regierung, die ein demokratisches Mandat für den Ausstieg aus der Kernenergie vorweisen kann.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich denke, dies verpflichtet die Mehrheit im Parlament ebenso wie die Minderheit, auf dieses Mandat zu achten. Wir werden von dieser Legitimationsbasis ausgehend die Sicherheit der schleswig-holsteinischen Atomkraftwerke, ihre Entsorgung und die rechtliche Zulässigkeit ihres Betriebes überprüfen. Die Gutachten dazu sollen bis zum Jahre 1990 vorliegen. Auf dieser Grundlage wird die Landesregierung entscheiden, welche rechtlich möglichen und politisch gebotenen Maßnahmen zum Ausstieg aus der Atomener-

(Ministerpräsident Björn Engholm)

gie ergriffen werden. Es bleibt dabei das Ziel und die Leitlinie der Politik der Landesregierung, diesen Ausstieg bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode erreicht zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich fordere die Stromproduzenten und die Stromanbieter ebenso wie die Kommunen des Landes auf, an diesem Prozeß konstruktiv mitzuarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

In einer konsequenten Energieeinsparung, in konsequenter Nutzung des Prinzips der Kraft-Wärme-Koppelung und in konsequenter Ausnutzung der heute schon vorhandenen Möglichkeiten erneuerbarer Energien liegen alle Chancen, diesen Prozeß in der vorgeschenen Zeitspanne zu bewältigen.

Oft genug ist Schleswig-Holstein in der Vergangenheit Entwicklungen hinterhergelaufen. An diesem Punkt der Erneuerung des Energiesystems in risikoärmerer Form hat Schleswig-Holstein erstmals die Chance, an der Spitze eines technologisch hochmodernen und weltweit beachteten Prozesses zu marschieren. Lassen Sie uns diese Chance nutzen!

(Beifall bei der SPD)

Das Beispiel **Dänemark**, wo kein Atomstrom genutzt wird, aber auch landeseigene kommunale Versorgungsbeispiele wie etwa in Kiel und Flensburg zeigen, welche Möglichkeiten das ganze Land, wenn es dies politisch und unternehmerisch wollte, nutzen könnte.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir überdies nach dem Verursacherprinzip, das ja auch von Ihnen akzeptiert wird, die Kosten der Entsorgung und der Endlagerung auf den Kilowattpreis des Atomstroms umlegen würden, würden Sie feststellen müssen, daß die Atomenergie weit teurer ist, als die heutigen Rechnungen es ausweisen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Die **Entsorgung der Atomkraftwerke** ist ein ungelöstes Problem. Wir fordern die Bundesregierung mit Nachdruck auf, endlichein Konzept für eine sichere Entsorgung in der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen. Wir sind nicht bereit, die von **Mol** über Transnuklear im Kernkraftwerk Brunsbüttel falsch deklariert angelieferten Fässer, die auch Plutonium enthalten, bei uns weiter zwischenzulagern. Sie müssen unverzüglich nach Mol zurücktransportiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die Beförderung radioaktiver Stoffe in Schleswig-Holstein auf das sachlich und rechtlich unvermeidbare Maß zurückführen. Auslandstransporte werden, soweit es rechtlich überhaupt möglich ist, unterbunden werden. Absolut nicht verhinderbare Beförderungen werden grundsätzlich von der Straße auf die Schiene zu verlagern sein.

Der größte Reichtum unseres Landes sind seine Natur und seine Umwelt. Sie zu erhalten und wiederherzustellen ist Existenzbedingung und Existenzgrundlage für unser Land und seine Menschen. Wir können in der Zukunft nur noch mit, aber nicht mehr gegen die Natur unsere Politik gestalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe, um diesem Prinzip Nachdruck zu verleihen, einen Minister für Umwelt und Natur ernannt. Seine vorrangige Aufgabe wird es sein, auf die Umweltverträglichkeit sämtlicher politischen Entscheidungen in diesem Lande Einfluß zu nehmen.

Er wird neben einer konzertierten Aktion Naturschutz auch eine konzertierte Aktion **Ökotechnik und Ökowirtschaft** als einen gemeinsamen Ideenaufbruch von Politik, Forschung, Technik und Praxis organisieren, und er wird eine Naturakademie einrichten, in der Fortbildung und Weiterbildung aller haupt- und ehrenamtlich so engagiert tätigen Menschen in unserem Lande stattfinden können.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die **Abfalldeponie Schönberg** bildet nach wie vor ein nicht ausschließbares Risiko für das Grundwasser, das die Hansestadt Lübeck für Trinkwasserzwecke nutzt. Auf der Basis eines von der Freien Universität Berlin vorgelegten Fragenkatalogs wird meine Regierung gemeinsam mit der Hansestadt Lübeck – und nicht gegen die Hansestadt Lübeck! – konkrete praktische Schritte vereinbaren. Wir werden künftig aus den politisch und rechtlich absolut nicht verhinderbaren Transporten, die von außerhalb kommen, Proben ziehen, um festzustellen, ob dieses Land dadurch Schaden nimmt.

Die Verkehre – das will ich mit Deutlichkeit sagen – werden dadurch für die Transporteure nicht erleichtert werden.

Selbstverständlich schließt der heutige Erkenntnisstand weiterhin jegliche Genehmigung von Abfalltransporten nach Schönberg durch diese Landesregierung aus. Ich appelliere an die anderen Bundesländer, ebenfalls die bestehenden Transportgenehmigungen zu widerrufen beziehungsweise sie so schnell wie möglich auslaufen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden bis zur Mitte der Legislaturperiode ein **Abfallwirtschaftskonzept** vorlegen, das an den Prinzipien „vermeiden – vermindern – verwerten" orientiert ist. Die Sondermüllentsorgung wird Aufgabe einer zu gründenden Landesgesellschaft werden, die sich mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand befinden wird.

(Beifall bei der SPD)

Über Bundestag und Bundesrat werden wir mit aller politischen Kraft darauf drängen, daß ein **Altlastenfonds** für die Sanierung der großen noch vor uns liegenden Explosivstoffe in unserem Boden geschaffen wird. Allein die Kräfte des Landes wären hierbei überfordert.

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Schwerpunkt unserer Natur- und Umweltpolitik wird die Entwicklung eines umfassenden **Regenerationskonzepts** für die Natur sein. Durch dauerhafte und selbsttragende Regenerationsprozesse soll wieder ein stabiles Gleichgewicht der Natursysteme herbeigeführt werden. Wir werden dazu einen Gesamtplan für Natur- und Umweltschutz auf der Basis eines umfassenden Faktoren- und Wirkungskatasters über die Arten und die Ökosysteme und die vom Menschen ausgelösten Schadeinflüsse aufstellen. Größere Flächen als bisher müssen in die Schonung der Natur einbezogen werden. Zur Verbindung von Teilräumen und Biotopen werden wir deshalb ein **Biotopverbundkonzept** in Gang setzen. Die Landesregierung hat überdies beschlossen, die Wattflächen vor dem Deich, alle naturgeschützen Forsten und weitere öffentliche Forsten als Naturschutzflächen auszuweisen.

Das Landschaftspflegesetz wird zu einem neuen Landesnaturschutzgesetz fortentwickelt.

Wir wollen in der Zukunft dafür Sorge tragen - auch dann, wenn es unangenehm ist -, daß den Menschen wichtige Daten und Fakten über den Zustand der Natur selbst an die Hand gegeben werden. Es wird deshalb in periodischen Abständen Berichte über den Zustand der Natur Schleswig-Holsteins geben, die zunächst dem Parlament und dann der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

(Beifall bei der SPD)

Der verbesserte Schutz von Nord- und Ostsee wird einer der ganz großen Schwerpunkte der Umweltpolitik dieser Regierung sein. Das Kabinett hat als Sofortmaßnahme in einer seiner ersten Sitzungen die zügige Einrichtung von Phosphateliminierungsanlagen in den 32 größten Kläranlagen des Landes innerhalb eines Jahres beschlossen. Wir liegen mit diesem Prozeß an der Spitze aller Bundesländer und hoffen, daß sie uns folgen werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden auch noch in diesem Jahr eine **Gülle-Verordnung** erlassen. Gülle-Verordnung und Flächenstillegungen dienen dazu, daß Flächen in einem bestimmten Abstand von Gewässern und anderen nährstoffempfindlichen Biotopen in Zukunft frei von jeder Gülle-Aufbringung bleiben müssen.

Ich habe im Bundesrat in meiner ersten Rede die Bundesregierung aufgefordert, sich nicht zurückzuziehen auf Beschlüsse der Vergangenheit, sondern sich einmal konkret anzugucken, was es bedeutet, wenn eine Robbengeneration bei uns krepiert, und daraus schlußfolgernd ein sofortiges nationales Notprogramm zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bedauere, daß dies noch nicht wirklich in den Köpfen der Verantwortlichen Platz gegriffen hat. Aber wenn wir bedenken, daß die Denitrifizierung allein in Schleswig-Holstein einen Aufwand von 400 Millionen bis 500 Millionen DM verursachen würde, dann sage ich Herrn Töpfer und Herrn Stoltenberg, hier ist eine der langfristig glänzenden Alternativen zu den Ausgaben der Steuerreform. Dies ist etwas, was uns dient und nutzt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben den Tierschutz des Landes aus dem Landwirtschaftsministerium in die Zuständigkeit des Ministers für Natur und Umwelt verlagert. Damit geben wir die für uns so wichtige Verantwortlichkeit und Fürsorgepflicht für alle Tiere in eine Hand. Sie wissen, daß unsere Gesetze Tiere nach wie vor als Sache behandeln. Im Sinne einer Versöhnung von Mensch und Natur treten wir deshalb nachdrücklich für eine Verbesserung des Tierschutzes ein.

(Beifall bei der SPD)

Die Berufung auch eines unabhängigen Sachverständigen und Beauftragen für diesen Bereich wird uns diesem Ziel näherbringen.

Meine Damen und Herren, die Landwirtschaft ist ein prägender Teil der Geschichte und der Gegenwart unseres Landes. Die Regierung wird allen Landwirten Partner bei der Lösung ihrer Probleme und Anwalt ihrer berechtigten Wünsche in Bonn und in Brüssel sein.

Die **landwirtschaftlichen Betriebe** in Schleswig-Holstein brauchen ein Einkommen, das ihnen mittelfristig die Chance zum wirtschaftlichen Überleben gibt. Es ist deshalb eine durchgreifende Reform der **europäischen Agrarmarktordnung** überfällig. Der europäische Agrarmarkt muß im übrigen auch aus ökologischen Gründen reformiert werden. Ich werde noch in diesem Jahr - wie aus der Opposition heraus angekündigt - mit der Landwirtschaft gemeinsam versuchen, eine Linie des Landes Schleswig-Holsteins zu formulieren, die dann konsequent und geschlossen gegenüber dem Bund und gegenüber der Europäischen Gemeinschaft durchgesetzt wird.

Als eine besondere Form der Extensivierung wollen wir ökologisch wirtschaftenden Landwirten eine besondere Förderung geben. Dazu geben wir für einen begrenzten Zeitraum Umstellungshilfen in der Größenordnung der heutigen Extensivierungsförderung.

Wir wollen den Landwirten auch behilflich sein, zusätzliche Einkommensmöglichkeiten zu erschließen, etwa im Fremdenverkehrsbereich oder in der Landschaftspflege. Wir wollen damit langfristig auch Arbeitsplätze für die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer sichern helfen.

Wo immer Landwirte Interesse haben, sich der Direktvermarktung oder der Weiterverarbeitung wieder oder verstärkt zuzuwenden, wird diese Landesregierung sie dabei unterstützen und fördern.

Dasselbe gilt für die Fischerei an unseren Küsten. Wir wollen helfen, daß die kleinen Betriebe und ihre Arbeitsplätze auf Dauer erhalten bleiben.

Meine Damen und Herren, Investitionen in Bildung und Ausbildung sind unverzichtbare Investitionen in die individuelle und die gesellschaftliche Zukunft.

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Wir wollen deshalb ein **Bildungssystem** in Schleswig-Holstein, in dem alle hochwertige Fähigkeiten und Fertigkeiten erwerben, in dem zugleich aber das Lernen auch Freude macht, in dem persönliche Entfaltungsmöglichkeiten geboten werden, in dem auch soziales Verhalten erlernt werden kann. Ein Bildungssystem, das den Neigungen, Fähigkeiten und Bedürfnissen der Kinder und jungen Menschen mehr Raum läßt, ein Bildungssystem, das auch die immer noch vorhandenen geschlechtsspezifischen Rollenmuster aufheben hilft, wird nicht nur freiere und zufriedenere Menschen, es wird auch Menschen hervorbringen, die besser und optimaler in der Lage sind, den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden schrittweise an den Hauptschulen des Landes das **10. Schuljahr** auf freiwilliger Basis einführen. Wir werden unter Berücksichtigung der Finanzlage des Landes in begrenztem Umfang auch weiterhin Lehrerinnen und Lehrer neu einstellen. Der Unterrichtsausfall, vor allem an den beruflichen Schulen, im Religionsbereich, in den musischen Fächern muß abgebaut werden, und die Zahl der Überstunden muß drastisch reduziert werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das **gegliederte Schulwesen** in Schleswig-Holstein bleibt, wie es von uns über Jahre so versprochen worden ist, auch unter der neuen Regierungsägide erhalten. Es wird zugleich für die Belange der Zukunft weiterentwickelt werden. Hauptschule, Realschule und Gymnasium stehen auch künftig allen Schülern und Eltern offen, die diese Schulen schätzen. Das Elternrecht auf freie Schulwahl wird von uns uneingeschränkt, also voll geachtet. Freies Elternrecht heißt jedoch auch: Eltern, die für ihre Kinder eine Gesamtschule vorziehen, müssen im Lande Schleswig-Holstein endlich eine Chance erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Die Gesamtschule wird nicht von oben verordnet werden. „Gesamtschule" heißt für uns im besten Sinne des Wortes „Schule vor Ort". Und „vor Ort" heißt: Entscheidend ist der Wille der Eltern und die Zustimmung des Schulträgers.

Wir werden das **Schulgesetz** in diesem Sinne ändern. Dazu werden die Schulträger, die Landeselternbeiräte, die kommunalen Spitzenverbände, die Lehrerverbände und die Gewerkschaften selbstverständlich gehört werden. Am Ende dieses Verfahrens wird ein Gesetzentwurf vorgelegt und dem Parlament zugeleitet werden. Sollten bis dahin Anträge von Schulträgern auf Einrichtung einer Gesamtschule kommen, reichen die Möglichkeiten des geltenden Schulgesetzes dafür aus.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Der Gesetzentwurf soll auch die Voraussetzungen für eine innere Schulreform schaffen, und zwar zur Erweiterung der pädagogischen Freiräume – Schule soll wieder mehr von Lehrern als von Ministerialbeamten gemacht werden –,

(Beifall bei der SPD)

für eine verbesserte Kooperation von Schülern, Eltern und Lehrern und zur Reform der Lehrpläne nach fortschrittlich-humanistischen Leitbildern. Schulreform wird von dieser Regierung nicht, wie es in der Vergangenheit der Fall war, verordnet oder in kleinen Zirkeln besprochen werden; alle Betroffenen und Beteiligten werden in einem offenen Dialog in diese Schulreform von uns einbezogen werden.

Wir werden bis zur Mitte der Legislaturperiode einen **Hochschulentwicklungsplan** vorlegen, in dem die künftige Nutzung, die mögliche Erweiterung und die außeruniversitäre Zusammenarbeit der Hochschulen des Landes vorgeschlagen werden. Wir wollen zugleich Modelle der **Öffnung der Hochschulen** für jene, die besonders hohe Qualifikationen in der beruflichen Bildung, in der Berufspraxis und der Weiterbildung erworben haben, erproben.

(Beifall bei der SPD)

Eine Öffnung für Bewerberinnen und Bewerber ohne formale Hochschulzugangsberechtigung soll besonders für den Bereich Weiterbildung an den Hochschulen gelten.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, die **Nordische Universität** muß, um weiterhin mit einer finanziellen Unterstützung des Landes rechnen zu können, eine mindestens hälftige private Finanzierung garantieren. Ich erwarte, daß hier in absehbarer Zeit von der Wirtschaft des Landes und der Nordischen Universität ein entsprechender Vorschlag der Regierung unterbreitet werden wird.

(Beifall bei der SPD)

Bessere Bildung und bessere Qualifizierung dienen Arbeitnehmern und Unternehmern gleichermaßen. Wir werden deshalb dem Landtag den Entwurf eines **Bildungsurlaubs- und Qualifikationsgesetzes** vorlegen. Darin soll das Recht auf anspruchsvolle Weiterbildung geregelt werden. Wir haben die Absicht, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, den Verbänden und den Kammern ein für unser Land und unsere hiesigen Bedürfnisse maßgeschneidertes Konzept zu entwickeln. Dieses wird gleichzeitig auch ein Angebot an die Wirtschaft des Landes sein, die von sich aus auf ihren Verbandstagen immer besser gebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefordert hat. Diesem Wunsch werden wir mit diesem Gesetzentwurf gerecht werden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Das kann ich mir vorstellen!)

– Was Sie von mehr Bildung für alle halten, ist mir bekannt.

(Heiterkeit bei der SPD – Zuruf von der CDU: Das habe ich zu meinem Nachbarn gesagt! – Zuruf von der SPD: Der hat nichts dagegen!)

(Ministerpräsident Björn Engholm)

– Ich habe einen weiter rechts angeguckt. Das gebe ich in diesem Falle zu. Aber Herr Dall'Asta wird die Möglichkeit haben, wenn der Gesetzentwurf vorliegt, seine Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Stärke unserer demokratischen Ordnung besteht nicht in ihrer Staatsmacht, sondern in Engagement und geistiger Kraft der Menschen und in Liberalität und Toleranz der Politik. In diesem Sinne werden wir die **kommunale Selbstverwaltung** und die Stellung der gewählten kommunalen Vertreterinnen und Vertreter stärken und mehr Beteiligung und Einfluß der Bürgerinnen und Bürger auf kommunale Entscheidungen ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Das Kabinett wird sich ab Herbst dieses Jahres mit den Grundzügen einer entsprechenden Novellierung des kommunalen Verfassungsrechtes beschäftigen.

Wir wollen das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Menschen in Schleswig-Holstein stärken und sichern. Wir werden uns auf der Bundesebene für eine längst überfällige Anpassung des Datenschutzrechts an die Forderungen des Volkszählungsurteils einsetzen. Und wir werden zugleich dem Landtag einen Entwurf zur Änderung des Landesdatenschutzgesetzes vorlegen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Bestimmungen des Beamtenrechts reichen voll aus, um gegen Beamte vorzugehen, die gegen unsere Verfassung arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Die **Regelanfrage** beim Verfassungsschutz ist deshalb überflüssig. Die Landesregierung wird am 12. Juli dieses Jahres die Regelanfrage für Bewerber des öffentlichen Dienstes abschaffen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Seit vielen Jahren leben in unserem Lande Menschen – und viele von ihnen sind bereits hier geboren –, die von der Mitgestaltung der kommunalen Angelegenheiten ausgeschlossen sind, nur weil sie keinen deutschen Paß besitzen. Wir wollen zusammen mit allen politischen Kräften – und wir werden dazu auch die CDU einladen –, mit den Kirchen, den Gewerkschaften und der Europa-Union die politischen Voraussetzungen für die Akzeptanz eines **kommunalen Ausländerwahlrechts** schaffen und nach sehr sorgfältiger verfassungsrechtlicher Prüfung dem Landtag den Entwurf eines entsprechenden Gesetzes vorlegen.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus werden wir prüfen, welche Möglichkeiten die bestehenden Gesetze uns bieten, die unverständliche und extrem begrenzte Freizügigkeit der **Asylbewerber** zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Und wir werden umgehend den Erlaß zurücknehmen, der die Kreise und die kreisfreien Städte zwingt, Asylbewerber in Sammelunterkünften unterzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden kein Paradies für Asylbewerber werden. Wir stehen auch nicht offen für die, die in anderen Ländern schlechter behandelt werden. Aber die, die bei uns sind, haben Anspruch darauf, daß wir ihr Anwalt sind, denn dieses sind Menschen, die im Regelfalle größere Not leiden als alle anderen, die hier leben.

(Beifall bei der SPD)

Die Reform des **kommunalen Finanzausgleichs** ist dringend notwendig. Unser Ziel ist es, dabei die Eigenverantwortung der kommunalen Verwaltung zu stärken. Wir werden deshalb dem Landtag einen Gesetzentwurf zuleiten, mit dem das geltende Finanzausgleichsgesetz reformiert werden soll. Dieses Gesetz wird in enger Abstimmung mit den kommunalen Landesverbänden entwickelt werden.

Wir werden das **Personalvertretungsgesetz** des Landes Schleswig-Holstein, das bundesweit als das schlechteste gilt, grundlegend verändern und dabei den Personalräten mehr Beteiligungsrechte einräumen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe hierüber in zwei ersten Runden mit den Personalräten aller Behörden ein vorbereitendes Gespräch geführt. Wir sind uns einig, daß wir nach Abschluß der Beratungen werden sagen können: Schleswig-Holstein hat bundesweit das vorzeigbarste und vorbildliche Personalvertretungsrecht.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung bekennt sich zur Unabhängigkeit der Rechtspflege; sie will diese nachhaltig stärken. Dazu dient in dieser Wahlperiode eine Änderung des **Richterwahlgesetzes**. Unsere Justiz ist wesentlich auf das Vertrauen des Volkes in ihre Unabhängigkeit angewiesen. Wo es in der jüngsten Zeit Irritationen, etwa mit Blick auf die Staatsanwaltschaft, gegeben hat, werden wir kurzfristig solchen Besorgnissen die Grundlage entziehen.

Auf Jugendliche, die mit dem Strafgesetz in Konflikt geraten sind, soll künftig stärker als bisher erzieherisch eingewirkt werden. Unser Ziel heißt Strafvermeidung durch erzieherische Maßnahmen.

(Beifall bei der SPD)

Freiheitsstrafe kann dabei nur die ultima ratio sein. Wir werden deshalb gerade in diesem Bereich **offenen Formen des Vollzugs** den Vorzug geben, und es wird deshalb auch in Schleswig-Holstein keine neue große, geschlossene Jugendvollzugsanstalt geben.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung wird noch in diesem Jahr einen **Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten**

(Ministerpräsident Björn Engholm)

berufen. Er soll gleichzeitig die Interessen der Behinderten gegenüber der Verwaltung und der Politik wahrnehmen. Er wird unabhängig sein und auf der Seite derer stehen, die in Not um Hilfe nachsuchen.

Wir wollen die Sicherheit der Menschen gegen Gewalt und andere Straftaten verbessern. Der Schwerpunkt zur Durchsetzung unseres Zieles liegt dabei in der Überprüfung der Verbesserung der Ausbildungs-, der Arbeits-, der Aufstiegsbedingungen und der Organisation und der Einsatzkonzepte der **Polizei**. Wir erhoffen uns durch die Berufung eines Rates für Verbrechensbekämpfung bei diesem Ziel Unterstützung. Wir sagen der Umwelt-, der Wirtschafts- und vor allem der Rauschgiftkriminalität in diesem Lande entschiedenen Kampf an.

(Beifall bei der SPD)

Wir werben um die Zustimmung und die Mitarbeit der Jugend unseres Landes. Wir wissen, ein Land, das die Zustimmung der Jugend nicht besitzt, besitzt keine Zukunft. Wir wollen die Jugend des Landes unterstützen, wenn sie darum kämpft, Dinge zu erhalten, die es wert sind, erhalten zu werden und die Bedingungen zu verändern, die ihr die Mitentscheidung über ihr eigenes Leben und ihre Zukunft verbauen.

Für unsere **Jugendpolitik** heißt das konkret: Kein junger Mensch in Schleswig-Holstein soll ohne eine Ausbildung bleiben. Dies ist in erster Linie eine Aufgabe der Wirtschaft. Wo immer in gemeinschaftlicher Anstrengung dennoch junge Menschen ohne Ausbildung bleiben, wird das Land in betrieblicher, außer- oder überbetrieblicher Form dafür Sorge tragen, daß diese jungen Menschen eine Berufsqualifizierung erhalten. Wir werden einer größeren Zahl von Jugendlichen, die nach der Ausbildung keine Arbeit finden, auch mit Hilfe der Arbeitsverwaltung die Möglichkeit sinnvoller Beschäftigung in Beschäftigungsprojekten eröffnen. In Verbindung von Arbeit und Lernen soll in Projekten des Umweltschutzes, der Abfallwirtschaft, des Energiebereiches die Vermittlungschance auf dem ersten Arbeitsmarkt verbessert werden. Für die **Jugendstiftung** des Landes Schleswig-Holstein wird es Zuschüsse meiner Landesregierung nicht mehr geben.

(Beifall bei der SPD)

Wir prüfen gegenwärtig die rechtlichen Möglichkeiten für die Auflösung dieser Stiftung.

(Beifall bei der SPD)

Wir planen zugleich die Absicherung der Jugendförderung durch Gesetz und durch einen förmlichen **Landesjugendplan**, um den Gestaltungsspielraum der Träger der freien Jugendarbeit endlich wiederherzustellen und zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Sport ist heute – wir haben das vor etwa Jahresfrist auf einem Kongreß zum Ausdruck gebracht – die größte soziale Bewegung in unserer Gesellschaft. Diese Sportbewegung hat sich um aktive Freizeitgestaltung ebenso beispielhaft verdient gemacht wie um die Förderung der Volksgesundheit. Meine Regierung wird keinen Versuch unternehmen, sich den Sport zu politischen Zwecken einzuvernehmen; sie wird ihm jedoch immer als Partner zur Verfügung stehen. Die Landesregierung wird Mittel für den Sportstättenbau, auch für den behinderten- und seniorengerechten Umbau zur Verfügung stellen.

Die **Gleichstellung** der Frauen ist kein politisches Entgegenkommen der Politik an die Frauen, sondern eine historisch überfällige Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Ernennung einer Frauenministerin setzen wir ein bundesweites Signal. Politik zur Gleichstellung von Männern und Frauen ist für diese Regierung politisches Grundprinzip. Wir werden Initiativen für mehr Chancengleichheit der Frauen in der schulischen Bildung, beim Zugang zur betrieblichen Ausbildung, bei Hochschulstudiengängen und bei der Berufsperspektive entwickeln. Der öffentliche Dienst muß bei der Aufhebung von Benachteiligungen Vorbild sein. Wir werden deshalb **Frauenförderpläne** vorlegen, um das starke Übergewicht der Männer respektive die starke Benachteiligung der Frauen insbesondere in den gehobenen Einkommens- und Führungspositionen abzubauen.

Wir werden ein **Gleichstellungsgesetz** auf den Weg bringen, das gleiche Chancen für Frauen bei Ausbildung, bei Einstellung und Beförderung im öffentlichen Bereich garantiert und vor allem auch frauenbenachteiligende Vorschriften, die es heute noch gibt, beseitigt. Wir werden Unternehmen und Betriebsräten bei der Erstellung von Gleichstellungsplänen behilflich sein, damit Frauen Qualifikations-, Aufstiegs- und Wiedereintrittsmöglichkeiten in den Beruf haben, die ihnen heute immer noch weitgehend verschlossen sind. In jährlichen **Gleichstellungskonferenzen** werden wir mit den Tarifvertragsparteien, mit dem Handwerk, der Industrie, den Handelskammern und den Verbänden Maßnahmen entwickeln, mit denen die Frauenarbeitslosigkeit abgebaut und den Frauen breitere und chancenreichere Berufspaletten erschlossen werden.

Frauen, die im ländlichen Bereich leben und arbeiten, haben im allgemeinen eine hohe Arbeitsbelastung und sehr häufig ungeregelte Arbeits- und Urlaubszeiten und wenig Chancen, bei Arbeitslosigkeit in einen anderen Erwerbsberuf zu wechseln. Wir werden und wollen uns gemeinsam mit Kammern, Verbänden, Gewerkschaften und Frauenverbänden vor allem um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen im ländlichen Bereich kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die besondere Notlage von Frauen und Mädchen, die männlicher Gewalt ausgesetzt sind – dies ist in unserer Gesellschaft eine unglaublich hohe Zahl –, aufarbeiten und gemeinsam mit den Betroffenen, mit der Polizei, der Justiz und den Kommunen Hilfen entwickeln. Ein erster Schritt

(Ministerpräsident Björn Engholm)

dazu wird eine Anhebung der Förderung der **Frauenhäuser** auf 500 000 DM sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten ausschöpfen, das sogenannte **Beratungsgesetz zum § 218** im Bundestag und im Bundesrat zu verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Im Bundesrat werden wir darauf drängen, daß die gemeinsame Initiative des Landes Schleswig-Holstein, Vergewaltigung in der Ehe zu einem Straftatbestand zu machen, verwirklicht wird.

(Beifall bei der SPD)

Die **kommunalen Gleichstellungsstellen** leiten eine nicht mehr wegzudenkende Arbeit in den Städten und in den Kreisen. Es gibt, wenn man sich die politische Landkarte Schleswig-Holsteins anguckt, davon jedoch immer noch zu wenig. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, daß in den Kommunen mehr kommunale Frauenbüros eingerichtet werden können.

Meine Damen und Herren, das **kulturelle Erbe** erhalten, es pflegen, zugänglich machen, neue ästhetische Ausdrucksformen anregen und fördern, das ist der vielleicht schönste und sinnlichste Auftrag, den Politik haben kann. Wir wollen dabei nicht trennen in sogenannte höhere oder niedere Kultur, nicht in „U" und „E" oder wie immer es heißen mag. Alles, was qualitätvoll ist, alles, was die Phantasie beflügelt, und alles, was die Identität der Menschen stärkt, ist uns kulturpolitisch in Schleswig-Holstein willkommen: vom Brauchtum, auch dem ostdeutschen Kulturgut, über die Architektur, jedwede Art der Lesekultur, über die Musik, von Bildern und Plastiken zur Geschichte und zur Philosophie. In diesem Sinne werden wir eine breite und lebendige Vielfalt kultureller Aktivitäten in der Region fördern und stärken und nicht nur anläßlich von Feierstunden und Gedächtnistagen. Kultur soll Bestandteil und Gegenstand des Alltags der Menschen werden und sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir suchen dabei die Mithilfe der Künstlerinnen und Künstler im Lande. Wir suchen auch die Zusammenarbeit mit privaten Initiativen und Galerien, und wir wünschen uns auf diesem Felde sehr viele Mäzene und Förderer als Mitstreiter.

Wir haben immer wieder gesagt, daß wir Kultur für alle wollen. Dies bedeutet nicht einen Verzicht auf kulturelle Qualität; es meint vielmehr, alles, was qualitätvoll ist, allen Menschen zugänglich zu machen, insbesondere jenen, die den Zugang dazu bisher nicht gefunden haben; für alle auch deshalb, weil alle Menschen in unserer Gesellschaft zunehmend unter der Verdrängung der Sinnlichkeit leiden. Die Medien selber tragen wenig zur Sinnlichkeit bei. Auch die Arbeitswelt ist nicht immer an sinnlicher Erfahrung reich. Wo Sinnlichkeit verschwindet, hört Phantasie auf zu existieren. Eine Gesellschaft ohne Phantasie aber verkümmert. Deshalb wollen wir Kultur für alle, weil sie für alle lebensnotwendig ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden natürlich weiterhin versuchen, die Großen aller Kunstsparten nach Schleswig-Holstein zu holen. Wir werden Bewährtes fördern. Niemand soll Angst haben, daß nun die Revolution in der Kultur stattfindet. Aber wir werden verstärkt das Unbekannte, das Ungewohnte und das Herausfordernde fördern, weil sich eine neue Sinnlichkeit nur durch neues Sehen oder neues Hören entwickeln kann. Deswegen werden wir Altgewohntes mit Neuem verbinden und damit eine breite Kulturpalette schaffen, die auch jungen Künstlerinnen und Künstlern eine Chance gibt, sich in unserem Lande bewährend wiederzufinden.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte die jahrhundertealten und verstärkt fortwirkenden Beziehungen Schleswig-Holsteins zu seinen Partnern im Norden und im Osten auch auf kulturellem Gebiete fördern und vertiefen. Ich möchte damit einen seit längerem in Skandinavien aufgegriffenen Gedanken, den der „Ars Baltica" als einer Biennale der Gegenwartskunst in den Hauptstädten rund um die Ostsee aufgreifen.

Wir begrüßen das Schleswig-Holstein Musik Festival als eine attraktive Bereicherung unserer Landeskultur. Wir haben die Absicht, es zu einer Dauereinrichtung unseres Landes zu festigen. Das Festival wird um so erfolgreicher sein, je weiter es seine Pforten neuen Hörern und Hörerinnen öffnet, je stärker es die reiche Musikszene des eigenen Landes mit einbezieht und je mehr es auch zeitgenössischen Kompositionen Zugang gewährt.

(Beifall bei der SPD)

Wer sich das Programm dieses Jahres ansieht – das sage ich an die Kritiker außerhalb des Landtages –, der wird feststellen, daß wir auf diesen drei genannten Gebieten erfreuliche und große Schritte nach vorn gemacht haben.

Wir werden die **Kulturstiftung** des Landes Schleswig-Holstein erhalten, sie aber so umstrukturieren, daß ihre Tätigkeit für Parlament und Öffentlichkeit durchschaubar wird.

(Beifall bei der SPD)

Mittelfristig möchten wir aus dem Fachbereich Gestaltung der Fachhochschule Kiel eine Akademie machen,

(Beifall bei der SPD)

wobei ich in Parenthese anmerke: Über das, was heute Akademie sein kann, muß – auch nach den Erfahrungen vieler Akademien in der Bundesrepublik – sorgfältig diskutiert werden. Wir werden kurzfristig die räumliche Enge in der Fachhochschule für Gestaltung durch entsprechende Anmietungen beseitigen.

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Die Gemäldegalerie und Graphische Sammlung der Kunsthalle zu Kiel der Universität ist ein führendes Museum, das führende Museum des Landes Schleswig-Holstein. Ich halte es für nötig, daß diese Kunsthalle mittelfristig räumlich erweitert wird. Ich hoffe hier jedoch auf eine starke private Initiative, die sich noch weiter entwickeln könnte als die Bürgeraktion, die schon einmal den Grundstein für die letzte Erweiterung gelegt hat.

(Beifall bei der SPD)

Die Chancen weiterer Projekte, etwa die Chance eines grundsätzlich zu begrüßenden Industriemuseums in Kiel, eines A-Orchesters, des Jugend- und Kindertheaters oder einer eigenständigen Filmförderung des Landes, stehen unter einem starken Finanzierungsvorbehalt. Wir werden jeweils das Parlament an einzelnen Punkten bitten, zu entscheiden, ob die Finanzen ausreichen, das eine oder das andere Projekt noch finanzieren zu können.

Die **Medienlandschaft** in Schleswig-Holstein hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert. Der Konzentrationsprozeß bei den Printmedien ist in bedenklicher Weise vorangeschritten. Er greift jetzt, wie wir wissen, auch auf den Privatfunk über. Die Landesregierung beobachtet diese Entwicklung mit großer Sorge. Sie wird alles tun – vor allem auch auf der Bundesebene –, um eine weitere Monopolisierung der Information im gesamten Medienbereich zu verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden, wie wir es angekündigt haben, nachhaltig dafür eintreten, daß die **Bestands- und Entwicklungsgarantie** des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gesichert wird und gesichert bleibt. Wir werden zur Mitte der Legislaturperiode unsere Überlegungen zur Neuordnung des **Landesrundfunkrechtes** vorlegen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wissen nicht, was uns in den kommenden Jahren zusätzlich an Lasten oder Mühen aufgebürdet werden wird. Wir wissen nur, daß in dieser Legislaturperiode eine drastische Erhöhung der Verbrauchsteuern und der Sozialabgaben ins Haus steht. Welche Auswirkungen dies, ohne andere Folgen zu berücksichtigen, auf die **Konjunktur** und damit auf die **Steuereinnahmen des Landes** haben wird, läßt sich heute quantitativ nicht abschätzen. Wir wissen, daß jede Schwankung des Dollar-Kurses, auf die wir keinen Einfluß haben, immense Auswirkungen auf die exportorientierte Industrie des Landes haben wird. Wir wissen, daß uns ein Anstieg der Zinsen unermeßliche neue Lasten aufbürden könnte, wenn wir bedenken, daß eine Steigerung der Zinsen von je 0,1 % jährlich drei Millionen DM netto Mehrausgaben für das Land bedeutet. Wir wissen nicht, welche Umweltkatastrophen uns noch ins Haus stehen. Wir wollen hoffen, daß keine kommen. Aber wir können nicht abschätzen, mit welchen Folgen, auch finanziellen Folgen, das Land dadurch belastet werden könnte.

Solche Vorbehalte und Risiken zu benennen, gehört zur Redlichkeit. Sie sollen uns jedoch nicht davon abhalten, unsere Arbeit mit Zuversicht zu beginnen; mit Zuversicht deshalb, weil wir spüren, daß die Menschen in unserem Lande bereit sind, mitzuhelfen, die großen Zukunftsaufgaben zu lösen; mit Zuversicht, weil wir wissen, daß unser Land reich ist an seiner Natur, reich an Ideen, Initiativen und Idealismus; mit Zuversicht, weil wir eine leistungsfähige und innovationsbereite Wirtschaft, insbesondere hier auch im Mittelstand, besitzen, mit der zusammen wir den notwendigen Umstrukturierungsprozeß unserer Wirtschaft gestalten wollen; mit Zuversicht, weil Gewerkschaften und große Verbände von Gemeinsinn und Verantwortungsbewußtsein getragen werden; mit Zuversicht, weil ich glaube, daß Schleswig-Holstein die Chance hat, ein Zentrum der nordeuropäischen Region zu werden.

Dies macht uns bei der vor uns liegenden Arbeit Mut, ohne daß wir übermütig werden. Wir sind uns sehr wohl bewußt, auch nach den Erfahrungen der Vergangenheit, daß das Land Schleswig-Holstein seinen Menschen, aber nicht einer Regierung oder einer Partei gehört. Wir werden deshalb weder in Selbstgefälligkeit noch in Arroganz verfallen; wir werden uns nicht in unseren Dienstzimmern oder Autos verschanzen. Wir werden uns stets bewußt sein, daß wir in der Tradition derer stehen, die vor uns für die gleichen Ziele gearbeitet haben.

Ich erinnere an die Arbeiter und Matrosen, deren Aufstand vor siebzig Jahren in Kiel das Ende des Ersten Weltkrieges und den Beginn der ersten deutschen demokratischen Republik eingeleitet hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere an Persönlichkeiten wie Legien, wie Leber, Lüdemann, Diekmann, Käber, Gayk und Passarge, Steffen und Matthiesen.

Hermann Lüdemann schloß seine Regierungserklärung am 8. Mai 1947 mit den Worten:

> „Das Ziel unserer Arbeit ist ein wahrhaftig demokratisches Deutschland, das bis zum letzten Bürger in seinem Denken und Handeln durch den Geist der Friedfertigkeit, der Toleranz und freien Menschlichkeit sich leiten läßt."

Auf diesem Fundament und in diesem Geist wollten wir mit den Menschen für unser Land arbeiten.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Oppositionsführer.

Heiko Hoffmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben in der heutigen Regierungserklärung Ihr Regierungsprogramm für diese Legislaturperiode und teilweise darüber hinaus be-

(Heiko Hoffmann)

kanntgegeben. Ich stelle fest: Dieses Programm bleibt weit hinter den Ankündigungen zurück, die Sie während des Wahlkampfes gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie selbst qualifizieren Ihre eigene **Regierungserklärung** als nüchternes Arbeitsprogramm und stellen dem offenbar frühere Regierungserklärungen, die hier im Hohen Hause abgegeben wurden, gegenüber, die Sie - ich zitiere wörtlich - als „Faltenwürfe der Obrigkeit", als „Selbstbetrug", gar als „eine Beleidigung der Wählerinnen und Wähler und eine Torheit der Regierenden" kennzeichnen. Wenn ich diesen Ihren eigenen Maßstab an Ihre Regierungserklärung anlege, so komme ich zu einer für Sie bitteren Feststellung. Ihre Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, enthält zahlreiche hehre und schönklingende Ankündigungen, bei genauem Zusehen jedoch bleibt sie weitgehend in Unverbindlichkeit stecken.

(Beifall bei der CDU)

Dort, wo Sie konkreter werden, verweisen Sie vielfach auf den Bund oder die Europäische Gemeinschaft. Außerdem schränken Sie die Ankündigungen - für die Bürgerinnen und Bürger draußen im Lande sicherlich unbemerkt - durch zahlreiche Finanz- und Rechtsvorbehalte ein. Dies wird Ihnen später, bei einer Bewertung der Leistungsergebnisse anhand dieser Regierungserklärung, stets die Ausrede erlauben, eine Realisierung sei an der Finanz- beziehungsweise Rechtslage gescheitert.

(Beifall bei der CDU)

Sie verfahren nach einem Darstellungsmuster, welches im politischen Alltag leider zu häufig verwendet, von den Bürgerinnen und Bürgern aber gewiß auf Dauer durchschaut wird. Um die eigenen Ziele, das eigene Programm, die eigenen Absichten besonders leuchtend erscheinen zu lassen, wird der Hintergrund der Darstellung bis zur Unkenntlichkeit verdunkelt.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Bei der **Beschreibung** der **Ausgangslage Schleswig-Holsteins** muß der objektive Betrachter den Eindruck haben, Sie reden über ein anderes Land.

(Beifall bei der CDU)

Diese Schwarzmalerei mag bei späteren Bewertungen die eigenen Leistungen als besonders großartig erscheinen lassen, sie mag auch öffentlichkeitswirksam oder - soll ich sagen - medienwirksam sein, sie ist aber ungeeignet, jenes Klima des Vertrauens, der Kooperation, der Zuversicht zu schaffen, welches wir weiterhin in Schleswig-Holstein brauchen, um Wirtschaft und Wissenschaft, Investoren und Konsumenten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Verbände, Gruppen, einzelne zu motivieren, auch in Zukunft positiv der Gestaltung unseres Gemeinwesens mitzuwirken.

Herr Ministerpräsident, wir stimmen Ihnen darin zu, daß die Sanierung der Finanzen eine vorrangige politische Aufgabe ist. Wenn Sie jedoch behaupten, die alte Landesregierung hätte das Hauptbuch der Nation, den **Haushalt**, zur Kladde gemacht, verkennen Sie die Probleme, die sich in strukturschwachen Ländern stellen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Verschuldung unseres Landes - ich erinnere an die Ausgangslage 1949/50 - ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß wir in den vergangenen Jahren den Strukturwandel und hier insbesondere diejenigen Branchen, die dadurch besonders betroffen waren und sind, die Werften und die Landwirtschaft, finanziell stark unterstützt haben. Auch unsere Arbeitsplatzoffensive, die einen ganz wesentlichen Anteil daran hat, daß im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit über 17 000 Arbeitsplätze gefördert werden, wäre sonst nicht möglich gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Das waren Investitionen, die den Menschen dieses Landes zugute gekommen sind, die wesentlich zum Erhalt des sozialen Friedens beigetragen haben, die unerläßlich waren, um viele Menschen vor der Arbeitslosigkeit zu bewahren, Ausgaben, die nicht nur finanzpolitisch gerechtfertigt, sondern auch politisch-moralisch geboten waren.

(Beifall bei der CDU)

Unter allen Flächenländern ist die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden hier in Schleswig-Holstein am geringsten, weil wir im Interesse unserer Kommunen und der kommunalen Investitionsfähigkeit für eine insgesamt angemessene Finanzausstattung der Kommunen gesorgt haben. Bei allen Wünschen und berechtigten und verständlichen Forderungen muß das der Realität wegen und der Fakten wegen festgestellt werden.

(Beifall bei der CDU)

Auch dies hätte zu einer wirklichkeitsnahen Beschreibung der Situation unseres Landes gehört.

Herr Ministerpräsident, nach Ihrer massiven Kritik an der Haushaltslage des Landes ist es enttäuschend, daß Sie keinerlei konkrete Sparmaßnahmen, auch nicht im Ansatz, vorgelegt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich gestehe Ihnen zu - das ist völlig klar -, daß Sie zu Beginn der Regierungsübernahme noch dabei sind, die Fakten zu untersuchen. Nur wäre es gerade bei Ihrer einleitenden Beschreibung durchaus hilfreich gewesen, von Ihnen etwas Näheres zu erfahren.

Ich will mich jetzt der **Wirtschaftspolitik** zuwenden. Was Sie als Versäumnisse in der Wirtschaftspolitik der CDU anprangern und was Sie anders machen wollen, drückt in Wahrheit ein grundlegend anderes Verständnis von Wirtschaftspolitik aus.

(Beifall bei der CDU)

Für uns bedeutet Wirtschaftspolitik vor allem, durch berechenbare Rahmensetzungen ein ökonomisches

(Heiko Hoffmann)

Klima des Vertrauens zu schaffen und zu pflegen und so dazu beizutragen, daß Unternehmen Luft und Lust zum Investieren haben. Wir sind nicht so anmaßend zu glauben, meine Damen und Herren, Politiker und Beamte verstünden mehr vom Wirtschaften als die Leute in der Wirtschaft selbst, als deren fachkundige Organisationen. Deshalb haben wir beispielsweise in unseren Schubladen keine Analyse der Produktionspotentiale des Landes niedergelegt, und Sie haben sie vergeblich gesucht. Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, der schleswig-holsteinischen Wirtschaft bescheinigen – das haben Sie in Ihrer Regierungserklärung getan –, daß sie leistungsfähig und innovationsbereit sei, stellen Sie unserem Verständnis von Wirtschaftspolitik – sicherlich ungewollt – ein gutes Zeugnis aus.

(Beifall bei der CDU)

Daß unsere Auffassung von Wirtschaftspolitik so falsch nicht ist, beweist die wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahren, in denen hier bei uns über 70 000 neue **Arbeitsplätze** entstanden sind. In Hamburg sind im gleichen Zeitraum – 1970 bis 1986 – fast ebenso viele Arbeitsplätze verlorengegangen.

(Hört, hört! bei der CDU)

Bei uns – das wissen Sie, meine Damen und Herren – ist die Arbeitslosigkeit niedriger als in allen SPD-regierten Bundesländern, und Schleswig-Holstein steht bei der Versorgung mit Ausbildungsplätzen für unsere jungen Menschen an der Spitze.

(Beifall bei der CDU)

So attraktiv der von Ihnen verwendete Begriff **„Arbeit und Umwelt"** ist, so sehr warne ich vor beschäftigungspolitischen Hoffnungen, meine Damen und Herren, die Sie damit auslösen. Wenn ich die Ankündigung einzelner Ihrer Kabinettsmitglieder richtig verstanden habe, dann läuft das auf eine Ausweitung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hinaus. Dies ist ein utopisches Ziel, weil bekanntermaßen die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit ausgeschöpft sind. Dies ist eine Tatsache, an der wir uns orientieren müssen.

Einmal abgesehen davon, daß Sie keine konkreten Vorschläge zur Finanzierung und zur Umsetzung eines solchen Programms machen, wissen Sie wie ich, Herr Ministerpräsident, daß Umwelttechnologie, Abfallwirtschaft und der Energiesektor Betätigungsfelder für Arbeitnehmer mit hoher und höchster Qualifikation sind. Gerade in diesen Bereichen aber wollen Sie mit Formulierungen, die in riskante Nähe zu einer Beschäftigungsgarantie geraten, jugendlichen Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen Hoffnung auf Beschäftigung geben. Das paßt nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU)

Sie kritisieren die bisherige Strukturpolitik unseres Landes. Wenn es in Schleswig-Holstein eine defensive – um nicht zu sagen destruktive – Strukturpolitik gibt, dann erleben wir sie in manchen Gemeinde- und Stadtvertretungen, wo Ihre politischen Freunde die Ausweisung von Gewerbeflächen bekämpfen oder dringend nötige Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen blockieren.

(Beifall bei der CDU)

Die Verbesserung der Infrastruktur unseres Landes war einer der Schwerpunkte unserer Politik in den vergangenen Jahren. Es galt nicht nur, die Nachteile als Standort mit einer weiten Entfernung von Marktzentren der Bundesrepublik Deutschland zu überwinden, sondern es galt darüber hinaus, die natürlichen Nachteile einzelner Regionen unseres Landes zu mindern. Dazu diente auch der Ausbau unseres Straßennetzes.

(Beifall bei der CDU)

Für Sie scheint es jedoch **Verkehrspolitik** überhaupt nicht zu geben,

(Klaus Kribben [CDU]: So ist es!)

denn Sie erwähnen sie in Ihrer Regierungserklärung mit keinem Wort.

(Beifall bei der CDU)

Dabei ist eine gute Verkehrsanbindung ein sehr wichtiges Element, um die Standortnachteile im Landesteil Schleswig und an der Westküste abzubauen.

(Beifall bei der CDU)

Die politischen Rahmenbedingungen, die eine Regierung beeinflussen kann – im Guten wie im Schlechten –, sind entscheidend dafür, ob neue Arbeitsplätze in unserem Lande entstehen werden.

Wir haben uns in der **Vergangenheit** um ein **wirtschaftsfreundliches Klima** bemüht. Dies ist den vielen tausend Menschen zugute gekommen, die nach langer Zeit der Arbeitslosigkeit eine neue berufliche Perspektive erhalten haben. Diese Politik ist auch denjenigen zugute gekommen, deren Arbeitsplätze nach wie vor sicher sind. Ich hoffe, daß dies im Interesse der Menschen, die hier leben, so bleibt. Aber ich gestehe offen, daß ich Zweifel habe, daß die politischen Rahmenbedingungen in diesem Land für die Wirtschaft weiterhin so günstig bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich zu einem wichtigen Punkt kommen, der diese Zweifel nährt. Einen wesentlichen Teil der Wirtschaftspolitik macht die **Energiepolitik** aus. Sie ist zugleich Element einer die Umweltressourcen sorgfältig berücksichtigenden Politik in Bund und Ländern.

Energieversorgungsanlagen können nicht von heute auf morgen aus dem Boden gestampft werden. Energiepolitik braucht deshalb Kontinuität; sie verträgt kein Hin und Her. Die Energieversorgungsunternehmen überschreiten die Grenzen der Bundesländer und arbeiten in einem deutschen und darüber hinaus in einem europäischen Verbundnetz zusammen. Energiepolitik muß sich deshalb an dem von der Bundesregierung vorgegebenen energiepolitischen Rahmen orientieren.

(Heiko Hoffmann)

Ihr Ausstiegskonzept, Herr Ministerpräsident, läßt beide Erfordernisse außer acht. Sie haben bisher nicht überzeugend dargelegt, wie Sie bis zum Beginn des Ausstiegs überhaupt Ersatzkapazitäten schaffen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Der Ausstieg soll im Jahre 1990 beginnen. Es ist völlig utopisch, bis dahin Ersatzkapazitäten aufzubauen. Dementsprechend hat Ihr Minister für Soziales, Gesundheit und Energie, Herr Jansen, auch erklärt, daß er notfalls den Strom aus dem Verbundnetz beziehen will.

(Zuruf von der CDU: Ja, den Atomstrom!)

Sie können doch, meine Damen und Herren von der Landesregierung, nicht ernsthaft erwarten, daß andere uns Strom liefern, weil wir im Lande keine Anlagen betreiben wollen, ohne dafür horrende Preise zu nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Politik steht im krassen Gegensatz zu Ihren Ankündigungen und wirtschaftspolitischen Zielen, neue Betriebe in Schleswig-Holstein anzusiedeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Betriebswirtschaftliche Entscheidungen müssen die Energiekosten berücksichtigen, und sie müssen vor allem auch die alternativen Energiekosten an alternativen Standorten berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, die Gefahr liegt bereits allein in Ihren Ankündigungen, solange Sie keine Konzepte auf den Tisch legen, wie die **Kernenergie** ersetzt werden soll. In der Vergangenheit haben Sie beharrlich auf Fragen geschwiegen; heute sind Sie als Ministerpräsident uns und der Öffentlichkeit die Antwort erneut schuldig geblieben.

(Beifall bei der CDU)

Sie wollen aus der Kernenergie aussteigen, ohne zu sagen, wohin: Zu umweltbelastenden Kohlekraftwerken oder zu französischem Kernenergiestrom?

Was wollen Sie mit den stillgelegten Kernkraftwerken machen? Die kosten schließlich auch Geld. Sie sagen nicht, wer dieses aufbringen soll. Hier gibt es doch nur zwei realistische Varianten: Entweder zahlt es der Steuerzahler, oder es zahlen die Stromkunden. In beiden Fällen sind es die Bürger, die für den Ausstieg aufzukommen haben.

Herr Ministerpräsident, je länger Sie die Antwort zurückhalten, je länger Sie auf diese Fragen schweigen, desto größer wird die Verunsicherung innerhalb der Wirtschaft unseres Landes.

(Fritz Latendorf [CDU]: Sehr richtig! – Beifall bei der CDU)

Im gemeinsamen Interesse für Schleswig-Holstein fordere ich Sie auf: Legen Sie Ihre Konzepte auf den Tisch! Dann wissen wir und dann weiß die Öffentlichkeit, woran wir sind.

Mehrfach haben Sie die gerichtliche Auseinandersetzung mit den Betreibern der Kernkraftwerke durch Mitglieder Ihres Kabinetts ankündigen lassen. Sie verharmlosen die rechtlichen Schwierigkeiten, vor denen Sie stehen, wenn es dazu kommt.

Sie bestehen zum Beispiel darin, daß in gemischtwirtschaftlichen Unternehmen wie HEW private Kapitalanteile vorhanden sind, über die sich staatliche Politik nicht ohne weiteres hinwegsetzen kann,

(Zuruf von der CDU: Auch Herr Jansen nicht!)

es sei denn, meine Damen und Herren, man zieht Enteignungen und Enteignungsentschädigungen von ungeheurem Ausmaß in Betracht.

(Fritz Latendorf [CDU]: Das wäre ja fürchterlich!)

Eine Partei, erst recht aber eine Landesregierung, deren herausragendes Versprechen die gerichtliche Auseinandersetzung mit den Betreibern der Kernkraftwerke im Lande ist, schadet dem guten Ruf Schleswig-Holsteins.

(Beifall bei der CDU)

Für die CDU war und ist die Kernenergie eine Übergangsenergie; daran haben wir keinen Zweifel gelassen.

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Untergangsenergie!)

Wir haben gesagt: Auf die Kernenergie kann solange nicht verzichtet werden, bis andere Energiequellen zur Verfügung stehen, die ebenso sicher, umweltschonend und wirtschaftlich sind. Unsere Politik verfolgt das Ziel, mehr zu investieren, um den realistischen Übergang zu alternativen Energien zu verkürzen. Wir sind Realisten und haben keine Hoffnungen geweckt, die nicht zu erfüllen sind. Das erwarten wir auch von Ihnen, von der neuen Landesregierung.

Meine Damen und Herren, zu einem anderen wichtigen Komplex Ihrer Regierungserklärung: zur **Umweltpolitik**. Die CDU-Fraktion bekennt sich ausdrücklich zur Verantwortung des Menschen für die Schöpfung, die zugleich seine Lebensgrundlage heute und in der Zukunft darstellt. Deshalb betrachten wir – hier stimmen wir grundsätzlich überein – Natur- und Umweltschutz als wesentliche Aufgabe von Staat und Gesellschaft, deren Zielsetzung – im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert – wir befürworten und die wir durch die Politik mehr ausgestalten müssen.

(Beifall bei der CDU)

Gerade hier sind Augenmaß, Offenheit und Konsens von elementarer Bedeutung. Was nützen medienwirksame Ankündigungen, was nützen in Hektik einberufene Konferenzen, deren Ergebnisse der staunenden Öffentlichkeit schon vorher mitgeteilt werden, was nützen Maximalstandards, wenn dem nicht Taten folgen beziehungsweise wegen des notwendigen Zusammenwirkens von Staat und Wirtschaft, von Bund und Ländern, von Mitgliedstaaten in der Europäischen Gemeinschaft rasche Taten gar nicht

(Heiko Hoffmann)

folgen können? Eine solche Politik verpufft wie ein Strohfeuer und hinterläßt bei den Bürgerinnen und Bürgern Erwartungen, Hoffnungen, Wünsche, die nicht eingelöst werden. Nicht Akzeptanz für notwendige umweltpolitische Einschränkungen ist die Folge, sondern Verdrossenheit.

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Meine Damen und Herren, wir werden daher gerade auf dem Felde der Umweltpolitik besonders kritisch darauf achten, daß die Maßnahmen realisierbar bleiben, daß Umweltpolitik mit den Menschen gemacht wird, daß sie finanzierbar bleibt, daß sie auch mit der Wirtschaft und dem Markt abgestimmt erfolgt und daß Naturschutz und Landschaftspflege die für den ländlichen Raum existenznotwendigen Landwirte nicht als kriminelle Nutzer, sondern als Mitgestalter der Kulturlandschaft in die Politik einbezieht.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich das konkretisieren. Hier stimmen wir sicher in der Analyse überein. Das dramatische Fischsterben in der nördlichen Nordsee, das Robbensterben an allen Nordseeküsten Dänemarks, Schleswig-Holsteins, Niedersachsens und der Niederlande, die explosionsartige Vermehrung einer bestimmten Algenart, all das sind Symptome für eine katastrophenartige Zuspitzung der Situation vor allem der Nordsee.

Hieran zeigt sich exemplarisch, daß wir noch sehr viel mehr für den Umweltschutz tun müssen. Gerade der **Schutz der Nordsee** ist dringend voranzutreiben. Wir müssen endlich in internationalen Vereinbarungen zu konkreten Maßnahmen kommen, die wir bereits früher, zum Beispiel im Rahmen der internationalen Nordseeschutzkonferenzen, gefordert haben. Uns kommt es vor allem darauf an, die Nordsee endlich als Sondergebiet im Sinne des MARPOL-Abkommens auszuweisen.

(Beifall bei der CDU)

Dann werden kein Müll und keine Gifte mehr in die Nordsee gekippt werden dürfen: ein Beschluß, der dringend erforderlich ist, aber dem sich alle Nordsee-Anrainerstaaten anschließen müssen.

(Ulrich Meyenborg [SPD]: Fünfzehn Jahre lang haben wir das gefordert!)

Wir brauchen konkrete Maßnahmen, aber wir brauchen keinen Aktionismus. Und wir brauchen keine vorschnellen oder gar unzutreffenden Schuldzuweisungen.

(Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Deklamationen auch nicht!)

Das hilft uns in einer schwierigen Situation nicht weiter. Gerade die Probleme der Nordsee zeigen, daß Umweltschutz eine grenzübergreifende Angelegenheit ist. Dennoch haben wir in der Vergangenheit die uns gegebenen Möglichkeiten im eigenen Rahmen hier im Lande Schleswig-Holstein genutzt, um trotz knapper finanzieller Mittel den Umweltschutz voranzubringen. Ich nenne nur das Landesprogramm für Natur- und Artenschutz, das Konzept zum Schutz des Bodens, eine geordnete Abfallentsorgung für Schleswig-Holstein, die Ausweisung zahlreicher Naturschutzgebiete – wir haben die größte Dichte im gesamten Bundesgebiet –, den Nationalpark Wattenmeer sowie ein umfassendes Extensivierungsprogramm für die Landwirtschaft.

Unsere Umweltpolitik hat sich in der Vergangenheit – das wird in der Zukunft so bleiben – an dem Grundsatz orientiert, daß Umweltschutz mit dem Markt durchgesetzt werden muß.

(Ulrich Meyenborg [SPD]: Das Ergebnis sehen wir; das ist der Zustand der Nordsee!)

Die Wirtschaft muß also ebenfalls ihren Beitrag leisten, Herr Kollege Meyenborg. Dazu gehört für mich aber auch der Einsatz steuerlicher Anreize. Mehr Bürokratie ist noch keine Hilfe für die Umwelt. Wir setzen auf die Kooperation aller Beteiligten und den notwendigen Grundkonsens aller demokratischen Parteien.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister Heydemann, wenn ich die Pressemeldung von heute richtig verstanden habe, dann ist das von Ihnen gestern auch so artikuliert worden.

Die Unsicherheiten in der Bevölkerung über die Lösung dringender Umweltprobleme rühren häufig aus den unterschiedlichen parteipolitischen Darstellungen. Das zeigt sich deutlich auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft. Ich meine, man kann nicht gegen die DDR-Deponie Schönberg sein und gleichzeitig gegen die Errichtung von Entsorgungsanlagen hier bei uns.

(Beifall bei der CDU)

Man kann nicht gegen die Verbrennung von Abfällen auf der hohen See protestieren und gleichzeitig gegen die Errichtung einer Anlage in Brunsbüttel.

(Manfred Sickmann [SPD]: Wer macht das denn?)

Meine Damen und Herren, die Probleme heutiger Umweltpolitik und ihre Vermittlung in der Gesellschaft sind so bedeutsam – das ist wahrscheinlich Grundkonsens in diesem Hohen Hause –, daß hier Kooperation und nicht Konfrontation gefordert ist. Das soll auch im Schleswig-Holsteinischen Landtag so gelten. Ich meine, wir haben morgen die Möglichkeit, das bei einem ganz wichtigen Tagesordnungspunkt unter Beweis zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die **Situation in der Landwirtschaft** und damit im gesamten ländlichen Raum ist nach wie vor außerordentlich schwierig. Die jüngsten Brüsseler Preisbeschlüsse bringen unseren Landwirten weitere und zusätzliche Belastungen. Den negativen Entwicklungen können wir in Schleswig-Holstein nur begrenzt entgegenwirken. Was wir aber tun können und nach meiner Auffassung auch

(Heiko Hoffmann)

unbedingt tun müssen, ist folgendes. Wir müssen der Landwirtschaft und damit dem ländlichen Raum eine Perspektive bieten, die realistisch ist. Wir wissen, wie schwierig diese Aufgabe bleibt.

Es ist sicher nicht damit getan - wir haben unsere Erfahrungen -, Flächen aus der Produktion zu nehmen und Entschädigungszahlungen, wenn sie denn finanzierbar sind, anzubieten. Vielmehr muß durch eine sinnvolle Maßnahme der Agrarstrukturpolitik, durch Extensivierungsprogramme auf der Grundlage freiwilliger Kooperation, durch Erschließung zusätzlicher Einkommensmöglichkeiten, durch Entgeltsregelungen für die positiven Beiträge, die Land- und Forstwirte für Gestaltung und Pflege der Kulturlandschaft leisten, nachhaltiger Anreiz geboten werden, sich auch in Zukunft im ländlichen Raum zu engagieren. Die Landwirte bei allen ihren sonstigen Lasten und Sorgen stets als erste Gruppe der Umweltsünder ausfindig zu machen, ist wenig hilfreich und nicht geeignet, die Angehörigen dieses wichtigen Berufsstandes in Schleswig-Holstein für notwendige Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu gewinnen.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Landwirtschaft hat nicht Polemik und überzogene Angriffe verdient, sondern eine Politik des Vertrauens und der Zusammenarbeit. Dazu steht die CDU auch weiterhin.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auch in der **Bildungspolitik** werden wir Ihr Handeln in den kommenden vier Jahren an Ihren Aussagen während des Wahlkampfes messen. Sie haben erklärt, Gesamtschulen sollen neben den Schulen des gegliederten Schulwesens zusätzlich eingerichtet werden, wenn Eltern und Schulträger dies wollen.

(Zuruf von der SPD: korrekt!)

Aber Sie haben nicht erklärt, wie viele Eltern sich für eine Gesamtschule aussprechen müssen, damit sie von Ihnen eingerichtet wird.

(Zuruf von der CDU: Das ist es!)

Diese Frage haben Sie in den vergangenen Monaten nie beantwortet. Ich erinnere an die Debatte im August des vergangenen Jahres, in der meine Fraktion Sie mehrfach zu einer konkreten Antwort aufgefordert hatte.

(Zuruf des Abgeordneten Wilhelm Marschner [SPD] - Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, mit wie vielen Eltern Sie eine Gesamtschule errichten wollen, diese Frage müssen Sie schon beantworten,

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

sonst dürfen Sie sich über Spekulationen und Verunsicherung nicht wundern.

(Beifall bei der CDU)

Eine zunehmende Unsicherheit in der Bevölkerung ist die Folge Ihres Schweigens.

Mit einer kleinen Änderung im Schulgesetz ist die Frage neuer **Gesamtschulen** nicht geklärt. Sie müssen die Modalitäten näher aufzeigen und klären. Wie wollen Sie neue Gesamtschulen einrichten? Wer muß zustimmen? Auch die Schulkonferenz, wie es in einem Beitrag Ihrer Partei in der GEW-Zeitung vom April 1988 zu lesen war? Wollen Sie deswegen - wie im Wahlprogramm angekündigt - die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder der Schulkonferenz verringern, damit nicht mehr alle Lehrer in der Schulkonferenz mitentscheiden können, sondern nur noch diejenigen, die über GEW-Listen gewählt werden?

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Sie haben erklärt, Sie wollten keine Gesamtschulen von oben einrichten, aber Sie wollten für die Gesamtschule werben, wie Herr Arens es vor kurzem auf einer GEW-Veranstaltung in Owschlag angekündigt hat.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, wir setzen auf Information. Wir sind von den Nachteilen der Gesamtschule - da unterscheiden wir uns erheblich - überzeugt. Nach unserer Auffassung bietet das gegliederte Schulwesen die größte Chancengerechtigkeit und wird den unterschiedlichen Begabungen jedes einzelnen Schülers am besten gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Auch - das sage ich ebenfalls ausdrücklich - in diesem Schulwesen gibt es noch einiges zu verbessern,

(Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Das kann doch gar nicht sein!)

namentlich die Attraktivität der durch Praxis- und Berufsnähe gekennzeichneten Hauptschule. Hierüber werden wir in den kommenden Diskussionen in diesem Hohen Hause sicherlich unsere Meinungen austauschen.

(Zurufe von der SPD)

Wir jedenfalls, meine Damen und Herren, werden alles tun, damit unser Schulwesen hier in Schleswig-Holstein nicht das gleiche Schicksal erleidet wie das im Saarland.

(Beifall bei der CDU)

Dort reichten drei Jahre SPD-Regierung aus, zehn Gesamtschulen einzurichten, das heißt, das flächendeckendste Gesamtschulsystem der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen.

(Rolf Selzer [SPD]: Die CDU machte dabei mit!)

Für über 40 % der Hauptschulen bedeutete dies das Aus. Die übrigen Hauptschulen wurden weitgehend mit Realschulen zusammengelegt, und damit wurden Grundlagen für weitere Gesamtschulen geschaffen.

(Zurufe von der SPD)

(Heiko Hoffmann)

Wir haben uns vor dem 8. Mai immer wieder für die Erhaltung und Weiterentwicklung der bundesweit anerkannten hohen Qualität unserer Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien ausgesprochen.

(Alfred Schulz [SPD]: Und das Ergebnis?)

Deshalb werden wir uns mit aller Entschiedenheit dagegen wehren, wenn Sie dieses aufs Spiel setzen.

(Beifall bei der CDU – Alfred Schulz [SPD]: Was haben Sie wirklich getan in all diesen Jahren?)

Ich begrüße es, Herr Ministerpräsident, daß Sie gefordert haben, die **Forschungslandschaft in Schleswig-Holstein** mit Hilfe des Bundes zu verdichten und weitere Großforschungseinrichtungen in dieses Land zu holen. Dies ist seit vielen Jahren auch ein Bemühen der bisherigen Landesregierung gewesen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Aber ohne Erfolg!)

Es fand seinen Ausdruck in dem auf der Grundlage von Vorarbeiten der Hochschule entwickelten Wissenschaftsprogramm der bisherigen CDU-Landesregierung. Wir fordern Sie auf, die Gespräche mit den Einrichtungen der Wissenschaft, vor allem der Hochschulen, und dem Bund über die Verwirklichung der begonnenen Projekte – ich nenne nur GEOMAR – fortzuführen und zu einem guten Ende zu bringen. Die CDU-Fraktion wird Sie dabei nachhaltig unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Auch im Bereich der allgemeinen Kulturpolitik gibt es Übereinstimmung mit Ihrer Regierungserklärung. Auch wir sind für eine breite **Förderung der Kultur** für alle Schichten und Kreise der Bevölkerung. Dies ist stets das Ziel unserer Arbeit in der Vergangenheit gewesen. Es hat Ausdruck im Kulturprogramm gefunden, welches zu einem wesentlichen Teil bereits verwirklicht wurde. Diese Politik ist für alle Bürger unseres Landes bestimmt und hat sich praktisch auch so ausgewirkt. Und bei allem, was man zum Schleswig-Holstein Musik Festival im einzelnen in der Bilanz sagen kann – es ist insgesamt auf eine breite Zustimmung in allen Schichten der Bevölkerung gestoßen, so daß wir sagen können, es wird sich so entwickeln, daß dies allen Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft und finanzieller Möglichkeiten neue Wege zur Musik und zur Kunst und zu dem eröffnet, was Sie sehr engagiert hier angesprochen haben.

Ich weiß, Herr Ministerpräsident, Sie sind der Kunst, bestimmten Richtungen der Kunst, besonders verbunden. Ich möchte aber deutlich machen, daß in der Vergangenheit Kultur und Kunst in diesem Lande so gefördert wurden, daß Sie auf einer guten und erfolgreichen Grundlage aufbauen können.

(Beifall bei der CDU)

Wir unterstützen Ihre Absicht, die Volksgruppen in Nordschleswig und in Südschleswig finanziell und ideell zu fördern. Sie bekräftigen damit eine in diesem Hohen Hause seit langem bestehende Übereinstimmung aller Fraktionen in der **Minderheitenpolitik**. Ich halte dies bei allem Streit, den wir noch auszutragen haben, für ein ganz wertvolles Gut, nicht nur landes-, sondern auch bundes- und europapolitisch. Ich bin Ihnen dankbar für die Erklärung, die Sie abgegeben haben.

Ich begrüße es ausdrücklich, daß Sie den von mir sehr geschätzten ehemaligen Landtagsvizepräsidenten Kurt Hamer zum Beauftragten für die Kontakte zu den Volksgruppen berufen wollen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Die Aussagen in Ihrer Regierungserklärung zur **Innen- und Rechtspolitik**, Herr Ministerpräsident, sind – um es zurückhaltend zu formulieren – wenig, ja alles andere als ergiebig. Ist dies Zufall, oder kommt hierin ein Staatsverständnis zum Ausdruck, in dem zwar die Errungenschaften des liberalen Rechtsstaates verbal werden, man sich aber angesichts der Herausforderungen des modernen Sozialstaates scheut, diese wirklich zur Richtschnur seines Handelns zu machen?

Erkennbar wird dies bereits bei der **Ordnung des Kommunalwesens**. Wir sind mit Ihnen für eine nachhaltige Sicherung und Stärkung kommunaler Selbstverwaltung, ein Ziel, welches wir in den vergangenen Jahrzehnten stets zur Maxime unseres politischen Handels gemacht haben.

Hierbei spielt die Realisierung sinnvoller Beteiligung betroffener Bürger an kommunalen Entscheidungen auch eine ernst zu nehmende Rolle. Das ist keine Frage. Ob insoweit jedoch gesetzliche Veränderungen vorgenommen werden müssen, erscheint mir angesichts der Erfahrungen in anderen Bundesländern mehr als zweifelhaft. Entscheidend wird es darauf ankommen, Kommunalverfassung und Kommunalwahlrecht so auszugestalten, daß sich kommunalpolitisches Engagement in den Gemeindevertretungen, Kreistagen und Ausschüssen wieder lohnt, vor allem, daß sich auch die wieder engagieren, die wir brauchen –, die Angehörigen des Mittelstandes, des Handwerks, die Facharbeiter, die Landwirte und die Selbständigen.

Kommunale Selbstverwaltung wird auch geprägt durch eine sachgerechte Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs. Sie wollen diesen ebenfalls reformieren. Mit welchem Ziel und nach welchen Grundsätzen, sagen Sie jetzt noch nicht. Ich nehme an, daß wir darüber bald Klarheit erhalten.

Meine Damen und Herren, nach unserem Staats- und Verfassungsverständnis müssen demokratische Legitimationen, rechtsstaatliche Legitimität und verfassungsrechtlich konstituierte wie gebundene Verantwortung wesentliche **Strukturprinzipien des öffentlichen Dienstes** sein. Hieran werden wir auch Ihre Vorschläge zu messen haben, mittels derer Sie die Beteiligungsrechte der Personalvertretungen auszuweiten trachten.

Vergleichbares gilt für Ihre Ankündigung, bei Personaleinstellungen in Zukunft auf die **Regelanfrage** zu verzichten. Da die Gewähr, Herr Ministerpräsident, sich jederzeit für die freiheitlich-demokratische

(Heiko Hoffmann)

Grundordnung einzusetzen, nach geltendem Verfassungs- wie Beamtenrecht wesentliche Voraussetzung für die Eignung eines Bewerbers als Beamter darstellt, können Sie vielleicht auf die Regelanfrage verzichten, aber doch nicht auf die Prüfung dieses Eignungsmerkmales im Einzelfall. Mit anderen Worten: Entgegen Ihrer Ankündigung in der Regierungserklärung reicht das Recht des Dienstherrn, bei entsprechendem Verhalten des Beamten vom Entlassungsrecht Gebrauch zu machen, gewiß nicht aus, das Problem verfassungsfeindlich gesonnener Bewerber im öffentlichen Dienst zu lösen.

Mir scheint, hier wird wieder nach dem bereits erwähnten Argumentationsmuster verfahren: Der Verzicht auf die Regelanfrage ist öffentlichkeitswirksam und wird Beifall von einer bestimmten Seite des politischen Spektrums finden. Fügt man dem aber die gesetzlich vorgeschriebene Notwendigkeit hinzu, im Einzelfall sämtliche Eignungsmerkmale positiv festzustellen, dann wird dieser Beifall gewiß verstummen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, den wenig sensiblen Umgang mit eigentlich nicht zur Disposition stehenden **Grundsätzen des liberalen Rechtsstaats** zeigt besonders deutlich die Entscheidung Ihres Justizministers Dr. Klingner, die 1983 vom damaligen Justizminister Dr. Schwarz ausgesprochenen Ermahnungen an 35 **Lübecker Richter und Staatsanwälte** zurückzunehmen, und zwar in Kenntnis der entgegenstehenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, zwei Tage vor der Veröffentlichung dieser Entscheidung.

(Zuruf von der CDU: Unerhört!)

Es ist zwar richtig, daß dem Justizminister bei Maßnahmen der Disziplinargewalt ein Ermessen eingeräumt wird;

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Davon hat er Gebrauch gemacht!)

dieses wird jedoch durch die Funktionsfähigkeit der Rechtsprechung begrenzt.

(Beifall bei der CDU)

Das Bundesverfassungsgericht hat in aller Deutlichkeit gesagt, daß das Verhalten der Richter und Staatsanwälte ein Dienstvergehen darstellt, weil es geeignet war, das Vertrauen in die Unabhängigkeit des Richters und in die Gemeinwohlorientiertheit des Staatsanwaltes zu erschüttern. Die Überzeugungskraft richterlicher Entscheidungen beruhe nämlich nicht nur auf der juristischen Qualität ihrer Gründe. Sie stütze sich – so das Urteil und die Begründung des Verfassungsgerichts – im hohen Maße auch auf das Vertrauen, das den Richtern von der Bevölkerung auch im Hinblick auf ihr außerdienstliches Verhalten entgegengebracht werde.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hält es für unvertretbar, wenn der SPD-Landesvorsitzende Gert Walter in dieser Argumentation des Bundesverfassungsgerichts eine „Ohrfeige für die Meinungsfreiheit" sieht,

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

wobei er offenbar nicht erkennt oder erkennen will, daß Beamte, Richter und Staatsanwälte aufgrund ihrer Funktion im Staat in einer zusätzlichen und andersartigen Rechts- wie Pflichtenbeziehung stehen.

Die CDU-Fraktion ist aber gleichermaßen betroffen, daß sich gerade der Justizminister des Landes ungeachtet der Bindungswirkung der tragenden Gründe der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts einfach darüber hinwegsetzt – und dies mit einer merkwürdigen Konsequenz. In der Sache handelte es sich ja nur um Ermahnungen, in Zukunft die bei öffentlichen Meinungsäußerungen für Beamte und Richter geltende politische Mäßigung zu üben. Wenn diese Ermahnung jetzt aufgehoben wird, so bedeutet dies doch nichts anderes als einen Freibrief, die Grenzen zwischen grundrechtlicher Meinungsfreiheit und staatlicher Funktionsausübung total zu verwischen.

(Beifall bei der CDU – Heinz-Werner Arens [SPD]: Absoluter Unsinn!)

Gerade hierin kommt das von mir bereits angesprochene unvertretbare Staats- und Verfassungsverständnis zum Ausdruck.

Indem ich gerade im Hinblick auf die zahlreichen Rechte, die Angehörige des öffentlichen Dienstes im Gegensatz zu sonstigen Arbeitnehmern haben, die Grundpflichten der Beamten und Richter betone, mache ich die Angehörigen des öffentlichen Dienstes doch nicht, wie Herr Walter meint, zu Staatsdienern und Huldigern eines Obrigkeitsstaates. Die Konsequenzen aus den Erfahrungen des vergangenen Jahres – das sage ich mit allem Ernst und Nachdruck – zu ziehen, kann doch nicht nur heißen, zwischen Politik und Verwaltung im Regierungsapparat strikter zu trennen; die Konsequenzen müssen vielmehr die unbedingte Beachtung dienstrechtlicher Verhaltensregeln auch im übrigen, in der Öffentlichkeit, gegenüber Dritten, einschließen. Das sind die rechtlichen Konsequenzen aufgrund unserer Erfahrungen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir stehen am Anfang einer neuen Legislaturperiode, für die die Wählerinnen und Wähler Schleswig-Holsteins Ihnen, Herr Ministerpräsident, eine klare und eindeutige **Regierungsverantwortung** übertragen haben. Aus dieser Verantwortung werden wir Sie nicht entlassen. Sie haben im Wahlkampf und durch Ihre Regierungserklärung den Menschen viele **Versprechungen** gemacht. Diese sind zum Teil mit großen finanziellen Ausgaben verbunden, zum Teil sind sie ohne grundlegende Veränderungen der Rechtsordnung nicht realisierbar. Wie Sie diese Versprechungen bei den finanziellen, ökonomischen, sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen einlösen wollen, haben Sie den Bürgerinnen und Bürgern heute nicht präzise erklären können. Spätere Defizite werden Sie mit Schuldzuweisungen nach Bonn oder Brüssel nicht entschul-

(Heiko Hoffmann)

digen können. Die Verantwortung für die Versprechungen haben Sie selbst übernommen. Kreativität und Initiative, Kooperation und Gestaltungswille werden von Ihnen verlangt. Finanzielle Hilfen aus Bonn und Brüssel bedeuten nicht alles.

Die CDU-Fraktion dieses Hohen Hauses wird Ihnen dort, wo es die Belange des Landes erfordern, die Hand zur Zusammenarbeit, zum gemeinsamen Ringen um die besten Lösungen reichen. Es wird sich dabei nach unserer Überzeugung erweisen, daß auch Ihre Politik auf den Ergebnissen, also auch auf den Erfolgen der bisherigen Landesregierungen, aufbauen muß. Die Kontinuität der Fragestellungen in der Landespolitik wird auch zu einer Kontinuität im politischen Handeln beitragen. Hier werden Sie unsere Unterstützung finden.

Wir werden Sie aber auch an all dem messen, was Sie heute hier erklärt haben, an den Erwartungen, die Sie geweckt haben. Wir werden Sie auch an den Ergebnissen unserer eigenen Leistungen und an den Erfolgen der bisherigen Regierungspolitik messen.

Für parlamentarische Kontrolle der Regierung und Verwaltung ist eine wirksame Opposition unverzichtbar. Wir werden diese demokratisch-parlamentarische **Rolle der Opposition**, wie ich Ihnen bereits nach Ihrer Wahl zum Ministerpräsidenten versichert habe, ohne Wenn und Aber annehmen und sie kraftvoll, im Umgang fair – dies ist unser Bemühen –, aber in der Sache hart ausüben. Kein Geringerer als Ihr Parteifreund Kurt Schumacher hat am 21. September 1949 vor dem Deutschen Bundestag gesagt – ich zitiere wörtlich –, „daß die Opposition sich nicht in der bloßen Verneinung der Regierungsvorschläge erschöpfen kann. Das Wesen der Opposition ist der permanente Versuch, an konkreten Tatbeständen mit konkreten Vorschlägen der Regierung und ihren Parteien den positiven Gestaltungswillen der Opposition aufzuzwingen". Aus diesem Verständnis heraus werden wir, die CDU-Fraktion in diesem Hohen Hause, in den vor uns liegenden Jahren für das Wohl des Landes Schleswig-Holstein arbeiten.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Abgeordneter Börnsen.

Gert Börnsen [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren, die heutige Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Björn Engholm beweist: Die **Regierungsübernahme der Sozialdemokraten** erfolgt nicht im Zeichen von Kontinuität, sondern im Zeichen des **Neuanfangs**.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich das, was der Oppositionsführer eben gesagt hat, richtig deute, dann hat er mir darin eigentlich auch recht gegeben. Der Karren der Landespolitik steckt viel tiefer im Dreck, als wir es geahnt haben.

(Beifall bei der SPD)

Der Prozeß der Agonie, des Dahinsiechens nach 38 Jahren unumschränkter CDU-Herrschaft – wohl auch unumgänglich – machte für die Mehrheit der Menschen in Schleswig-Holstein den Regierungswechsel unaufschiebbar. Die Kenntnis von beispiellosem Machtmißbrauch eines politisch korrupten Regierungschefs war nur das letzte Glied in einer Kausalkette für die Neuorientierung der Wählerinnen und Wähler.

Ich hätte mir gewünscht, meine Damen und Herren, daß eine neue sozialdemokratische Regierung Fundamente vorfindet, auf denen sie ihr landespolitisches Gebäude solide und gleichmäßig aufbauen könnte. Doch leider stehen wir vor einem Trümmerfeld.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Na, na!)

– Nun warten Sie einmal ab. – Bei einem auf Trümmern aufgebauten Haus droht jedoch die Statik zu versagen. Es führt deshalb aus unserer Sicht kein Weg daran vorbei: Trümmer und Schutt müssen beiseite geräumt werden, bevor das Gebäude jene Form annehmen kann, die wir wünschen.

(Thomas Lorenzen [CDU]: Das wird wohl ein Haus mit Flachdach!)

Herr Hoffmann, ich habe mit großer Aufmerksamkeit Ihre Rede eben verfolgt. Sie haben sich Mühe gegeben, eine gescheiterte Regierungspolitik zu verteidigen.

(Beifall des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD] – Manfred Sickmann [SPD]: Das ist aber nicht gelungen!)

An dem Anspruch von Kurt Schumacher, den Sie zum Schluß zitiert haben, gemessen, fehlte in Ihrer Rede noch die Alternative, die Sie der Regierungspolitik entgegenstellen wollen – es sei denn, Sie wollten einfach sagen: Weiter so!

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen für die Mehrheitsfraktion ganz offen: Wir sind froh darüber, daß der Ministerpräsident in seiner heutigen Regierungserklärung den Mund nicht zu voll genommen hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir – und das bedeutet eigentlich: das gesamte Parlament – erwarten einen **Kassensturz**, bevor neue finanzwirksame Maßnahmen angekündigt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, daß wir darüber zu reden haben werden.

Am 25. Oktober 1983 warnte der damalige Finanzminister Asmussen vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag – ich zitiere wörtlich –:

„Wenn wir die Erschütterung der Grundlagen der Finanzen von Staat und Sozialversicherung heute nicht ... bekämpfen, meine Damen und Herren, werden morgen die Opfer für alle Betroffenen noch härter sein."

(Gert Börnsen)

Und er fügte hinzu:

> „... die Landesregierung ist sich dieser Zusammenhänge bewußt und sieht deshalb in einem schrittweisen Abbau der Neuverschuldung einen wesentlichen Schwerpunkt ihrer finanzpolitischen Zielsetzung für die kommenden Jahre."

1983!

Meine Damen und Herren, nichts als schöne Worte! Sie belegen in Wahrheit das Versagen der früheren Landesregierung. Die Verschuldung des Landes ist seitdem von 12,5 Milliarden DM kontinuierlich auf heute mehr als 17 Milliarden DM angestiegen. Statt Abbau der Neuverschuldung also eine Ausgabenwirtschaft nach dem Motto „Nach uns die Sintflut".

Derselbe Finanzminister Asmussen kündigte am 5. Dezember 1985 im Schleswig-Holsteinischen Landtag an – ich zitiere ebenfalls –, 1989 die Nettokreditaufnahme auf 665 Millionen DM zurückzufahren. Tatsächlich sieht die mittelfristige Finanzplanung für das Jahr 1989 eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 1,1 Milliarden DM vor. Dabei sind noch nicht einmal alle jene Projekte berücksichtigt, die von der ehemaligen CDU-Landesregierung pompös angekündigt, teilweise anfinanziert wurden, aber ohne finanzielle Absicherung in der mittelfristigen Finanzplanung sind.

Dies alles vor dem Hintergrund der von CDU/CSU und F.D.P. im Deutschen Bundestag beschlossenen **Steuerreform**, mit der Bundesfinanzminister Stoltenberg, den Sie immer noch als CDU-Landesvorsitzenden tolerieren, Arbeitnehmer und deren Familien zur Kasse bittet,

(Zuruf von der CDU)

Kommunen und Land finanziell ausbluten lassen wird! Diese sogenannte Reform ist eine Katastrophe für unser Land.

(Beifall bei der SPD)

Sie reißt finanzielle Löcher, die das Land aus eigener Kraft nicht stopfen kann. Herr Hoffmann, deswegen muß aus diesem Land der Ruf an den Bund erfolgen, der uns derartig viele Mittel nimmt, dort zu helfen, wo es im Interesse dieses Landes ist. Eigentlich hätten wir erwartet, daß wir das gemeinsam vertreten würden.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesen wenigen Stichworten wird der Rahmen – denke ich – erkennbar, der jede Politik in Schleswig-Holstein bestimmen und bis an die Grenze des Erträglichen einengen wird. Die **Sicherung der finanzpolitischen Handlungsräume** ist die Voraussetzung für jede in die Zukunft zielende Politik, die unsere Gesellschaft eben nicht nur verwalten, sondern gestalten will.

Aufgabe Nummer 1 einer neuen Regierung – so scheint uns – ist es, endlich wieder Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit herzustellen. Wir brauchen ehrliche Zahlen.

(Beifall bei der SPD)

Aufgabe Nummer 2 wird es sein, die Finanzen zu konsolidieren. Das heißt, daß dieses Parlament – wir werden dafür verantwortlich sein – sehr schmerzhafte Einsparungen wird mittragen müssen. Wenn die Regierung dann tiefe Schnitte in der Ausgaben- und Förderpolitik vorschlagen wird, werden wir sehen, ob die CDU, die uns das alles eingebrockt hat, zu ihrer Verantwortung steht.

(Beifall bei der SPD)

Unser Land, die Menschen in Schleswig-Holstein brauchen zusätzliche **Arbeitsplätze**. Die SPD-Landtagsfraktion wird die Landesregierung nach Kräften unterstützen, wo es um die Sicherung bestehender oder um die Schaffung neuer Arbeitsplätze geht. Öffentliche Gelder müssen dorthin fließen, wo damit vorrangig neue Arbeitsplätze geschaffen werden oder Arbeitsplätze stabilisiert werden. Wir erwarten von der Landesregierung, daß alle Förderinstrumentarien auf dieses Schwerpunktziel hin orientiert werden.

Den Unternehmern sagen wir: Wer die von Millionen Steuerzahlern aufgebrachten Mittel nutzt, der trägt auch gesellschaftliche Verantwortung. Das muß in der Wirtschaft heißen: Verantwortung für den Abbau von Arbeitslosigkeit.

Die SPD-Landtagsfraktion hat in den vergangenen Jahren Programme zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein vorgelegt. Arbeitslosigkeit – so haben wir gesagt – muß dort am intensivsten bekämpft werden, wo sie am drückendsten ist. Hier nenne ich die Westküste, ich nenne den Landesteil Schleswig – die Stiefkinder in der wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte.

Der wirtschaftliche Strukturwandel wird weiter voranschreiten. Das beinhaltet notwendig auch eine Umschichtung von Arbeitsplätzen. Nicht jeder Arbeitsplatz – beispielsweise auf den Werften oder in der Bauwirtschaft – wird gesichert werden können. Aber dieser Wandel muß kontrolliert und für die Beschäftigten sozial abgesichert vollzogen werden. So etwas geht nur im engen Zusammengehen mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten, und dies ist für uns Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Arbeitsplätze im Werftbereich sichert man jedoch nicht durch den Bau von Kriegsschiffen für die Krisenregionen in dieser Welt.

(Beifall bei der SPD)

Auch darin sind wir uns mit den Arbeitnehmern und mit ihren Gewerkschaften einig. Arbeitsplätze auf der größten Werft dieses Landes wurden gefährdet durch den Verkauf von Blaupausen nach Südafrika.

(Beifall bei der SPD)

(Gert Börnsen)

Im Zusammenwirken mit der Bundesregierung – das beweist der aufgefundene Strauß-Brief an Herrn Kohl – haben die betroffenen Firmen dem Land und seiner Bevölkerung schweren Schaden durch illegale und sittenwidrige Geschäftstätigkeit mit dem Apartheidsregime, mit dem Rassistenregime in Südafrika zugefügt.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern daher zügige Aufklärung dieser Sachverhalte durch den Bonner Untersuchungsausschuß. Die Beschäftigten der betroffenen Firmen haben ein Anrecht auf schnelle und lückenlose Aufklärung. Wenn die Bonner Regierungsparteien und die Firmenleitungen diese Aufklärung weiterhin verhindern sollten, sollen sie wissen, daß auch wir als Landesparlament Möglichkeiten haben, um diese wenig ehrenwerte Strategie zu durchkreuzen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine **aktive Schiffahrtspolitik**. Das ist für ein Land wie Schleswig-Holstein mit seinen Häfen und Werften ein dringendes Erfordernis. Das heillose Gegeneinander der Werften in vier Küstenländern muß endlich der Vergangenheit angehören. Wir sind froh, daß die Landesregierung die enge Zusammenarbeit mit den anderen norddeutschen Küstenländern auf ihre Fahnen geschrieben hat. Wir werden dieses auf der parlamentarischen Ebene voll unterstützen. Norddeutschland muß endlich mit einer Stimme in Bonn, in Brüssel, im In- und Ausland vorstellig werden, gemeinsam norddeutsche Anliegen vortragen und gemeinsam Lösungen durchsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Der Herr **Minister für Natur und Umwelt** hat hierfür – wie ich meine – schon durch seine **erste Konferenz** ein Beispiel gegeben. Es war ein gutes Signal, daß er seine Kollegen aus Niedersachsen, Hamburg und Bremen in Husum zusammengerufen hat, um Wege gegen das Sterben unserer Meere aufzuzeigen.

Meine Damen und Herren, die Giftmüllablagerungen in Schönberg bringen – der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen – unkalkulierbare Gefahren für die Lübecker Bevölkerung, auf die wir seit Jahren hingewiesen haben und die sobald wie möglich beendet werden müssen. Aber die Giftablagerungen in der Nordsee entsprechen nach Aussagen von Fachleuten dem 150fachen der Transporte nach Schönberg. Damit ist die Nordsee seit vielen Jahren die größte Giftmülldeponie der Welt.

(Beifall bei der SPD)

In dieser Situation, Herr Hoffmann, hätte ich von Ihnen ein anderes Wort als das erwartet, was Sie gesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben – ich fasse das zusammen – gesagt: Alles, was wir tun können, ist zu teuer, zu langwierig, wir würden damit nur Resignation hervorrufen, weil nicht sofort Konsequenzen zu sehen wären. – Das Gegenteil ist wahr. Wenn wir nicht sofort anfangen, konkrete Maßnahmen zu realisieren, auch mit den bescheidensten Mitteln, rufen wir Resignation hervor, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wer eigentlich will es den jungen Menschen noch übelnehmen, daß sie immer verbitterter die Inkompetenz und auch die Handlungsunwilligkeit von Politikern anklagen, wenn die Symptome des sterbenden Meeres, also beispielsweise die Geschwüre an den Fischleibern, bis heute zu nichts anderem als zu Konferenzen und Resolutionen, aber nicht zu entschlossenem Handeln geführt haben, zu Handeln, das sofort mit konkreten Maßnahmen beginnt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich „Danke!" an Minister Heydemann, der mit diesen konkreten Maßnahmen sofort begonnen hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage in allem Ernst: Die Rettung des Meeres ist eine der wichtigsten nationalen Aufgaben der Zukunft für Bund und Länder, eine internationale Aufgabe im Rahmen der EG. Die Rettung des Meeres könnte zur Bewährungsprobe für die Überlebensfähigkeit unserer Zivilisation und unserer Gesellschaft werden.

Meine Damen und Herren, wir erwarten, daß in Schleswig-Holstein mit Nachdruck das **Vorsorgeprinzip** zur **Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen** angewendet wird. Nicht Landschaft und Natur müssen sich permanent wirtschaftlichen Entwicklungen und sogenannten Sachzwängen anpassen; wir wollen eine wirtschaftliche Entwicklung, die von vornherein um Einklang mit den natürlichen Lebensgrundlagen bemüht ist. Nur eine umweltgerechte Wirtschaftsentwicklung wird Stabilität und Sicherheit bringen können. Wirtschaftsentwicklung auf Kosten der Umwelt ist immer eine tödliche Sackgasse. Wo neue, umweltfreundliche Techniken zur Anwendung gelangen, erprobt oder entwickelt werden, erwarten wir daher die gezielte Unterstützung des Landes.

Eine neue EG-Agrarpolitik – das ist sowohl vom Ministerpräsidenten wie auch vom Oppositionsführer betont worden – ist überfällig. Nicht Lagerhalter, sondern Bauern müssen an der landwirtschaftlichen Produktion verdienen können.

(Beifall bei der SPD)

Dazu, meinen wir, ist ein Umdenken erforderlich. Wir brauchen nicht mehr Erträge, sondern wir brauchen naturverträglichere Produktionsmethoden, nicht mehr Produkte von weniger Anbauflächen, sondern schonenden Umgang mit Boden, mit Landschaft, mit Natur, mit Wasser sowie gesunde Nahrungsmittel. Umweltschutz soll und muß sich auch für Landwirte wieder lohnen.

(Beifall bei der SPD – Fritz Latendorf [CDU]: Wovon sollen die denn leben?)

(Gert Börnsen)

Der **Ausstieg aus der Atomenergienutzung,** meine Damen und Herren, ist seit 13 Jahren erklärtes Ziel der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein. Über die Schwierigkeiten auf diesem Wege machen wir uns keine Illusionen. Niemand sollte sich aber auch Illusionen über die Zähigkeit machen, mit der die SPD in Schleswig-Holstein dieses Ziel verfolgt.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Minister Günther Jansen hier ausdrücklich die uneingeschränkte Unterstützung der SPD-Fraktion zu, wenn es darum geht, beispielhaft für alle anderen Bundesländer den Einstieg in den Ausstieg aus einer antiquierten Energieform zu bewerkstelligen und innerhalb der nächsten beiden Legislaturperioden zum Abschluß zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Neue umwelt- und menschenfreundliche Versorgungsstrukturen ohne Atomenergie sind möglich. Jeder, der offen ist – hier appelliere ich daran, daß wir auch in diesem Landtag die offene Diskussion, den offenen Dialog suchen –, weiß, daß es unter Fachleuten unterschiedliche Einschätzungen über die sich aus dem Ausstieg ergebenden Kosten gibt. In den USA – das ist ebenfalls bekannt – werden seit zehn Jahren keine neuen Atomkraftwerke mehr gebaut, weil man von ihrer Unwirtschaftlichkeit überzeugt ist. Wer allerdings – das ist mit allem Ernst zu sagen – die Diskussion um die Atomenergie allein auf die Kosten reduziert, der mißachtet, ja, der verhöhnt die Sorgen und Ängste der Menschen im Lande.

(Beifall bei der SPD)

Ich erlaube mir an dieser Stelle den Einschub, daß die bevorstehende Steuererhöhung für Benzin und Dieselkraftstoffe Wirtschaft und Menschen mehr belasten wird als ein geringfügiger Anstieg der Stromkosten.

(Beifall bei der SPD)

Es geht nicht nur um den Ausstieg aus der Atomenergie, es geht um den Einstieg in sinnvollere, technisch moderne, umwelt- und ressourcenschonende Energieversorgungssysteme. Dieser Weg soll nicht gegen, sondern mit der Wirtschaft gegangen werden. Wir verstehen das als ein Angebot an eine zukunftsorientierte und innovationsfreudige Wirtschaft.

In den vergangenen Jahrzehnten haben wir immer wieder erleben müssen, daß Parlament und Öffentlichkeit von der **Landesregierung** nur solche **Informationen** erhielten, die in ihr Konzept paßten, um es kurz zu sagen: eingefärbte Schönwetterberichte, statt offener nüchterner Bestandsaufnahmen. Deshalb war es auch selten möglich, auf der Basis von von der Regierung herausgegebenen Fakten über unterschiedliche Problemlösungsansätze hier im Parlament zu streiten und gemeinsam nach realen Handlungsmöglichkeiten für Politik zu suchen. Eine aufgeklärte Demokratie verlangt informierte Bürgerinnen und Bürger. Ohne Informationen funktioniert keine Demokratie. Die SPD-Landtagsfraktion wird deshalb eine Initiative für ein Informationsfreiheitsgesetz erarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Das Recht auf uneingeschränkte Information über Daten und Fakten, zum Beispiel über die Situation unserer Umwelt, auch dort, wo Geschäftsinteressen berührt werden, soll allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern offenstehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden dabei auf die guten Erfahrungen in anderen Ländern – ich nenne hier in erster Linie die USA und Schweden – zurückgreifen können. Die Bürgerinnen und Bürger – so ist unser Anspruch – sollen sich an der Lösung der großen landespolitischen Probleme beteiligen.

Auch bei der Verfassungs- und Parlamentsreform erbitten wir Anregungen und Vorschläge. Wir werden die Beratungen in den Ausschüssen zu diesem Thema öffentlich durchführen und ebenso öffentliche Anhörungen veranstalten.

(Beifall bei der SPD)

Politik ist in Schleswig-Holstein – das sage ich mit einem gewissen Stolz – nicht länger nur ein Geschäft von Männern. Nie gab es anteilig mehr **Frauen** in einem deutschen **Parlament** als in diesem neuen Landtag. Bislang gab es kein Kabinett in der Bundesrepublik, in dem Frauen mehr als ein Drittel aller Ministerposten bekleiden. Ich sage, dies ist ein Anfang, auf den wir stolz sein können, aber es ist eben nur ein Anfang. Mehr als die Hälfte der Menschen auch in Schleswig-Holstein sind Frauen. Nicht annähernd gleich repräsentiert sind sie im mittleren und höheren Dienst der Verwaltungen, im Wissenschaftsbereich und in den Rundfunkanstalten. Gerade in den letzten Tagen ist eine gewichtige Entscheidung beim Norddeutschen Rundfunk in Kiel gefallen, wo zwei Direktorenstellen zu besetzen waren und unserer Bitte, doch endlich einmal Frauen zu berücksichtigen, wieder nicht entsprochen werden konnte. Ich halte dies für kritikwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Nach wie vor ist die Gleichstellung von Mann und Frau ein uneingelöster Anspruch des Grundgesetzes. Die SPD-Landtagsfraktion hat mit einem Gleichstellungsarbeitskreis ein Pendant zum neuen Frauenministerium geschaffen. Der Landtag wird in den kommenden vier Jahren über konkrete Schritte zur Überwindung der vielfältigen Benachteiligungen von Frauen beraten. Dafür wollen wir sorgen.

Bildung, Ausbildung, Weiterbildung, kulturelles Angebot sind – so sehen wir es – Trümpfe in der Hand der Beschäftigten, gehören zur Lebensqualität. Sie bestimmen maßgeblich Standortvorteile oder -nachteile einer Region. Ein Land, das hier ins Hintertreffen gerät, verliert den Anschluß an die wirtschaftliche und an die soziale Entwicklung. Bildung, Ausbildung, Weiterbildung, kulturelles Angebot sind noch lange nicht selbstverständliche Rechte, auf die jeder-

(Gert Börnsen)

mann und jedefrau in unserem Lande Anspruch hat und zurückkommen kann. Wir begrüßen daher das **Ziel** der Landesregierung, den **Bildungsurlaub** zu schaffen und für eine Qualifizierungsoffensive der Beschäftigten in unserem Land zu nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Weiterbilden wird sich aber nur können, wer das Lernen gelernt hat. Hierfür müssen die Schulen den Grundstein legen. Schulmüdigkeit bei Schülerinnen und Schülern, auch bei Lehrerinnen und Lehrern dürfte wohl nicht als ein notwendiges Übel akzeptiert werden. Sie hängt doch auch von Lerninhalten und von Lernformen ab. Deswegen müssen wir auch im Parlament in den kommenden Jahren ganz gezielt – ich hoffe, sachlich und ohne Schlagworte – die Debatte über die **innere Schulreform** führen. Wer dabei das Suchen nach der besseren Schule als Unruhestiftung diffamiert, hat nicht begriffen, daß Bildung die vordringlichste Zukunftsaufgabe ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Diskussion über die **Schulform**, also auch über die Gesamtschule, ist von der inhaltlichen Reformdiskussion abhängig. Für uns Sozialdemokraten ist es dabei entscheidend, daß Elternwille und Schulreform einen engen Zusammenhang bilden, und darin – auch darauf bin ich stolz – unterscheiden wir uns von der Vorgängerregierung.

(Beifall bei der SPD)

Eine Gesellschaft ist nur dann eine humane Gesellschaft, wenn sie niemanden ausgrenzt, wenn sie immer wieder um **Integration der sozial Schwachen** bemüht ist. Alte Menschen, Kranke, Behinderte, ausländische Mitbürger dürfen nicht Menschen zweiter Klasse sein. Bei der Beschäftigung Behinderter muß der öffentliche Dienst Vorbild sein.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen erwarten wir von der Landesregierung in Zukunft die Einhaltung der Behindertenquote, was der alten Landesregierung nie gelungen ist.

(Beifall bei der SPD)

Ohne das Engagement zahlreicher Selbsthilfeorganisationen und der großen Wohlfahrtsverbände wären die tausendfachen Aufgaben in der **Sozialpolitik** sicher nicht zu bewältigen. Ihr Engagement gilt es zu fördern. Es ist wichtig, Selbsthilfegruppen, Verbände und ihre Arbeit ernst zu nehmen und ihre Vorschläge und Erfahrungen auch in die Gesetzgebung und in die Verwaltungsarbeit, in unsere parlamentarische Diskussion einfließen zu lassen.

Wir erwarten von der Landesregierung, daß wir regelmäßig über die soziale Situation in unserem Lande unterrichtet werden. Einer der Berichte, die wir fordern werden, wird die Auswirkungen von Steuerreform und Gesundheitsstrukturreform auf den Kreislauf von Armut, Krankheit und Arbeitslosigkeit in unserem Land zum Inhalt haben.

(Beifall bei der SPD)

Liberalität und Toleranz haben in der jüngsten Geschichte Schleswig-Holsteins schwere Einbußen erlitten. Viele Menschen, die mit ihrer Stimme bei der Landtagswahl der SPD zur Mehrheit verholfen haben, hoffen, daß schnell ein durchgreifender Neuanfang gemacht wird. Wir werden die **Freiheit der Andersdenkenden** garantieren. Ich sage Ihnen, Herr Hoffmann, an dieser Stelle: Ich mache Ihnen ausdrücklich streitig, daß Sie sich auf die Errungenschaften des liberalen Rechtsstaates berufen, wenn Sie über den Extremistenbeschluß in Schleswig-Holstein und über die Regelanfrage reden.

(Beifall bei der SPD)

Ich begrüße die Ankündigung des Ministerpräsidenten, den unseligen und eben in Schleswig-Holstein immer noch gültigen Extremistenbeschluß von 1972 abzuschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Die **Regelanfrage** beim Verfassungsschutz darf es nicht länger geben, und auch hier unterscheiden wir uns grundsätzlich. Wir wollen, daß der Staat grundsätzlich Bewerberinnen und Bewerbern für den öffentlichen Dienst zuerst einmal Vertrauen entgegenbringt, wenn sie bereit sind, auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu schwören. Wir fangen doch nicht mit dem Mißtrauen an. Wenn es denn tatsächlich konkrete Belege für ein dagegengerichtetes Handeln gibt, muß der Staat zugreifen, muß der Staat handeln. Zuerst einmal haben wir aber von dem grundsätzlichen Vertrauen in unsere Bürgerinnen und Bürger auszugehen. Das ist unser Credo.

(Beifall bei der SPD)

Der Verfassungsschutz darf nicht parteipolitisch zur Observation mißliebiger Gruppen mißbraucht werden. Er bedarf der effektiven parlamentarischen Kontrolle, und er muß auf seine eigentlichen Aufgaben zurückgeführt werden. Die SPD-Fraktion wird dazu im Landtag initiativ werden. Wir lehnen auch die staatliche Bürgererfassung durch unbegrenzte Datensammlungen ab.

Datenschutz heißt für uns Sozialdemokraten Schutz des Persönlichkeitsrechts. Die SPD wird Vorschläge für die Überarbeitung des Landesdatenschutzgesetzes unterbreiten. Wir fordern die Zweckbindung der erhobenen Daten, stärkere Auskunftsrechte für Bürgerinnen und Bürger sowie die Kompetenzerweiterung für den Datenschutzbeauftragten.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen den **Landesbeauftragten für Datenschutz** als regierungsunabhängige und allein dem Landtag verantwortliche Institution einrichten, und wir werden den in zehn Jahren bewährten Datenschutzbeauftragten Becker bitten, auch die neue Aufgabe zu übernehmen.

(Beifall bei der SPD)

Die von den Pressekonzernen ausgehende **Konzentration der Medien** in wenigen Händen widerspricht unserem demokratischen Selbstverständnis. Wir brau-

(Gert Börnsen)

chen die publizistische Konkurrenz und wehren uns gegen weitere Zusammenschlüsse. Wir wollen die gesellschaftliche Kontrolle des Rundfunks öffentlicher und wirksamer machen. Unser Bemühen wird darauf ausgerichtet sein, die innere Presse- und Rundfunkfreiheit der Journalisten in allen Medien zu sichern. Wir wollen die weitere Monopolisierung in Presse und Rundfunk verhindern, lokalen Rundfunk ermöglichen und den Zugang nichtkommerzieller Privater zum Beispiel über einen offenen Kanal zum Rundfunk öffnen. Diese Vorstellungen sollen in einem Landesmediengesetz konkretisiert werden, an dem unsere Fraktion arbeitet.

(Beifall bei der SPD)

Demokratische Politik muß sich stets aufs neue bewähren. Wir haben den **Vertrauensentzug** für die **Landespolitik** im vergangenen Jahr erlebt und ebenso den überwältigenden **Vertrauensvorschuß** für den neuen Anfang im Mai dieses Jahres. Noch längst sind nicht alle Konsequenzen aus dem Skandal gezogen worden. Gesetzwidriges Verhalten, Mitläufertum, karriereorientiertes Ignorieren von Mißständen haben Institutionen und Beamte unseres Landes bundesweit in Mißkredit gebracht. Schuldige und Mitschuldige dürfen nicht ungestraft bleiben.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig! - Beifall bei der SPD)

Die parteipolitische Neutralität des öffentlichen Dienstes muß wiederhergestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Staatsanwaltschaft muß wieder der Überparteilichkeit verpflichtet sein.

(Beifall bei der SPD)

Auch hier erwarten wir die notwendigen Konsequenzen.

Das Wichtigste aber ist die Forderung nach Zivilcourage bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst. Nie wieder dürfen Parteifilz und rechtsstaatswidrige Praktiken so widerspruchslos hingenommen werden.

(Beifall bei der SPD)

Auch für die Abgeordneten gilt, sich durch umfassende Maßnahmen der Parlamentsreform dem Vertrauen der Wählerinnen und Wähler würdig zu erweisen. Dazu gehört nach unserer Auffassung auch die Einrichtung von Bürgerbüros in allen Wahlkreisen, zumindest aber in allen Kreisstädten. Wir werden dazu die entsprechenden Vorschläge einreichen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion, meine Damen und Herren, wird ein kritischer Begleiter der Landesregierung sein. Wir sind keine Jasager. Wir sind auch kein verlängerter Arm der Landesregierung. Wir begreifen uns als Parlamentarier, die ihre Initiativ- und Kontrollfunktion gegenüber der Regierung mit großer Ernsthaftigkeit wahrnehmen werden. Wir wissen uns dabei einig mit der Regierung in dem gemeinsamen Projekt einer sozialdemokratisch geprägten Landespolitik für die Menschen in Schleswig-Holstein. Gemeinsam wollen wir die Trümmer des Vergangenen abräumen und den Neubau auf stabilen Fundamenten errichten, mit der Kraft der Vernunft für Toleranz und Demokratie.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, der Herr Abgeordnete Meyer signalisiert, daß er mit der Zeit bis zur Mittagspause nicht auskommt. Zehn Minuten seien zu wenig.

(Gert Börnsen [SPD]: Ich schlage vor, daß wir uns zehn Minuten der Mittagspause zum Anhören von Herrn Meyer gönnen!)

Meine Damen und Herren, ich erteile dem Herrn Abgeordneten Meyer das Wort.

Karl Otto Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Auch eine kleine Fraktion kann sich ja nicht mit wenigen Minuten begnügen, wenn sie auf eine Regierungserklärung antworten soll.

Wenn nach 38 Jahren - davon beinahe 20 Jahre in Alleinverantwortung - durch Wählerentscheid die bisherige Regierung abgelöst wird und die Regierungsverantwortung mit großer, absoluter Mehrheit an die bisherige Oppositionspartei wechselt, entstehen hohe Erwartungen und auch Hoffnungen nach dem Prinzip: Nun soll und wird ein anderer Wind wehen.

In dieser Situation stehen wir am heutigen Tage. Die am 31. Mai gewählte SPD-Regierung Björn Engholm hat jetzt mit ihrer **Regierungserklärung** die Bevölkerung im Lande und das Parlament darüber informiert, welches Programm sie für die nächsten vier Jahre als Grundlage und Ziel ihrer Politik realisieren will.

Diese Regierungserklärung ist von allen Seiten mit großer Spannung erwartet worden. Alle wollen wissen: Was will und was kann die neue Regierung anders machen? So gibt es in dieser vorgelegten Regierungserklärung auch kaum ein Politikfeld, zu dem sich die Regierung - wenn auch ganz überwiegend auf finanzielle Folgerungen verzichtet wird - nicht äußert. Die Regierung hat nun den Rahmen und die Ziele ihrer zukünftigen Politik abgesteckt. Wir werden sie nicht nur heute daran messen.

Vieles von dem, was von dem neuen Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung nun angekündigt worden ist, war insofern bekannt, als sich dies bereits durch die Arbeit als Oppositionspartei abzeichnete. Es besteht die einmalige Chance für die Sozialdemokratie, jetzt zu realisieren, was sie als Opposition gefordert hat. Auch daran wird die Regierung in Zukunft gemessen werden.

(Karl Otto Meyer)

So wird dann in diesem Hause in mancher Beziehung einiges anders. In einer Demokratie ist dies nach 38 Jahren letztlich eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Für den **SSW** hat sich die Situation nach dem 8. Mai im Verhältnis zu den vergangenen Wahlperioden jedoch nicht verändert. Der SSW muß seine bisherige **Politik im Landtag** weiterführen. Das heißt, er muß die Mehrheitsfraktion überzeugen, um seine Vorstellungen durchzubekommen. Genau dies wird der SSW auch tun. Gleichzeitig werden wir jedoch immer auch mit der Opposition verhandeln, so daß beide Gruppierungen im Parlament über die Wünsche und Vorstellungen des SSW orientiert sind. Dadurch sollte die Voraussetzung geschaffen werden, die Vorschläge mit breiter Mehrheit anzunehmen. So war die Situation für den SSW, als die CDU die Regierung stellte; so ist die Situation für uns heute. Es hat sich also für den SSW im Prinzip nichts verändert – nur hat der SSW noch nie mit einer so großen Regierungsmehrheit verhandeln müssen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich brauche wohl nicht zu wiederholen, daß der SSW aus allen wohlbekannten Gründen den Regierungswechsel begrüßt. Ich leugne auch nicht, daß ich davon ausgehe, daß diese Regierung eine **Regierung auf Zeit** ist, eben weil ein Regierungswechsel in einer Demokratie etwas Natürliches und Selbstverständliches sein sollte. Allerdings hoffe ich auf eine kontinuierliche Arbeit, und wir sind uns alle darüber im klaren, daß diese Regierung zumindest vier Jahre im Amt bleiben wird. Dann haben die Wähler wieder die Möglichkeit, ihr Urteil zu fällen.

In diesen kommenden vier Jahren ist der SSW bereit, sachlich und konstruktiv mitzuarbeiten. Die Möglichkeiten dazu sind heute so gut wie vorher. Seit 1962 hat der **SSW** im Landtag **Fraktionsstatus**. Ich danke allen in diesem Hohen Hause, daß dies auch in der 12. Wahlperiode wieder der Fall ist. Ich danke auch der Regierungsfraktion dafür, daß ich vollgültiges Mitglied im Finanzausschuß werden durfte. Dies war ein Entgegenkommen, und zwar ein Entgegenkommen ohne Verpflichtungen für den SSW. Der SSW ist so unabhängig wie immer zuvor.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollen jetzt nach vorn schauen. Aber es ist unumgänglich, daß wir manchmal zurückblicken. Die Entscheidung der Wähler am 8. Mai war so eindeutig wie nur möglich.

(Rolf Selzer [SPD]: Und gut!)

Wir waren vielleicht überrascht über die Deutlichkeit der Entscheidung, aber wir alle müssen mit Genugtuung feststellen, daß die Wähler in Schleswig-Holstein vernünftig, demokratisch und parlamentarisch auf all das reagiert haben, was wir im letzten Jahr erleben mußten. Die **Reaktion der Wähler** hat ja auch bestätigt, daß die Haltung des SSW nach dem 13. September 1987 und besonders nach dem 25. September richtig war.

(Beifall bei der SPD)

Dies muß gesagt werden, weil wir ja leider auch in dieser Zeit kritische Stimmen hören, die behaupten, daß der SSW sein Mandat in ungebührlicher Weise ausgenutzt hätte, weil das SSW-Mandat doch besonderen Bedingungen unterliege. Ich bedaure diese Äußerungen zutiefst, obwohl sie mich in keiner Weise an der Entscheidung des SSW zweifeln lassen. Jeder von uns kann sich vorstellen, wie die Situation gewesen wäre, wenn der SSW um den 25. September herum einen neuen CDU-Ministerpräsidenten gewählt hätte. Ich denke, die Parteien- oder sogar Staatsverdrossenheit in der Bevölkerung und das Mißtrauen gegenüber der Politik wären dann noch ausgeprägter gewesen, als dies heute in Teilen der Bevölkerung der Fall ist, wo sich doch jetzt Gott sei Dank viele positive Kräfte für einen neuen Anfang einsetzen.

Vielleicht soll man diese kleine Minderheit, die sich jetzt zum SSW-Mandat äußert, nicht überbewerten. Aber es stimmt doch bedenklich, wenn einige Wenige nach den letzten beiden Wahlen am 13. September 1987 und am 8. Mai 1988 die **Befreiung des SSW von der Fünfprozentklausel** in Frage stellen. Tatsache ist doch, daß der SSW sein Wahlgebiet nicht erweitert hat. Wie in der Vergangenheit, so werden wir auch zukünftig Kandidaten lediglich in denjenigen Wahlkreisen aufstellen, die zur schleswigschen Region gehören – aber natürlich einschließlich Helgoland.

(Heiterkeit bei der SPD)

In 14 von 44 Wahlkreisen werden wir kandidieren. Wir werden das wie in der Vergangenheit realisieren. Die Stimmengewinne in holsteinischen Gemeinden können doch nicht dazu führen, daß man jetzt die Befreiung des SSW von der Fünfprozentklausel in Frage stellt. Und doch ist dies tatsächlich im Jahre 1988 geschehen!

Es muß auch überraschen, daß folgende Behauptungen wirklich aufgestellt werden:

> „Die Jahre, wo K. O. Meyer als Zünglein an der Waage in Kiel mit seinem Mandat einen übermäßigen Einfluß hatte, sind vorbei."

Hier wird auf einmal mit Dingen operiert, die niemals stattgefunden haben. Niemals war der SSW Zünglein an der Waage, auch nicht nach dem 13. September. Aber genau dies wird jetzt von einigen behauptet und von einigen Zeitungen weiterverbreitet, zum einen wohl, um den Eindruck zu erwecken, daß der Einfluß des SSW unverhältnismäßig groß gewesen sei, und zum anderen, um darzulegen, daß der SSW nach dem 8. Mai seinen Einfluß eingebüßt habe.

(Fritz Latendorf [CDU]: Du bist doch selbst Journalist! Du weiß doch, wie so etwas geht! – Heiterkeit)

(Karl Otto Meyer)

– Ich weiß aber auch, was passiert, wenn ich hier nicht reagiere. Dann kommen diese Argumente früher oder später nämlich auch noch hier vor.

(Beifall)

Wir alle wissen, daß der **SSW** auch nach dem 13. September nicht **Zünglein an der Waage** gewesen ist. Der SSW konnte danach nur eine CDU/F.D.P.-Koalitionsregierung verhindern, aber er konnte keine andere Regierung installieren. Man muß sich wirklich fragen, was diese Kreise mit solchen Behauptungen eigentlich grenzlandpolitisch bezwecken wollen.

Wer da meint, daß der SSW einen so großen Einfluß hatte, weil der SSW eine CDU/F.D.P.-Regierung verhindert hat, muß doch wissen, daß der SSW einen noch größeren Einfluß bekommen hätte, wenn er die ausschlaggebende Stimme für eine CDU/F.D.P.-Regierung abgegeben hätte. Der SSW hätte voraussichtlich in den Jahren 1987 bis 1991 entscheidende Dinge durchbekommen können für die dänische Minderheit und für die nationalen Friesen und gleichzeitig für den Landesteil Schleswig. Der SSW dachte jedoch in dieser Situation nicht egoistisch oder parteipolitisch, dachte nicht minderheitspolitisch, sondern der SSW dachte in dieser Situation in erster Linie demokratisch.

(Beifall bei der SPD)

Den SSW deswegen jetzt anzugreifen, ist für mich wirklich unverständlich. Dabei darf man zum Beispiel nicht vergessen, daß man erst 1979 das Wahlgesetz änderte mit der Begründung, daß der SSW nicht Zünglein an der Waage werden solle. Diese Änderung hat nach dem 13. September zu der besonderen Situation geführt, daß die CDU-Regierung ihre Mehrheit verlor. Hätten wir 73 Abgeordnete gehabt, dann wäre ja nach dem 13. September in bezug auf die Regierungsbildung alles klar gewesen, und wir hätten am 8. Mai keine Wahl durchführen können. Also noch einmal: Nicht der SSW trägt die Verantwortung für die Situation, sondern ganz andere Leute, in diesem Fall eine ganz andere Person, nämlich Gerhard Stoltenberg.

(Rolf Selzer [SPD]: Der ist Finanzminister!)

Auch dies sollte einmal deutlich gesagt werden. Ich hätte also vollstes Verständnis dafür, falls die SPD-Mehrheitsfraktion Gerhard Stoltenberg zu ihrem Ehrenmitglied wählen möchte.

(Nee, nee! bei der SPD – Heiterkeit bei der SPD)

Aber nicht nur die Kritik, die von einigen Seiten gegen den SSW und insbesondere gegen mich erhoben wird, erinnert mich an einen Brief des Vorsitzenden des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes, Dr. Werner Schmidt, einen Brief vom 18. Dezember 1978, gerichtet an den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt, geschrieben mit der Zustimmung des SHHB-Vorstandes. Hier beschäftigte sich Dr. Werner Schmidt mit dem Besuch Helmut Schmidts bei der dänischen Minderheit in Flensburg. Unter anderem heißt es in Abschnitt zwei des Briefes – ich zitiere –:

„Sie haben in Flensburg – diesmal nicht als Bundeskanzler, sondern als Sozialdemokrat – deutlich gesagt, daß durch die Landtagswahl am 19. April 1979 in unserem Lande die Möglichkeit eines Regierungswechsels besteht. Jeder Kundige weiß, daß bei der zu erwartenden knappen Entscheidung die Stimme des dänischen Abgeordneten ausschlaggebend dafür sein kann, wer in Zukunft das Land regieren wird. Eine solche Aussicht bereitet vielen Landsleuten Unbehagen. Ich darf daher fragen: Ist es geboten, daß Sie als Bundeskanzler öffentlich der politischen Partei einer kulturellen Minderheit vier Monate vor Landtagswahlen ‚ernstgemeint Glück' für eben diese Wahl wünschen?"

Es erweckte also 1978 Unbehagen, daß die Stimme des SSW ausschlaggebend sein könnte, und es erweckt noch heute bei einigen Unbehagen, daß sich der SSW nach dem 13. September 1987 so verhalten hat, wie es der Fall gewesen ist.

(Rolf Selzer [SPD]: Das freie Mandat!)

Ich kann nur bedauern, daß es immer noch einige gibt, die so denken, aber ich kann gleichzeitig versichern: Wir lassen uns davon nicht beirren.

(Beifall bei der SPD)

Der SSW wird – so, wie sich das alle in diesem Hause wünschen – in allen Fragen mitarbeiten, zu den aktuellen Fragen Stellung beziehen, seine Vorschläge einbringen und sich an den Abstimmungen beteiligen. Dies kann der Wähler und dies können auch Sie vom SSW erwarten, und diese Erwartungen wird der SSW erfüllen.

Wir sind natürlich zufrieden mit dem Resultat für unsere Partei. Dieses Resultat führt aber nicht dazu, daß wir übermütig werden. Wir wissen auch, daß wir dieses Resultat unter besonderen Umständen erreicht haben. Aber auf der anderen Seite kann ich nicht einsehen, daß dieses Resultat, wie auch die Resultate unserer kulturellen Vereine und unserer sozialen Einrichtungen, unter Umständen dazu führen kann, daß von einem Ungleichgewicht zu Lasten deutscher Kulturarbeit zu sprechen ist oder daß es zu befürchten ist. Mit tiefem Bedauern habe ich in den letzten Wochen in der Presse lesen müssen, daß solche Behauptungen aufgestellt werden. Ich habe nichts gegen einen Ruf nach stärkerer Betonung der deutschen Kultur, der deutschen Sprache, nach mehr Selbstbewußtsein der Deutschen im Grenzland. Aber von einem bestehenden Ungleichgewicht kann man nun wirklich nicht sprechen. Wenn man jetzt wegen unserer positiven politischen und kulturellen Resultate nach größerer Unterstützung für deutsche Kultur- und Sozialarbeit spricht, haben wir wirklich nichts dagegen. Nur müssen alle wissen: Wenn das Land Schleswig-Holstein mehr Mittel ausgibt für deutsche Kultur-und Sozialarbeit, so muß das Land entsprechend mehr Mittel ausgeben für dänische Kultur- und Sozialarbeit und für friesische Kultur- und Sozialarbeit.

(Karl Otto Meyer)

Wir wollen die **Gleichberechtigung**, und jede Forderung nach mehr Einsatz für **deutsche Kultur** wird von mir begleitet mit einer Forderung nach mehr Einsatz für **friesische und dänische Kultur** in unserer Region. Wenn jetzt Forderungen gestellt werden, daß die neue Landesregierung der deutschen Arbeit im Grenzland einen höheren Stellenwert einräumen sollte, dann muß ich fragen: Bedeutet das, daß diejenigen, die diese Forderungen aufstellen, meinen, daß die alte Landesregierung zuwenig getan hat?

Wenn man in Pressemitteilungen lesen kann, daß Grenzpolitiker dafür plädieren – ich zitiere –, „hinsichtlich des erfolgreichen Einsatzes der dänischen Partei, den sie für den Landesteil Schleswig zeige, für ein ‚deutsches Gegenspiel'" zu sorgen, dann bin ich mehr als überrascht. Für die Lösung der Probleme in Südschleswig benötigen wir ja kein Gegenspiel, sondern ein Zusammenspiel. Den Einsatz anderer Parteien für Südschleswig darf man doch nicht betrachten als ein Gegenspiel zum Einsatz des SSW. Wir waren und sind der Meinung, daß wir gemeinsam die regionalpolitischen und strukturpolitischen Probleme unserer Region lösen wollen. Aber wenn der Stimmenzuwachs dazu führt, daß der Einsatz der anderen Parteien als ein deutsches Gegenspiel zu uns zu betrachten sein sollte, sind wir weiß Gott nicht weit gekommen in der **Grenzlandpolitik**. Und dann weiß ich nicht, ob wir von einem glücklichen Modell reden können. Wie gesagt – ich habe es selber betont –, dies ist eine kleine Minderheit, die sich so äußert; aber ich meine, diese Leute haben in gewissen grenzpolitischen Organisationen bedeutenden Einfluß, so daß ich hier grundlegend dazu Stellung nehmen mußte.

Aber ich freue mich, daß die Landesregierung den früheren Vizepräsidenten und unseren Freund Kurt Hamer zum Beauftragten für Minderheitenfragen bestellt hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit. Wir alle werden gemeinsam dafür sorgen, daß im Grenzland vernünftige Verhältnisse bewahrt werden.

Die **Forderungen**, die ich in der **bevorstehenden Legislaturperiode** für den dänischen und den friesischen Bevölkerungsteil stellen werde, sind allgemein bekannt; ich brauche sie hier nicht zu wiederholen. Ich freue mich auf die Gespräche, die nach den Sommerferien zwischen der Regierung und Vertretern der beiden genannten Bevölkerungskreise durchgeführt werden sollen. Solche Gespräche werden dazu beitragen, Verständnis für die berechtigten Wünsche der Dänen und der Friesen in unserer Region aufzubringen, und man wird durch solche Gespräche auch deutlich merken, daß die Forderungen, die politisch in diesem Hohen Hause gestellt werden, wirklich von beiden Bevölkerungsteilen in ihrer Gesamtheit getragen werden.

In der nächsten Landtagssitzung hoffe ich, den interfraktionellen Antrag auf Bildung eines Ausschusses für die friesische Sprache und Kultur einbringen zu können. Danach werden wir uns intensiv mit den Problemen der friesischen Sprache und Kultur beschäftigen können. Die Frage der Sendungen in dänischer und besonders in friesischer Sprache in Rundfunk und Fernsehen werden wir ebenfalls erörtern müssen, auch in Gesprächen mit den Rundfunkanstalten. Gegebenenfalls kann man eine Änderung des Rundfunkgesetzes vornehmen.

Der Ministerpräsident sprach von den Traditionen der Sozialdemokraten. Ich habe volles Verständnis für das, was dazu gesagt wurde. Auch wir stehen in der Tradition derer, die nach 1864 die Arbeit als Minderheit aufgenommen haben. Politisch stehen wir natürlich auch in der Tradition von Gustav Johannsen und Jens Jessen – beide Reichstagsabgeordnete in Berlin –, von Hermann Clausen – Bundestagsabgeordneter in Bonn – und von allen Landtagsabgeordneten des SSW, die nach 1945 in diesem Hohen Hause mitgearbeitet haben. Stellvertretend möchte ich Samuel Münchow und Berthold Bahnsen nennen.

In einem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten vor seiner Wahl am 31. Mai dieses Jahres habe ich feststellen können, daß in vielen entscheidenden Fragen Übereinstimmung zwischen SPD und SSW besteht. Ich freue mich, daß wir im Laufe dieses Jahres – und sogar recht schnell – den **Extremistenerlaß** in diesem Bundesland aufheben werden. Dazu ist es auch höchste Zeit. Ich hoffe dann aber auch, daß wir eine Möglichkeit schaffen, daß diejenigen, die von dem Extremistenerlaß betroffen wurden und jetzt eine Einstellung in den öffentlichen Dienst wünschen, eine reelle Chance für die Einstellung bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Verhältnisse vor 15 Jahren, als einige dieser Leute vom Extremistenerlaß betroffen wurden, anders waren als heute. Die Voraussetzungen für die Benotungen waren damals anders; damals gab es einen Mangel an Lehrkräften. Heute ist die Situation ganz anders. Junge Menschen, die zwischen der ersten und der zweiten Prüfung wußten, daß sie nie eingestellt werden würden, sind ja mit einer ganz anderen inneren Einstellung in die zweite Prüfung gegangen als diejenigen, die mit ihrer Einstellung rechnen konnten. Ich gehe daher davon aus, daß man diesen Leuten jetzt auch bei der Einstellung behilflich ist und die Auswahl aller Bewerber nicht nur streng nach den Noten vornimmt. Wir müssen garantieren, daß diejenigen, die von diesem unmöglichen Extremistenerlaß betroffen wurden, jetzt auch eingestellt werden können. Ich bin bereit, Einzelfälle in Gesprächen mit der Regierung zu erörtern. Wir müssen aber auch dafür Sorge tragen, daß alle – auch diejenigen, die jetzt nicht mehr die Einstellung in den öffentlichen Dienst wünschen – von dem Makel der Verfassungsfeindlichkeit befreit werden. Das schulden wir diesen Personen.

(Beifall bei der SPD)

Auch in der Frage der **Atomenergie** sind sich SPD und SSW heute im großen und ganzen einig. Der SSW will den Ausstieg aus der Atomenergie sofort

(Karl Otto Meyer)

planen. Wir können mit der Stillegung des Brunsbütteler Werkes anfangen.

(Beifall bei der SPD)

Der SSW wird die Bestrebungen des Sozialministers unterstützen, den Ausstieg aus der Atomenergie so schnell wie möglich durchzuführen, indem strengere Sicherheitsbestimmungen erlassen und strengere Auflagen erteilt werden. Auf der Grundlage des Atomsicherheitsgesetzes muß man jetzt endlich erkennen, daß die entscheidende Frage der Lagerung des Atommülls nicht geklärt ist und wir besonders aus diesem Grund den Ausstieg so schnell wie möglich vollziehen müssen. Den mehr oder weniger verdeckten Drohungen der Atomwirtschaft, Investitionen zurückzuhalten, müssen wir mit aller Ruhe entgegensehen und ihnen entgegentreten.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte in diesem Zusammenhang gerade die CDU an die Debatte über den § 218 StGB erinnern. Wenn im Zusammenhang damit Staatssekretär Ottfried Hennig sagt, „Der Lebensschutz steht grundsätzlich vor dem Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren", so möchte ich für den SSW hinzufügen: „Der Lebensschutz der Ungeborenen und der Geborenen steht grundsätzlich vor den Ersatzansprüchen der Atomkonzerne."

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Atomwirtschaft eine Auseinandersetzung mit der Gesellschaft sucht, dann muß diese Atomwirtschaft auch wissen, daß die Gesellschaft nicht machtlos dasteht, sondern daß sie einer solchen Auseinandersetzung mit der Atomwirtschaft gut gewappnet entgegengeht. Die Konzerne sollten nicht vergessen, daß wir in der letzten Zeit mit einigen Konzernen so einiges erlebt haben, und zwar sowohl auf regionaler als auch auf internationaler Ebene. Auch das, was wir im Rahmen der Kieler Affäre mit gewissen Konzernen erlebt haben, ist nicht vergessen. Dies gilt ebenso für die skandalösen Vorgänge bei Konzernen im Zusammenhang mit Transporten von Atommüll oder mit Waffenhandel. Vielleicht sollten die Konzerne etwas vorsichtiger sein und nicht ausgerechnet die politischen Kräfte herausfordern.

Mit aller Deutlichkeit möchte ich hervorheben, daß die Fragen des illegalen Transports von radioaktivem Atommüll weiterverfolgt werden müssen. Ebenso wird sich der SSW weiterhin mit dem U-Boot-Handel zwischen HDW und Südafrika beschäftigen. Die Frage der U-Boot-Millionen auf dem Sonderkonto wird auch in diesem Parlament noch erörtert werden.

(Beifall bei der SPD)

Mit Genugtuung haben wir die Ankündigung des Ministerpräsidenten entgegengenommen, die **Zusammenarbeit mit Skandinavien** zu erweitern und zu fördern. Der SSW wird der Regierung hierbei hilfreich zur Seite stehen. Ich habe bemerkt, daß der Ministerpräsident dem Oppositionsführer angeboten hat, ihn zu Rate zu ziehen oder ihn sogar mitzunehmen, wenn er - also der Ministerpräsident - CDU-geführte Bundesländer besucht. Als Vertreter des SSW bin ich natürlich bereit, dem Ministerpräsidenten in gleicher Weise in bezug auf Kontakte mit den skandinavischen Ländern zu helfen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Über die Prioritäten in der politischen Arbeit sowie innerhalb der einzelnen Ressorts und der Ressorts untereinander können wir ja sprechen, wenn wir den Nachtragshaushalt 1988 beschließen werden. Ich habe aber bemerkt, daß der Ministerpräsident in einem Interview mit dem „Spiegel" vom 16. Mai dieses Jahres gesagt hat:

> „Daß wir ökonomische Sorgen haben, ist gar keine Frage. Wie ich meine 18 Milliarden Mark Schulden loswerde, die Erblast – hier trifft das Wort zu wie nie zuvor –, die meine Vorgänger hinterlassen haben, das weiß ich nicht."

Ich finde, es ist gut, wenn der Ministerpräsident des Landes mit dem Geld des Landes so vorsichtig umgeht wie mit seinem eigenen Geld. Aber ich betone, lieber Björn Engholm: Die 18 Milliarden DM Schulden, die Schleswig-Holstein hat, sind nicht die **Schulden** des Ministerpräsidenten, sondern es sind unsere gemeinsamen Schulden. Wir alle gemeinsam müssen herausfinden, wie wir diese Schulden abtragen können. Ich denke auch, daß alle in diesem Hause bereit sind, ihren Willen zur Zusammenarbeit hierbei zu bekunden. Es ist aber auch notwendig, festzuhalten, daß wir gerade jetzt vor Aufgaben und Problemen stehen, die dazu führen können, daß wir Mut haben müssen, weitere Schulden zu machen.

Wenn wir nämlich heute die Fragen des **Umweltschutzes** klären wollen, dann müssen wir bereit sein, Mittel zu investieren, Mittel zu beschaffen. Schieben wir die Probleme vor uns her, sind wir aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten nicht bereit, effektive Gegenmaßnahmen zu ergreifen, dann kann es leicht passieren, daß die kommenden Generationen finanziell viel stärker belastet werden, als dies der Fall ist, wenn wir heute einige Milliarden DM Schulden mehr aufgenommen hätten, um die Probleme zu lösen. Ich meine, es ist notwendig, auch das einmal festzuhalten; wir brauchen das heute nicht zu beschließen.

(Ministerin Heide Simonis: Nein!)

Auch hier müssen wir also Prioritäten setzen, liebe Frau Finanzministerin.

Ich denke unter anderem daran, daß wir in einigen Zeitungen lesen konnten, daß Militärsprecher zirka 40 Milliarden DM für konventionelle Waffen fordern, weil die Bundesrepublik sonst ihre Grenzen nicht verteidigen könne. Natürlich sind der Verteidigungswille und die Verteidigungsfähigkeit wichtig. Auf der anderen Seite: Was nützt es uns, daß wir unsere Grenzen militärisch verteidigen können, aber die Meere um uns herum aussterben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Karl Otto Meyer)

die Flüsse und die Seen genauso, die Luft verschmutzt wird, Fische, Tiere und Pflanzen verschwinden und die Gesundheit der Menschen gefährdet ist? Wir müssen also bereit sein, für den Umweltschutz genausoviel zu investieren wie für Waffen. Wir müssen auch bereit sein, eventuell neue Prioritäten zugunsten der Umwelt zu setzen.

(Beifall bei der SPD)

Auf dem Gebiet der **Wirtschafts- und Strukturpolitik** steht das Land weiterhin vor großen Problemen, die nur durch enormen und besonderen Einsatz aller gelöst werden können. Dabei steht die wirtschaftliche Unterstrukturierung des Landesteils Schleswig und der Westküste seit Jahrzehnten im Vordergrund. Bisherige Anstrengungen sind nicht ausreichend gewesen und haben zu keinem entscheidenden Durchbruch geführt. Das zeigen die Zahlen nur zu deutlich.

Der SSW wird daher auch zukünftig einen seiner Schwerpunkte in der zusätzlichen und besonderen Förderung des Landesteils Schleswig und der Westküste sehen. Mit Interesse sehen wir dem entgegen, was 1989 von der Regierung auf den Tisch gelegt wird.

(Zurufe von der CDU)

– Das ist das letzte, was ich sagen werde. Ihr müßt euch gedulden. Ich muß auch geduldig dem zuhören, was die anderen Fraktionen sagen.

(Beifall bei der SPD – Fritz Latendorf [CDU]: Die Präsidentin hatte zum Essen geladen!)

Eine alte Forderung des SSW ist auch die Einführung des **Kommunalwahlrechts für Ausländer**, und zwar grundsätzlich für alle Ausländer. In dieser Frage hat man ja von seiten der SPD in Hessen, in Bremen und in Nordrhein-Westfalen Unterschiedliches in Regierung und Opposition, von Land zu Land verschiedene Haltungen oder gar nichts gehört. Wenn es nun in der Regierungserklärung heißt, man wolle erst einmal die Voraussetzungen für die Akzeptanz des Kommunalwahlrechts für Ausländer schaffen und dann nach sorgfältiger verfassungsrechtlicher Prüfung dem Landtag spätestens bis 1994 den Entwurf eines Gesetzes dazu vorlegen, muß ich sagen: Es klingt für uns nicht überzeugend, nicht engagiert genug, erst die Akzeptanz in der Bevölkerung schaffen zu wollen. Da können wir unter Umständen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag warten. Sie können davon ausgehen, daß der SSW seinen Vorschlag aus der vorletzten Wahlperiode, in einem ersten Schritt wenigstens das Kommunalwahlrecht für Ausländer auf Gegenseitigkeit einzuführen, erneut vorlegen wird. Dann können wir im Parlament darüber abstimmen – zuletzt hatte die heutige Mehrheitsfraktion der SPD ja zugestimmt –, und eventuell erforderliche verfassungsrechtliche Prüfungen können nach der politischen Willenserklärung des Parlaments durchgeführt werden. Diesen Weg halte ich für konsequenter, auch was das in diesem Zusammenhang mehrdeutige Argument der Akzeptanz betrifft.

In zwei bis drei weiteren Runden werde ich zu den einzelnen Fragen noch Stellung nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung für die Mittagspause. Wir werden pünktlich um 15.00 Uhr beginnen.

Unterbrechung: 13.15 Uhr

Wiederbeginn: 15.02 Uhr

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Kribben.

Klaus Kribben [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 15.00 Uhr ist eine „besonders günstige Zeit" für eine Rede.

(Fritz Latendorf [CDU]: Die Mittagspause war aber recht gut!)

Ich verspreche Ihnen, mich relativ kurz zu fassen.

Herr Ministerpräsident, ich gestehe gern zu, daß ich heute morgen ein wenig neugierig auf das war, was Sie in Ihrer **Regierungserklärung** insbesondere zur **Wirtschafts- und Energiepolitik** sagen würden. Ich sage Ihnen eingangs, daß ich in manchen Passagen zur Wirtschaftspolitik durchaus guten Willen habe feststellen können, wie zum Beispiel da, wo Sie den Unternehmen ausdrücklich anbieten, sie bei Geschäftsanbahnungen in der Zukunft verstärkt zu unterstützen. Aber ich muß Ihnen auch deutlich sagen, daß alles in allem die Regierungserklärung auf diesem wichtigen politischen Feld der Wirtschaftspolitik außerordentlich enttäuschte.

(Beifall bei der CDU)

Ich will das begründen. Sie war in erster Linie deshalb enttäuschend, Herr Ministerpräsident, weil Sie kaum etwas Konkretes gesagt haben. Sie sind sehr im Allgemeinen und Nebulösen geblieben und haben sich teilweise sehr wolkig ausgedrückt. Was dann kam, waren häufig sehr allgemeine Formulierungen.

Ich will dafür zwei Beispiele geben – ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten. Sie sagen, daß die tragende Säule der Wirtschaft unseres Landes der Mittelstand sei. Meine Damen und Herren, wer in diesem Hohen Hause würde dem widersprechen? Man könnte den Satz auch umkehren und ihn von hinten lesen: Der Mittelstand ist die tragende Säule der Wirtschaft unseres Landes. Und auch dann stimmen wir noch alle zu.

(Beifall bei der CDU)

(Klaus Kribben)

Ich denke allerdings, Herr Ministerpräsident, der **Mittelstand** hätte sich sicherlich gefreut, wenn diese Erkenntnis bei Ihnen und insbesondere bei Ihren Vorgängern in der Vergangenheit in Ihrem politischen Handeln stets deutlich geworden wäre. Das war leider nicht immer der Fall.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das müßten Sie einmal besser erklären!)

– Herr Kollege Neugebauer, von wem stammt denn die Aussage: „Wir wollen die Belastung der Wirtschaft erproben"?

(Zurufe von der SPD: Ewiggestriges!)

Von wem stammte die Aktion „Gelber Punkt"? – Ich sehe an Ihrer großen Freude, daß Sie sich wenigstens teilweise noch daran erinnern können.

Ich will Ihnen ein zweites Beispiel geben, um es noch deutlicher zu machen. Wer würde wohl leugnen, daß im Bereich des Mittelstandes die notwendige Flexibilität, Erfindergeist und Leistungsbereitschaft, um neue Produkte und Märkte zu erschließen, vorhanden sind und daß die Wirtschaftspolitik die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Betriebe besonders berücksichtigen müßte?

Meine Damen und Herren, die Frage stelle ich jetzt in allem Ernst, weil es nur darum in der politischen Auseinandersetzung gehen kann: Was wollen Sie konkret anders machen? Wie wollen Sie es insbesondere besser machen? – Darauf gibt die Regierungserklärung keine Antwort.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abgeordneten Ulrich Meyenborg [SPD])

Sie verweisen statt dessen – das ist für uns auch nichts Neues – auf **Programme und Konzepte**, die Sie erst erarbeiten wollen. Überhaupt scheint mir – ich habe mir heute morgen den Spaß gemacht, während Sie geredet haben, das durchzuzählen –, daß die Worte „Konzept", „Konzeption", „Konzeptionelles", „Programm", „Planung" zu Ihren Lieblingsworten gehören.

(Zustimmung bei der CDU)

Diese Worte sind allein auf den drei Seiten zur Wirtschaftspolitik achtmal wiederzufinden.

(Zurufe von der SPD)

Das kennen wir durchaus aus sozialdemokratisch regierten Ländern. In Hamburg, in Bremen und auch in Nordrhein-Westfalen wird viel geplant, mehr geplant als in Schleswig-Holstein. Das gebe ich gern zu,

(Heiterkeit bei der SPD)

aber alle drei Länder haben – die wichtigsten wirtschaftlichen Kennzahlen zeigen dies – in der Vergangenheit weniger erreicht als wir hier im Land mit unserer Politik.

(Zurufe von der CDU: So ist es! – Beifall bei der CDU)

Sollten Sie das bezweifeln, so könnte ich das an den Arbeitsmarktzahlen, die sie alle kennen, gern belegen.

Das dritte Beispiel ist folgendes. Sie sagen, eine Wirtschaftspolitik, die nur für eine Legislaturperiode konzipiert wird, ist in Gefahr, auf Krisenmanagement reduziert zu werden.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

– Vielen Dank! „Richtig" sage ich auch. Aber, meine Damen und Herren, wer hat denn eine solche Wirtschaftsförderungspolitik betrieben? Wie war unsere Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit denn angelegt?

(Zurufe von der SPD: Grausam!)

Sie war langfristig angelegt, um den Betrieben verläßliche Rahmenbedingungen für ihre Investitionen zu geben.

(Peter Wellmann [SPD]: Ach Gott!)

Diese Politik war durchaus erfolgreich, wie die älteren Kollegen sicherlich auch wissen. Ich bringe Ihnen dazu ein weiteres Beispiel.

(Peter Wellmann [SPD]: Da muß er aber erst seinen Vorsitzenden fragen!)

In der auch einigen von Ihnen bekannten Umfrage, Herr Kollege Neugebauer, die jetzt fast eineinhalb Jahre alt ist – –

(Günter Neugebauer [SPD]: 92 Beteiligte!)

– 172, Herr Kollege Neugebauer! Es waren 172 Topmanager aus der Bundesrepublik.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Diese haben gesagt, daß gleich nach Bayern und Baden-Württemberg Schleswig-Holstein die beste Wirtschaftsförderungspolitik betreibe. Ich will gern die rhetorische Frage an Sie zurückgeben: Welche Länder, meinen Sie, haben von diesen Leuten die schlechtesten Zensuren erteilt bekommen? Es waren Hamburg, Bremen und das damals noch sozialdemokratisch regierte Hessen.

(Zurufe der Abgeordneten Peter Wellmann [SPD] und Dr. Joachim Lohmann [SPD])

Und nun kommt ein Satz, meine Damen und Herren, den Sie sich auf der Zunge zergehen lassen sollten. Herr Wirtschaftsminister, vielleicht sollte ich mich da gleich an Sie wenden: Sie schrieben – ich gehe davon aus, daß es aus Ihrer Feder stammt –, Sie wollten die **Wirtschaftsförderungspolitik** reformieren mit dem Ziel der längerfristigen Modernisierung der Wirtschaft. Ich lese das noch einmal vor: Sie wollen die Wirtschaftsförderungspolitik reformieren mit dem Ziel der längerfristigen Modernisierung der Wirtschaft! Ich frage Sie: Welches zentrale Ziel hat denn die Wirtschaftsförderungspolitik, die wir betrieben haben, in den letzten Jahren eigentlich gehabt?

(Peter Wellmann [SPD]: Das fragen wir uns auch!)

(Klaus Kribben)

Das war doch genau das Ziel unserer Politik. Und diese Politik hat Erfolge gezeigt.

(Peter Wellmann [SPD]: Ach was!)

Ich will nur ein einziges Beispiel nennen. Der Strukturwandel der Wirtschaft in Schleswig-Holstein ist in den letzten Jahren hervorragend vorangekommen. Beispiel: Krisenbranchen wie die Landwirtschaft, die Bauwirtschaft, die Schiffahrt und der Schiffbau haben erheblich an Bedeutung verloren. Sie stellen heute übrigens nur noch 12 % der Arbeitsplätze in unserem Land. Auf der anderen Seite sind wichtige Branchen wie die Elektroindustrie, der Maschinenbau, die Chemie erheblich nach vorn gekommen. Sie haben ihre Mitarbeiterzahl zum Teil um das Zwei- bis Dreifache steigern können. Herr Wirtschaftsminister, ich denke, dies ist auch und überwiegend auf unsere Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Wenn Sie damit nicht zufrieden waren, möchte ich an Sie die Frage richten: Was wollen Sie denn nun konkret ändern? Auch dazu schweigt die Regierungserklärung.

(Beifall bei der CDU)

Nun lesen wir weiter: Die Regierung will ein Programm für die Westküste und für den Landesteil Schleswig auflegen, das – auch dies muß man genau lesen – gezielte Hilfen für diese strukturschwächeren Räume anbietet. – Meine Damen und Herren, ich denke, wir sind uns zumindest darüber einig, daß auch wir erhebliche Mittel für diese Räume zur Verfügung gestellt haben. Seit 1983 sind 2,8 Milliarden DM an die Westküste und den Landesteil Schleswig geflossen. Dies sind Landesmittel und die entsprechenden Komplementärmittel des Bundes und der Kommunen.

Ich frage Sie: Waren das keine gezielten Hilfen? Was wollen Sie hier ändern? – Schweigen! Zum fünftenmal Schweigen und keine Antwort in der Regierungserklärung!

Ich will hier festhalten – damit es wirklich ganz klar wird –: Natürlich kann man über den einen oder anderen Punkt unserer Politik für die strukturschwächeren Räume durchaus kontrovers diskutieren. Wir sind darüber auch gesprächsbereit. Unsere Politik hat aber zumindest bewirkt – daran werden wir Sie messen, meine Damen und Herren –, daß per saldo seit 1970 weder an der Westküste noch im Landesteil Schleswig Bevölkerungsverluste zu beklagen sind.

(Zuruf von der SPD: Ja, ja!)

– Das können Sie nachlesen. Es genügt nicht, „Ja, ja!" zu sagen. Bringen Sie andere Zahlen. So sind die Fakten. Seit 1970 sind per saldo keine Bevölkerungsverluste an der Westküste und im Landesteil Schleswig zu beklagen. Man kann zwar erklären, warum das so war; dies sind aber zunächst einmal die Fakten. Wir werden nach vier Jahren die Frage an Sie richten, zu welchen Erfolgen Ihre Politik für die strukturschwachen Räume geführt hat.

Meine Damen und Herren, Herr Hoffmann hat durchaus recht: Es ist in der Tat bemerkenswert, daß in der gesamten Regierungserklärung, insbesondere in den Ausführungen über den Bereich der Wirtschaftspolitik, kein Wort zur **Verkehrspolitik** gesagt wird,

(Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Das stimmt auch nicht!)

obwohl jeder weiß, daß man gerade strukturschwächeren Räumen durch eine vernünftige Verkehrspolitik helfen kann. – Es stimmt, Herr Kollege Dr. Lohmann, ein einziges Mal wird darauf eingegangen,

(Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Sehen Sie!)

indem Sie sagen, gefährliche Transporte sollten in der Zukunft von der Straße auf die Schiene verlagert werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Regierungserklärung kündigt – das ist wirklich etwas ganz Überraschendes – ein Konzept für eine praxisnahe Wissenschafts- und Technologiepolitik an, noch genauer formuliert, ein **Konzept für einen praxisnahen Wissenschafts- und Technologietransfer**. Nun wissen Sie, Herr Ministerpräsident, aber sicherlich genausogut wie ich, daß wir in diesem Bereich in den letzten Jahren schon sehr viel getan haben. Man kann dies noch verbessern, und man muß es aus meiner Sicht auch noch verbessern. Wir haben BITT ausgebaut, und wir haben die Technologiebeauftragten an den Fachhochschulen geschaffen, um nur diese beiden Beispiele zu nennen. Herr Wirtschaftsminister, ich frage Sie: Was wollen Sie hier konkret verbessern? Was wollen Sie tun? – In der Regierungserklärung finden wir darauf keine Antworten. Wir finden zum sechstenmal keine Antworten. Es finden sich nur Allgemeinplätze. Es werden Ziele formuliert, aber es wird nicht gesagt, was konkret getan werden soll.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine, das ist für eine Regierungserklärung bei einer solchen Zäsur in der Nachkriegsgeschichte unseres Landes zuwenig.

Lassen Sie mich einen vorletzten Punkt aufgreifen. Herr Minister, ich beziehe mich auf den Sachverhalt, den Sie immer gerne „als Wiederbelebung" der Idee oder des Gedankens der **Hanse** beschreiben. Ich denke, wir können uns zunächst darauf verständigen, wenn ich sage, daß wir auch in der Vergangenheit schon gute Beziehungen zu den skandinavischen Ländern aufgebaut haben. Wir haben seit über 30 Jahren die Brückenfunktion unseres Landes zu Skandinavien genutzt.

(Beifall bei der CDU)

Dänemark ist heute nach den Niederlanden unser zweitstärkster Handelspartner.

(Peter Wellmann [SPD]: Auf der Kieler Woche!)

– Das ist das Niveau, das Sie offensichtlich zukünftig in der Wirtschaftspolitik anstreben.

(Beifall bei der CDU)

(Klaus Kribben)

Wir „freuen" uns über diese Aussagen und nehmen sie gern zur Kenntnis.

(Rolf Selzer [SPD]: Die Kieler Woche hat ein hohes Niveau, Herr Kollege!)

Unser Export nach Skandinavien, Herr Wirtschaftsminister, ist etwa doppelt so hoch wie der Export im Bundesdurchschnitt: 16 % gegenüber zirka 8 %. Wir haben die Verkehrsverbindungen nach Skandinavien zu Wasser, zu Lande und in der Luft ausgebaut. Es gibt eine ganze Reihe von skandinavischen Unternehmen, die Betriebe in Schleswig-Holstein errichtet haben. Wir haben zunehmend auch Fremdenverkehrsgäste aus Skandinavien in Schleswig-Holstein. Natürlich müssen wir uns – das will ich ausdrücklich sagen – gemeinsam bemühen, die bestehenden guten Beziehungen weiter auszubauen.

Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen aber auch – darin unterscheide ich mich schon seit einigen Wochen, um nicht zu sagen: seit einigen Monaten von Ihnen – dies: Ich warne davor, hier ein falsches Signal zu geben. Die Zukunft für die mittelständische Wirtschaft, überhaupt für die schleswig-holsteinische Wirtschaft liegt nicht im skandinavischen Raum, nicht in Polen und auch nicht in der DDR. Die Zeit der Hanse ist nämlich vorbei. Die Hanse ist praktisch tot, seit Amerika entdeckt worden ist. Es wäre völlig falsch, zu glauben, man könnte die Idee der Hanse im wirtschaftlichen Bereich neu beleben.

(Zurufe von der SPD)

Die Zukunftschancen für die schleswig-holsteinische Wirtschaft liegen aus meiner Sicht, Herr Wirtschaftsminister, zum einen – mit dieser Auffassung stehe ich, wie ich meine, nicht allein – natürlich im europäischen Binnenmarkt, zum anderen natürlich auch im pazifischen und im ostasiatischen Raum.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Kribben, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Lohmann?

Klaus Kribben [CDU]:

Ja, natürlich.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Dr. Lohmann!

Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Herr Kribben, haben Sie bei Ihrer Behauptung, Herr Engholm hätte nichts über Verkehr gesagt, eventuell die Passage seiner Rede überhört, in der er gesagt hat – ich zitiere –: „Wir fordern den Bund auf, zusammen mit uns für eine effiziente Einbindung des gesamten Landesraums in ein europäisches Verkehrsnetz zu sorgen, damit Schleswig-Holstein seine Brückenfunktion erfüllen kann."?

Klaus Kribben [CDU]:

Das ist wirklich die einzige Passage zur Verkehrspolitik. Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie sie hier noch einmal wiederholt haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Wirtschaftsminister, deshalb sage ich Ihnen: Aus meiner Sicht sollten wir uns bemühen, unsere relativ schwachen Kräfte auf die Bereiche zu konzentrieren, in denen die schleswig-holsteinische Wirtschaft wirklich noch schwach vertreten ist. Das aber ist nicht primär der skandinavische Raum.

(Zuruf von der SPD: Sondern China!)

Meine Damen und Herren, hier ist sicherlich nicht die Zeit, eine energiepolitische Debatte zu führen.

(Ministerpräsident Björn Engholm: Warum nicht?)

In den nächsten Wochen und Monaten werden wir, wie ich denke, noch ausreichend Zeit haben, um die eine oder andere energiepolitische Debatte zu führen. Weil Herr Hoffmann die Probleme hier schon sehr eindrucksvoll aufgezeigt hat, will ich heute nur noch kurz zu drei Aspekten Stellung nehmen. Herr Kollege Engholm, Herr Ministerpräsident, Sie behaupten, Sie hätten die Zustimmung von 55 % der Schleswig-Holsteiner zu Ihrer Energiepolitik, sprich: zum **Ausstieg aus der Kernenergie**. Dies ist nicht nur eine sehr kühne, sondern auch eine falsche Behauptung. Ich will das kurz belegen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Es sind nur 54,8 %!)

Wir haben die Bevölkerung in Schleswig-Holstein einmal im Februar und einmal Ende März repräsentativ befragen lassen,

(Rolf Selzer [SPD]: Und wir am 8. Mai! – Heiterkeit bei der SPD)

wie sie zu dem von den Sozialdemokraten angekündigten Ausstieg aus der Kernenergie steht. Da es immer sehr darauf ankommt, wie die Fragen formuliert werden, lese ich zunächst die Frage vor, Herr Energieminister.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wer ist eigentlich „wir"?)

Die Frage heißt:

„Denken Sie bitte einmal an die Kernkraftwerke in Schleswig-Holstein. Was meinen Sie: Sollen weitere Kernkraftwerke gebaut werden, sollen nur die vorhandenen genutzt werden, ohne neue Kernkraftwerke zu bauen, oder sollen die vorhandenen Kernkraftwerke stillgelegt werden?"

Im Rahmen dieser repräsentativen Umfrage, die ich Ihnen gern zur Verfügung stelle, wenn Sie es wünschen, hat die **Bevölkerung** wie folgt geantwortet: weitere Kernkraftwerke bauen – 4,8 %; nur die vorhandenen Kernkraftwerke nutzen – 69 %; vorhandene Kernkraftwerke stillegen – 24,2 %; weiß nicht –

(Klaus Kribben)

2 %. Das heißt also, eine satte Zweidrittelmehrheit der Schleswig-Holsteiner sagt, die Kernkraftwerke, die am Netz sind, sollen zunächst am Netz bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Weil dieses Ergebnis fast deckungsgleich mit einer Umfrage ist, die in unserem Auftrag im Februar durchgeführt worden ist, denke ich, daß diese Zahlen die Wirklichkeit sehr genau treffen.

Aber es geht noch weiter, und ich merke, Sie sind ganz freudig gestimmt. Deshalb will ich Ihnen auch gern sagen, was Ihre Wähler zu dieser Frage denken.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Kribben – –

Klaus Kribben [CDU]:

Ich möchte zunächst noch diese Zahlen vortragen; dann lasse ich eine Zwischenfrage zu.

Wähler, die die Absicht hatten, sozialdemokratisch zu wählen, antworteten wie folgt: nur vorhandene Kernkraftwerke nutzen – 60 %; vorhandene stillegen – 34,8 %. CDU-Wähler: nur vorhandene Kernkraftwerke nutzen – 82,6 %; vorhandene stillegen – 6,5 %. F.D.P.-Wähler: nur vorhandene Kernkraftwerke nutzen – 88,5 %; vorhandene stillegen – 4 %. Wähler der GRÜNEN: nur vorhandene Kernkraftwerke nutzen – 22,5 %; vorhandene stillegen – 73,9 %.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Kribben, ich habe Sie richtig verstanden, daß jetzt der Abgeordnete Amthor eine Zwischenfrage stellen darf?

Klaus Kribben [CDU]:

Ja.

Uwe Amthor [SPD]: Herr Kollege Kribben, können Sie uns bitte einmal erläutern, wer „wir" ist, von denen Sie immer sprechen? Wer hat diese Meinungsumfrage in Auftrag gegeben?

– Das ist die Christlich-Demokratische Union in Schleswig-Holstein. Das ist „wir". Ich glaube, daß man das so sagen darf.

(Zuruf von der CDU: Aber sicher!)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Wenn Sie, Herr Engholm, in Ihrer Regierungserklärung sagen, 55 % der Bürger unseres Landes stünden hinter Ihrer Energiepolitik, dann sage ich: Dies ist falsch. Sie können sich nicht aufgrund Ihres Wahlergebnisses damit brüsten, daß damit auch Ihre Energiepolitik vom Wähler akzeptiert wird.

(Ulrich Meyenborg [SPD]: Sie werden sich wundern!)

Eine zweite Bemerkung! Sie sagen dann weiter, Sie wollten eine Konzeption für eine umweltschonende und sozial verträgliche Energieversorgung für Schleswig-Holstein in den nächsten zwei Jahren erarbeiten. Sie verweisen in diesem Zusammenhang – wie Sie es heute morgen auch noch einmal getan haben – auf Dänemark und vergessen nicht, hinzuzufügen, daß die **Strompreise** in Dänemark etwa um 20 % – Sie haben das übrigens noch ein bißchen korrigiert; das sind auch die vorliegenden Zahlen – unter denen in der Bundesrepublik und damit auch in Schleswig-Holstein liegen. Das ist richtig, die Strompreise in Schleswig-Holstein liegen – wie übrigens auch im übrigen Bundesgebiet – um 20 bis 22 % über den dänischen Strompreisen. Nur, was Sie natürlich nicht sagen, aber was Sie suggerieren wollen, ist doch: In Dänemark gibt es niedrigere Strompreise, weil dort die Kernenergie nicht genutzt wird, in der Bundesrepublik Deutschland wird die Kernenergie genutzt, deshalb sind die Strompreise höher. Das ist das, was ich Ihnen zum Vorwurf mache: diese subtile Art der Unterstellung, sehr wohl wissend, daß dies nicht die Wahrheit ist. Und jetzt will ich Ihnen die Wahrheit sagen.

(Zurufe von der SPD)

– Wenn Sie sie für falsch halten, dann bitte ich Sie, nach vorn zu kommen und mich zu widerlegen.

(Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Machen wir gern!)

Die Strompreise sind in Dänemark aus zwei Gründen niedriger als in Schleswig-Holstein und im übrigen Bundesgebiet. Der erste Grund: In Dänemark wird der Strom zu etwa 95 % in Kohlekraftwerken erzeugt.

(Fritz Latendorf [CDU]: Mit Importkohle!)

– Ich bedanke mich, Herr Kollege; man merkt den erfahrenen Parlamentarier.

(Heiterkeit bei der SPD – Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Aber die Dänen nutzen Importkohle, und die Deutschen müssen – wie Sie wissen – überwiegend die Steinkohle nutzen. Die Preise für Importkohle sind in der Tat auf dem Brennstoffweltmarkt zur Zeit außerordentlich günstig, nicht zuletzt wegen der günstigen Dollarparitäten. Das ist der eine Grund; das ist auch der Hauptgrund.

Es gibt noch einen zweiten Grund, der meist vergessen wird: Herr Kollege Meyer, in Dänemark ist man mit den Umweltschutzmaßnahmen im Bereich der Kraftwerke noch nicht so weit, wie wir es in Deutschland sind. Erst im Jahre 1987 hat man dort die erste Rauchgasentschwefelungsanlage eingebaut. Das ist ein zusätzlicher Grund, weshalb es diese günstigeren Strompreise in Dänemark gibt.

Ich hätte es als redlich angesehen, Herr Ministerpräsident, wenn Sie das von sich aus gesagt hätten; dann hätte ich das nicht nachzutragen brauchen, sondern dann wäre das von vornherein klar gewesen.

Nun darf ich nur noch ganz kurz einen dritten Aspekt aufgreifen, weil wir ja diskutieren wollen. Das betrifft einen Einwurf des Kollegen Karl Otto Meyer, der noch einmal auf die **TÜV-Studie** aus dem Dezember 1985 verwiesen hat, in der ja behauptet

(Klaus Kribben)

wurde, bei **Siedewasserreaktoren** und damit auch bei Krümmel seien Sicherheitsdefizite vorhanden.

(Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Und Brunsbüttel!)

Bevor der Energieminister dies beantwortet, will ich es gern vorwegnehmen und Ihnen ganz kurz das vorlesen, was die Reaktorsicherheitskommission dazu gesagt hat. Dies ist im Bundesanzeiger Nummer 105 vom 9. Juni nachzulesen.

(Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Wer bezahlt die denn?)

– Ja, wenn Sie es sich so einfach machen wollen, Herr Dr. Hinz!

(Dr. Jürgen Hinz [SPD]: So einfach ist das!)

Es ist zu schlicht und zu einfach. Aber lassen Sie sich es trotzdem einmal sagen, damit es alle Ihre Kollegen zur Kenntnis nehmen können.

> „Die Reaktorsicherheitskommission hat sich davon überzeugt, daß in allen untersuchten Fällen Einrichtungen vorhanden sind beziehungsweise Maßnahmen getroffen werden, die eine Freilegung des Reaktorkerns beziehungsweise einen unzulässigen Druckaufbau im Sicherheitsbehälter verhindern können."

Das waren ja die beiden Punkte, auf die das Gutachten hingewiesen hatte. Die Reaktorsicherheitskommission kommt dann zu der Schlußfolgerung:

> „Die Untersuchungen haben erhebliche bisher nicht ausgewiesene Sicherheitsreserven der Anlage aufgezeigt. Die zusätzlichen Systemverbesserungen und anlageninternen Notfallschutzmaßnahmen gewährleisten selbst bei den postulierten Störfällen mit weitgehenden Ausfällen wesentlicher Sicherheitseinrichtungen eine langfristig ausreichende Kühlung des Reaktorkerns und die Integrität des Sicherheitsbehälters."

Meine Damen und Herren, das hat die Sicherheitsüberprüfung ergeben, das hat die Überprüfung der TÜV-Studie ergeben. Ich kann nur sagen, Herr Energieminister, Sie müssen sich warm anziehen, wenn Sie tatsächlich mit der Behauptung mangelnder Sicherheit, mit der Behauptung von Sicherheitsdefiziten ab 1990 Prozesse in Gang setzen wollen.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Kribben, gestatten Sie auch noch eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Hinz?

Klaus Kribben [CDU]:

Ja.

> **Dr. Jürgen Hinz** [SPD]: Herr Kollege Kribben, warum hat denn dann die frühere Sozialministerin im Oktober 1987 weitere risikomindernde Maßnahmen für diese beiden Atomanlagen verfügt, wenn Sie hier ausführen, die Reaktorsicherheitskommission habe alles für „roger" und „paletti" befunden?

(Heiterkeit bei der SPD)

– Ja, das ist so ein bißchen Ihre Sprache. Es ist wirklich interessant, wie ein so ernstes Thema von Ihnen hier aufgegriffen wird. Ich nehme das zur Kenntnis, und ich hoffe, daß sich das nachher auch im Protokoll widerspiegeln wird.

Nein, meine Damen und Herren, aufgrund des TÜV-Gutachtens hat die Landesregierung die Reaktorsicherheitskommission mit einer erneuten Überprüfung der Sicherheit des Kernkraftwerkes Krümmel beauftragt. Im Verlaufe dieser Überprüfung sind dann diese zusätzlichen Maßnahmen – die ich übrigens auch für richtig halte – getroffen worden. Und das Ergebnis, diese zusätzlichen Maßnahmen, habe ich Ihnen hier noch einmal bestätigt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß folgendes sagen. Otto von Bismarck hat einmal als Summe seiner Erfahrungen die Aufgaben und Grenzen der Politik wie folgt beschrieben:

> „Der Mensch kann den Strom der Zeit nicht schaffen, er kann nur auf ihm fahren und steuern."

Ich denke, Herr Ministerpräsident, jetzt ist es an Ihnen, insbesondere auch im Bereich der Wirtschafts- und Energiepolitik, das Steuer in die Hand zu nehmen. Ich sage Ihnen ausdrücklich: Sie können hier auf unseren Sinn für Realität und Richtung setzen.

(Zuruf von der SPD)

– Realität und Richtung – ich wiederhole das ausdrücklich. Wir werden, meine Damen und Heren, keine Opposition betreiben – –

(Heiterkeit bei der SPD)

– Pardon, wir werden Opposition betreiben, aber keine Obstruktion. Keine Opposition zu betreiben, wäre schlimm; Sie merken, wir müssen uns erst noch umstellen.

Wir werden dort Nein sagen, wo uns Ihre Politik als falsch oder sogar als gefährlich erscheint. Wir werden Fehler und Unzulänglichkeiten Ihrer Regierung kritisieren, aber wir werden auch zustimmen, wenn dies nach unserem Urteil gerechtfertigt erscheint.

Meine Damen und Herren, wo wir Nein sagen – auch im Bereich der Wirtschaftspolitik –, werden wir mit eigenen Alternativen aufwarten und sie dann auch zum Wettbewerb mit Ihren Ideen und Lösungen anbieten. In diesem Rahmen sage ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, ausdrücklich unsere Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit auch in diesem wichtigen Politikfeld zu.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Vollert.

Jens Vollert [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer einen Tanker steuert, Herr Kribben, der muß mit seiner Schwerkraft rechnen. Uns stört da weniger der Strom der Zeit als vielmehr 38 Jahre CDU-Politik in Schleswig-Holstein und ihre Auswirkungen. Darüber ist in den letzten Beiträgen, glaube ich, genug diskutiert worden. Uns stören auch sechs Jahre CDU-Politik in Bonn.

(Thomas Lorenzen [CDU]: Und die 13 Jahre davor?)

Die **wirtschaftliche Entwicklung** in der Bundesrepublik und in Schleswig-Holstein ist nach wie vor kraftlos. Das werden Ihnen alle seriösen Institute bescheinigen. Sie bewegte sich insbesondere im letzten Jahr in bedenklicher Nähe zu der Bruchstelle, an der deflatorische Tendenzen zu dominieren beginnen.

(Fritz Latendorf [CDU]: Kennen Sie den heutigen Pressespiegel, Herr Kollege? – Zuruf des Abgeordneten Klaus Kribben [CDU])

– Herr Kribben, ich mache doch nicht den Fehler, Meldungen, die einen Tag alt sind, für Trends zu halten. Das geht nun wirklich zu weit.

Schleswig-Holstein – und dies wissen auch Sie – schleift schon lange im Geleitzug der Länder hinterher.

(Zuruf von der CDU: Wo haben Sie das denn her?)

– Das Bruttosozialprodukt ist im Durchschnitt der letzten drei Jahre in der Bundesrepublik um 2,1 % gestiegen. Das können Sie auch im Statistischen Jahrbuch nachlesen. Das durchschnittliche Wachstum des Bruttosozialprodukts in Schleswig-Holstein betrug nur 1,3 %, also fast 1 Prozentpunkt weniger. Was ist das denn anderes als Nachhängen oder Nachschleifen?

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Nehmen Sie die letzten 15 Jahre!)

– Dann wird es noch viel schlimmer. Lesen Sie mal in der einen Ausgabe „Wirtschaftswoche" vom Februar dieses Jahres nach: Da steht drin, wie Schleswig-Holstein nicht von der „Wirtschaftswoche", sondern von der Wirtschaft bezüglich seiner Wachstumschancen eingeschätzt wird.

(Klaus Kribben [CDU]: Ist schon richtig, was er gesagt hat! Langfristig gesehen!)

Ich füge hinzu: Die Landesregierung hat wenig unternommen, um daran etwas zu ändern, weder im Hinblick auf die Verbesserung der von Ihnen erwähnten Verkehrsinfrastruktur, Herr Kribben – ich denke an die Klagen vieler Unternehmungen bezüglich des Stopps der Elektrifizierung der Bundesbahnstrecken an der schleswig-holsteinischen Landesgrenze –, noch im Hinblick auf die Technologiepoltik, wo es ihrerseits Versäumnisse gab.

Was die Verbindung zu den Ostseeanliegern betrifft, sprechen die Vertreter dieser Länder, die Vertreter Schwedens, Dänemarks, Finnlands, der Sowjetunion, Polens und der DDR, eine ganz andere Sprache als Sie, Herr Kribben. Ich möchte einmal wissen, woher Sie Ihre Selbstgefälligkeit nehmen.

Die Jahre 1986 bis 1990 sollten nach dem Willen der Bundesregierung – auch nach Ihrem Willen – durch die **Steuerreform** Stoltenbergs dominiert werden. Ihr Grundkonzept, durch Steuersenkungen mehr verfügbares Einkommen und damit wachsenden Konsum zu schaffen, wachsende Investitionen, schnelleres Wachstum und über schnelleres Wachstum auch höhere Steuereinnahmen zu ermöglichen, hat sich nicht bewährt. Dieses Konzept ist in die Hose gegangen, Herr Kribben.

(Zuruf von der CDU: Wohin?)

Auch hierzu will ich gern Zahlen nennen: Nach dem ersten Schritt der Reform ist das Bruttosozialprodukt nicht etwa gestiegen, sondern gesunken, von 2,5 % in 1986 auf 1,7 % in 1987. Genau das Gegenteil von dem, was Stoltenberg und was Sie gewollt und prognostiziert haben, ist eingetreten. Damit hatte die Bundesrepublik das schwächste **Wirtschaftswachstum** aller großen Industrienationen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Vollert, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Stritzl?

Jens Vollert [SPD]:

Ja.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Stritzl.

Thomas Stritzl [CDU]: Herr Vollert, vor dem Hintergrund, daß Sie gesagt haben, Sie hätten genug von sechs Jahren CDU-Regierung in Bonn: Sind Sie bereit, anzuerkennen, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland mittlerweile im sechsten Jahr ein Wirtschaftswachstum haben, im Gegensatz zu den 13 Jahren SPD-Regierung vorher? Sind Sie zweitens bereit, anzuerkennen, daß 1 % mehr Bruttosozialprodukt in der Bundesrepublik Deutschland ein Plus von 20 Milliarden DM ausmacht? Und sind Sie drittens bereit, anzuerkennen, daß wir mittlerweile Prognosen von über 2,5 % Wirtschaftswachstum für das Jahr 1988 haben?

Sind Sie, wenn Sie diese drei Zahlen berücksichtigen, bereit, anzuerkennen, daß wir trotz der Steuerreform ein wirtschaftliches Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland haben, wie es das in SPD-Zeiten nie gegeben hat?

(Beifall bei der CDU)

Jens Vollert [SPD]:

Wie schön, daß Sie sagen „trotz der Steuerreform".

Sind Sie bereit, anzuerkennen, daß das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in der Zeit der sozialliberalen Koalition wesentlich höher war als in diesen letzten sechs Jahren, trotz der schweren Strukturkrisen, die wir in dieser Zeit gehabt haben, Weltwirtschaftskrise, Weltwährungskrise und Ölkrisen?

(Peter Aniol [CDU]: Nein, weil das nicht stimmt!)

– Das läßt sich doch leicht ausrechnen, meine Damen und Herren.

(Peter Aniol [CDU]: Ist doch nicht belegbar!)

Sind Sie bereit, anzuerkennen, daß die Verschuldung im Jahre 1987 und insbesondere in diesem Jahr bisher nicht gekannte Höhen erreicht hat, und zwar wegen der Steuerreform?

(Günter Neugebauer [SPD]: Und die Arbeitslosigkeit, Herr Kollege!)

– So ist es. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor so hoch wie kaum jemals zuvor.

Herr Kribben, das Ergebnis dieser **Steuerreform** ist, daß in den Kassen der öffentlichen Hand nicht nur die für die steuerliche Entlastung im Rahmen der ersten beiden Schritte der Steuerreform eingesetzen Mittel von nunmehr 24,6 Milliarden DM jährlich fehlen, sondern es außerdem Einnahmeausfälle aufgrund abgeschwächten Wirtschaftswachstums gibt. Das, was der Ministerpräsident hierzu gesagt hat, ist eher noch hanseatisches Understatement gewesen. Die Wirkungen der Steuerreform haben schon jetzt die Staatsfinanzen außer Kontrolle gebracht. Fragen Sie mal Ihren Parteifreund und Bundesfinanzminister Stoltenberg.

Ich will hier weder Vergangenheitsbewältigung betreiben noch einen beschönigenden Grund für die vom Ministerpräsidenten beklagte hohe Verschuldung unseres Landes liefern. Aber eines wird doch deutlich: Noch einmal auf dieses Steuerreformkonzept 1990 zu setzen, wäre politische Dummheit – wobei das noch ein schwaches Wort dafür ist –, zumal Schleswig-Holstein als Flächenstaat mit niedrigem Durchschnittseinkommen nachweislich von den Entlastungswirkungen der Reform weniger profitiert, aber dafür einen um so höheren Beitrag zur Finanzierung der Steuerreform zu leisten hat.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung hat deshalb die volle Unterstützung der SPD-Fraktion, wenn sie Verbündete auch in anderen politischen Lagern sucht, um den Ausverkauf Norddeutschlands und insbesondere Schleswig-Holsteins abzuwenden. Wir appellieren an Sie, meine Damen und Herren der Opposition: Geben Sie Ihre Nibelungentreue zu den Steuerreformplänen des Bundesfinanzministers auf.

(Rolf Selzer [SPD]: Das sind Steuermaßnahmen, Herr Kollege, keine Reformen!)

Man kann das auch so nennen. Wer soll denn – frage ich Sie – außer dem Bund, dem Land und den Kommunen die Nordsee sanieren? Wie wollen Sie das unter diesen Bedingungen machen? Wie stellen Sie sich in Zukunft den Auf- und Ausbau leistungsfähiger Fachschulen, Fachhochschulen, Universitäten und wissenschaftlicher Einrichtungen vor, eines wichtigen Bereichs für die Entwicklung der Wirtschaft Schleswig-Holsteins? Wie wollen Sie sicherstellen, daß Mittel und **Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit** zur Qualifizierung und Wiedereingliederung von Arbeitslosen nicht wie jetzt von der Bundesanstalt für Arbeit zurückgeführt, sondern wieder verstärkt eingesetzt werden? Dieses brauchten wir in Schleswig-Holstein. Wir brauchen auch die Mithilfe der Bundesanstalt für Arbeit, der Arbeitsämter in Schleswig-Holstein. Wie wollen Sie strukturschwache Räume stärken?

(Klaus Kribben [CDU]: Sie müssen doch regieren!)

– Ja, aber Sie haben die finanziellen Vorgaben gelegt.

(Peter Aniol [CDU]: Das sieht doch positiv aus! Was wollen Sie denn? Das ist die vierte Fragestellung!)

– Sie vertreten nach wie vor diese Vorgaben, die Sie nach meiner Ansicht falsch gelegt haben.

(Beifall bei der SPD – Peter Aniol [CDU]: Sie müssen Antworten finden!)

– Gewiß, meine Damen und Herren, für diese Aufgaben brauchen wir alle technischen Fähigkeiten, dafür brauchen wir die ganze Kreativität und Phantasie, über die unser Land verfügt. Dafür brauchen wir auch die Mobilisierung der endogenen Kräfte dieses Landes. Daran hat es bisher immer gefehlt.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Kollege Vollert, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten Stritzl?

Jens Vollert [SPD]:

Ja, gern.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Bitte, Herr Abgeordneter Stritzl.

Thomas Stritzl [CDU]: Herr Vollert, Sie haben eben von der Notwendigkeit von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen gesprochen, auf die Initiative beziehungsweise auf die Verantwortung des Bundes, ebenso auf die Bundesanstalt für Arbeit hingewiesen und gesagt, hier müsse das Land etwas tun.

(Zuruf von der SPD: Frage!)

Der Ministerpräsident hat vorhin von dem Programm „Arbeit und Lernen" gesprochen, aber nicht gesagt, was er damit meint.

(Jens Vollert)

Sind Sie bereit, anzuerkennen, daß die Landesregierung Schleswig-Holsteins durch die „Arbeitsplatzoffensive Schleswig-Holstein"

(Horst Hager [SPD]: Etikettenschwindel war das!)

einen ganz entscheidenden Teil zur Qualifizierung beigetragen, 17 000 Menschen zusätzlich in Arbeit gebracht hat und daß wir durch die „Arbeitsplatzoffensive Schleswig-Holstein" unter CDU-Führung das Land gewesen sind, das prozentual am meisten Förderungsmittel über die Bundesanstalt für Arbeit erhalten hat? Sind Sie bereit, anzuerkennen, daß es im statistischen Vergleich so ist, daß Schleswig-Holstein unter der CDU-Regierung aufgrund der „Arbeitsplatzoffensive" am meisten von diesen Mitteln profitiert hat?

(Ulrich Meyenborg [SPD]: Melden Sie sich doch mal, und gehen Sie nach vorn!)

Jens Vollert [SPD]:

Herr Stritzl, sind Sie bereit anzuerkennen, daß diese Maßnahmen auf den 13. September ausgerichtet waren und wir gegenwärtig die allergrößten Schwierigkeiten haben, diesen Stand zu halten? Hier gibt es doch nicht etwa eine Ausweitung der Maßnahmen, sondern es gibt eine Rückführung nach der Wahl. Wir können keine Strohfeuer vor einer Landtagswahl gebrauchen, sondern wir brauchen nachhaltige, langfristig wirkende Maßnahmen, das ist doch das Problem.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kribben, Sie weisen darauf hin, daß es an der Westküste per saldo keine Bevölkerungsverluste gegeben hat. Das mag sein. Wir wollen, daß Menschen, die an der Westküste leben, an der Westküste auch Arbeit finden; das ist doch das Problem, nicht die Frage, ob da noch genug Menschen sind, sondern daß die dort auch arbeiten können, und da sieht das schon ganz anders aus.

Meine Damen und Herren, wir wollen eine Zukunft ohne Angst, und das bedeutet für die Mehrzahl der Menschen in Schleswig-Holstein eine Zukunft ohne **Kernenergie**. Ich weiß nicht, woher Sie, Herr Kribben, Ihre Umfrageergebnisse nehmen. Ich kann mir vorstellen, woher Sie zumindest die Zuversicht für einen Gewinn der Wahl am 8. Mai genommen haben. Das muß das gleiche Meinungsforschungsinstitut gewesen sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wir wissen, eine Neuorientierung unserer Energiepolitik, die nicht nur eine Orientierung auf den Ausstieg sein kann, ist schwierig, eine Operation, die wegen der langfristig angelegten Entscheidungen und der weittragenden Wirkungen gut durchdacht und wohlabgewogen sein muß.

Sie kann – erstens – nicht aus der platten Alternative, die Sie uns ja immer in den Mund legen wollen, Kohle – beziehungsweise fossile Energieträger – statt Kernenergie bestehen. Auch dieser Weg wäre mit nicht akzeptablen Umweltrisiken behaftet. Unser Ziel muß es vielmehr sein, Energie einzusparen, einen höheren Wirkungsgrad insbesondere beim Einsatz von fossilen Energieträgern zu realisieren und die verstärkte Nutzung regenerativer Energieträger wie Sonne, Wind und Biomasse zu ermöglichen. Dies ist unser Weg aus der Kernenergie.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Bei der **Risikobewertung kerntechnischer Anlagen** gibt es schwerwiegende Lücken. Das zeigen die bisherigen Unfälle und Katastrophen – ich will sie nicht alle nennen –, aber auch die Untersuchungen zu deutschen Kernkraftwerken, zum Beispiel durch den TÜV Norddeutschland und durch das Öko-Institut in Freiburg. Die Ergebnisse dieser beiden Studien über den Ablauf und die Wirkung von Kernschmelzen in den vier Atomkraftwerken Krümmel, Brokdorf, Brunsbüttel und Stade zeigen mit aller Deutlichkeit, wie weit das, was die Atomindustrie als „größten anzunehmenden Unfall" darstellt, von dem entfernt ist, was tatsächlich in diesen Kernkraftwerken ablaufen kann. Daran kann auch keine Reaktorsicherheitskommission rütteln. Sie hat sich schon zu oft geirrt, die offizielle Verkünderin von Kernenergiesicherheit, als daß ich diesen Aussagen vollauf trauen würde.

(Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Sehr gut! – Beifall bei der SPD)

Ich erinnere Sie daran, daß all die großen Katastrophen in Kernkraftwerken nicht etwa Katastrophen waren, die in der Risikoberechnung dieser Kernkraftwerke enthalten waren, sondern es waren Katastrophen, die eigentlich überhaupt nicht vorkommen sollten, weil sie in den offiziellen Risikobewertungen ausgeschlossen waren. Wir brauchen also eine Neubewertung der Risiken von Atomkraftwerken und anderen kerntechnischen Anlagen.

Drittens. Die Atommüllskandale, die mit den Namen Alkem, Nukem und Transnuklear verbunden sind, haben deutlich gezeigt: Wir können uns nicht auf die Kontrolle derer verlassen, die das Atommüllgeschäft betreiben. Die nicht gesicherte **Entsorgung** ist ein offenes Tor für Profithaie und für Hasardeure. Aber genau dieses Milieu ist für die verantwortungsvolle Aufgabe des Umgangs mit Atommüll am wenigsten geeignet.

Viertens. Viel wird über den **Preis der Kernenergie** und den eines möglichen Ausstiegs gesprochen; auch Sie, Herr Kribben, haben sich darüber ausgelassen. Aber nehmen wir doch einmal die neueren Untersuchungen und Erkenntnisse über den Ablauf und die Auswirkungen von Kernschmelzen, über die Wirkung geringer Strahlendosen auf den menschlichen Organismus, über die Probleme der Entsorgung, Zwischenlagerung, Endlagerung und über den Atommülltransport. Dann wird doch immer deutlicher: Der Preis des Atomstroms kann nur so lange niedrig sein, wie die in Kauf genommenen Risiken hoch oder aber unbekannt sind und folglich unbeachtet bleiben.

(Jens Vollert)

Wir aber sind nicht bereit, mit dem Verzicht auf Sicherheit Atomstrom zu subventionieren.

(Beifall bei der SPD)

Der Kollege Börnsen erwähnte bereits das Beispiel USA. Ist es denn Zufall oder nur frühere, reifere Erkenntnis, daß der Ausstieg aus der Kernenergie gerade in dem Land beginnt, von dem ihre Nutzung ihren Ausgang nahm und in dem es ganz offensichtlich mit dieser Technologie auch die meisten Erfahrungen gibt? Seit 1978 ist in den USA kein einziges Kernkraftwerk mehr in Auftrag gegeben worden.

(Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Ein Glück!)

Atomstrom ist der teuerste Strom in den Vereinigten Staaten. Wo bleiben denn diejenigen, die sich so gern auf den Trendsetter und den Schrittmacher USA berufen? Haben sie diesen Trend übersehen, oder fällt ihnen dazu nichts mehr ein?

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Preise sind wichtig, auch weil Energie ein Kostenfaktor ist, aber hüten wir uns davor, die Frage des Einsatzes der Kernenergie auf die Frage nach der Höhe der Preise zu verkürzen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Wer soll es denn zahlen?)

Das unglaublich hohe, nicht reparable Schadensmaß macht – mag die Eintrittswahrscheinlichkeit auch noch so gering sein – Katastrophen in Kernkraftwerken unvergleichbar mit anderen Katastrophen. Die Tatsache, daß alle von den Risiken dieser Technik betroffen sind, ohne wählen zu können, die Tatsache, daß mit dem Einsatz der Kernenergie Hunderte von Generationen nach uns mit den Risiken gefährlicher radioaktiver Rückstände belastet und in die Pflicht genommen werden, ohne daß wir je Gelegenheit haben, sie zu fragen, und ohne durch Not dazu verpflichtet zu sein, diese Kernenergie zu nutzen, dies ist das Problem der Kernenergie. Ich bitte Sie, nehmen Sie die Menschen ernst, die sagen, wir wollen da raus. Wir verstehen unter „Neuanfang" eine Politik, die den Ängsten der Menschen Rechnung trägt und den Wunsch nach einer umweltfreundlichen, rohstoffsparenden Energieversorgung ohne Kernenergie realisiert. Für uns ist dies eine der wichtigsten Aufgaben unserer Politik in den nächsten Legislaturperioden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich erteile das Wort dem Herrn Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr Dr. Froschmaier.

Dr. Franz Froschmaier, Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wir führen ja heute keine Debatte über die Wirtschaftspolitik, sondern wir sprechen über die Regierungserklärung. Ich will mich da auf ein paar Randnotizen beschränken; viel mehr kam ja auch von der Opposition nicht zum Bereich **Wirtschaftspolitik**.

(Beifall bei der SPD)

Was mir bei Ihren Bemerkungen besonders auffiel, war, daß Ihre Rhetorik für Apologien nach wie vor recht gut entwickelt ist, aber Ihre Vergleiche gehen eigentlich alle nach rückwärts. Ich denke, eine Regierungserklärung ist dazu da, um über die Zukunft zu sprechen.

(Beifall bei der SPD – Bertold Sprenger [CDU]: Das hätten wir gern einmal gehört! – Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Daß Sie glauben, alles sei bisher so fabelhaft gewesen, ist Ihr gutes Recht; es möge Ihnen verziehen sein. Nachdem Sie uns aber sagen: Wegen des Ausstiegs aus der Kernenergie haben uns 55 % der Menschen hier im Lande nicht gewählt, meine ich: Vielleicht waren sie mit Ihrer Wirtschaftspolitik doch nicht ganz so zufrieden, wie Sie sich das gedacht haben. Irgendwo muß es ja hergekommen sein.

(Beifall bei der SPD)

Dann ist hier moniert worden, daß das Wort „Konzept" in der Regierungserklärung so oft vorgekommen sei. Meine Damen und Herren, das hat einen ganz konkreten Anlaß. Es gibt nämlich hier im Lande kein Konzept. Ein solches muß leider Gottes erst erarbeitet werden.

(Beifall bei der SPD)

Wo war denn Ihr Konzept zum Beispiel für die **Werftindustrie**? Hier haben Sie fein nach dem Muster der Stahlindustrie Beihilfen hineingeworfen. Aber davon, was statt dessen mit dem gleichen Geld in den 15 Jahren, seit man weiß, daß die Werftindustrie so nicht mehr weiterfahren kann, hätte entwickelt werden können, ist nicht die Rede. Wo war denn das Konzept?

(Beifall bei der SPD)

Wo war denn Ihr Konzept im Bereich der Technologie? Was ist denn in den langen Jahren mit der Diskussion über die hiesige elektrotechnische Fakultät passiert? Diese bräuchten wir, wenn wir über technologische Konzepte sprechen. Wieviel Institute zum Beispiel der Fraunhofer-Gesellschaft gibt es denn hier im Lande?

Ich kann nur sagen: Konzepte sind leider notwendig. Wenn hier behauptet wird, wir brauchten keines, denn wenn wir die Wirtschaft in Ruhe ließen, werde sie es schon machen, und wenn man mir sagt, **Politik** sei gut, solange sie der **Wirtschaft** nütze, und alles, was sie darüber hinaus tue, sei von Übel, dann kann ich nur entgegnen, daß ich das ein bißchen provinziell finde.

(Beifall bei der SPD)

Sehen Sie doch einmal zu Ihren Kollegen in Bayern. Denken Sie, daß Franz Josef Strauß in Bayern so regiert? Schauen Sie es sich einmal an, und sehen Sie

(Minister Dr. Franz Froschmaier)

dann vielleicht auch einmal noch weiter weg in andere europäische Länder, auch in solche, die nicht von Sozialisten oder von Sozialdemokraten regiert werden, und sehen Sie sich einmal an, mit welchen Instrumenten heutzutage eine moderne Regierung geführt werden muß, weil sonst die Wirtschaft nicht läuft.

Dann sind Zweifel an den **Rahmenbedingungen** geäußert worden. Es tauchte der schwarze Verdacht auf: Jetzt sind die Sozis hier an der Regierung, und zwar durch einen merkwürdigen Zufall; die Wähler müssen sich ja wohl geirrt haben; nun sind die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft so schlecht, daß alle Angst haben. Sehen Sie doch einmal nach, was Herr Schulz gerade gesagt hat. Es läuft doch prima, und kein Mensch hat Angst davor.

(Beifall bei der SPD)

Fragen Sie auch einmal Leute wie Tyll Necker oder sonstige Leute im BDI und lassen Sie sich einmal sagen, was dort gedacht wird. Also, damit sollten Sie keine Angst machen.

(Bertold Sprenger [CDU]: Jetzt haben Sie sich selber widersprochen!)

– Fragen Sie doch einmal nach. Ich sage nichts, was ich nicht aus meiner eigenen Erfahrung schöpfe.

Ein weiterer Punkt: Hier ist gefragt worden: Die Zukunft der Wirtschaft – wo ist sie? Ich würde auch fragen: Wie? Aber gehen wir noch einmal auf das Wo ein. In bezug auf **Skandinavien** wurde schlichtweg gesagt, Herr Kribben, hier sei ja schon alles gegessen; hier gebe es nichts Interessantes mehr.

Sie selber, Herr Kribben, haben im übrigen ganz zu Recht den Binnenmarkt erwähnt. Wenn Ihre Kenntnis über den Binnenmarkt so groß wäre wie Ihre Lust, ihn zu zitieren, sollten Sie auch wissen, daß die nordischen Länder ein sehr heftiges Interesse daran haben, einen Fuß innerhalb dieses Binnenmarktes zu haben. Sie sind nicht Mitglieder der EG.

(Beifall bei der SPD)

Daraus läßt sich für unsere Wirtschaft mit Sicherheit etwas gewinnen.

Eine zweite Bemerkung – ich mache nur ein paar Randbemerkungen –: Sie erwähnten die **DDR**. Es ist Ihnen vielleicht nicht bekannt, daß zum Beispiel im Saarland – es hat ja eine SPD-Regierung – etwa 70 Projekte zwischen kleinen und mittleren Unternehmen mit der DDR laufen. Muß das nur im Saarland der Fall sein? Das sind unsere Nachbarn.

(Beifall bei der SPD)

Es ist Ihnen aber wahrscheinlich bekannt, daß Herr Strauß Milliardenkredite für die DDR organisiert. Sie haben gerade auch drei Airbus gekauft. Ich finde das prima. Nur, sollen wir immer am Rande stehen?

(Beifall bei der SPD)

Ein letzter Punkt – ich will versöhnlich aufhören, denn wir wollen hier ja möglichst viel gemeinsam machen –: Ich bin völlig Ihrer Meinung; der **Binnenmarkt** ist die Perspektive und der große Rahmen, der für unsere Wirtschaft maßgeblich sein wird. Daß wir da noch ungeheuer viel mehr tun müssen, als bisher geschehen ist – ich rede jetzt einmal nur von dem, was ich hier in der Verwaltung vorfinde –, wissen wir alle. Ich lade Sie herzlich ein, uns auf diesem Wege nicht nur zu begleiten, sondern auch mitzuhelfen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Karl Otto Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! In der kurzen Wahlperiode des 11. Landtages haben wir eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes beschlossen. Sie sollte in erster Linie ein finanzieller Rettungsring für die **kreisfreien Städte** sein. Diesen Zweck hat sie offenbar erfüllt.

Als ich für den SSW diesem Gesetzeswerk meine Zustimmung gab, tat ich dies in der Erwartung, daß ein neugewählter Landtag die Mittelverteilung zwischen dem Land und der gemeindlichen Ebene, aber auch innerhalb der gemeindlichen Ebene auf eine dauerhafte und gerechte Grundlage stellen würde.

(Vizepräsident Alfred Schulz übernimmt den Vorsitz)

Es geht um den Abbau der strukturellen Defizite, die allein bei den kreisfreien Städten knapp 1,5 Milliarden DM betragen. Sie sind im wesentlichen durch die in den letzten Jahren ständig gestiegenen Sozialhilfelasten entstanden. Ich forderte damals für den SSW, einen Finanzausgleich zu schaffen, der die Mittelzuweisung an die kommunale Ebene stärker an die von dieser zu erfüllenden tatsächlichen Aufgaben knüpft. Die Regierung wird sich dieses Problems anzunehmen haben, wobei feststeht, daß das ein schwieriges Unterfangen sein wird.

Ich habe hierbei auf die Sonderstellung der kreisfreien Stadt **Flensburg** hingewiesen, die Oberzentrum eines unterstrukturierten Landesteils ist und die durch ihre Grenzlandsituation zwei Kulturen zu betreuen hat. Dies sollte zu einer Dynamisierung des seit 1980 festgeschriebenen **Grenzlandansatzes** führen.

Zudem ist es notwendig, den Landesteil Schleswig auf den EG-Binnenmarkt vorzubereiten, Herr Wirtschaftsminister. Der Landesteil ist das Bindeglied zwischen Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland. Im Verhältnis zur direkt nördlichen Grenzregion, Sonderjyllandamt, ist er heute noch auf vielen Gebieten unterentwickelt. Bei einer Praktizierung des Binnenmarktes läuft der Landesteil Schleswig Gefahr, kurzfristig weiter ins wirtschaftliche Abseits zu driften. Es ist notwendig, bereits heute alles zu tun, um eine solche Entwicklung zu verhindern.

Der Binnenmarkt - ich bin kein Fürsprecher; das sage ich ganz offen - führt uns im Landesteil Schles-

(Karl Otto Meyer)

wig in eine negative Richtung, wenn wir nicht aufpassen. Das ist eine Tatsache, und das müssen wir heute berücksichtigen.

Zur Stärkung des Oberzentrums Flensburg und unserer Region sind deshalb viele Dinge notwendig. Auch was die verkehrsmäßige Anbindung angeht, sind weitere Schritte erforderlich. Ich unterstütze die von der Flensburger Ratsversammlung am 23. Juni 1988 einstimmig gefaßte Resolution über die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke von Hamburg bis Padborg. Nun ist endlich der erste Spatenstich für die Große-Belt-Querung getan worden, die von großer Bedeutung für den Landesteil Schleswig und für die Wirtschaft in dieser Region sein wird. Denn gute und schnelle Verkehrsverbindungen zu den Hauptabsatzmärkten sind die Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaftsstruktur.

Ein unabdingbarer Schritt muß daher auch die Elektrifizierung des Eisenbahnverkehrs von Hamburg nach Padborg bei Beibehaltung der Arbeitsplätze im Bahnbetriebswerk Flensburg sein.

Der SSW erwartet von der neuen Landesregierung eine Stärkung des **öffentlichen Personennahverkehrs** und ein massives Einwirken auf die **Bundesbahn**. Nach Auffassung des SSW ist bisher von politischer Seite nicht genug getan worden, um der rücksichtslosen Rationalisierungspolitik bei der Bundesbahn, den Streckenstillegungen und den Fahrplanausdünnungen entgegenzutreten. Gerade wir Politiker in Schleswig-Holstein können nicht länger zusehen, wie sich die Bundesbahn mit dem Argument der Sparsamkeit auf betriebswirtschaftliche Überlegungen zurückzieht. Das Land muß in Zukunft gegenüber der Bundesbahn stärker auf die Erfüllung ihrer Verpflichtungen drängen. Weitere Streckenstillegungen, etwa der Strecke Flensburg–Eckernförde, müssen verhindert werden, um unsere strukturschwache Region nicht endgültig abzukoppeln.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweiter Ansatzpunkt gilt dem **Flensburger Hafen**. Der Landesrechnungshof hat erklärt, daß nur noch die Landeshäfen Kiel und Lübeck gefördert werden sollten. Alle anderen Häfen sollten als kommunale Häfen nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip betrieben werden. Wenn die Landesregierung ihre zukünftige Politik gegenüber dem Flensburger Hafen auf diesem Rat des Landesrechnungshofs begründen will, wird das für die Stadt schwerwiegende Folgen haben. Hier müssen nämlich noch jahrelange Vorleistungen erbracht werden, damit dieser Hafen in Zukunft nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip arbeiten kann. Ich hoffe nicht, daß man ihm vorher die Luft abschnüren will.

Zur Stärkung der **nördlichen Grenzregion** verfolgte man seit über zwei Jahrzehnten die Idee der Errichtung einer Technischen Hochschule in Flensburg. Ich brauche das nicht weiter zu erörtern. Die Hochschule haben wir nicht bekommen, mit der Maritimen Technologie wurde es auch nichts, unser Antrag auf Errichtung eines Innovationszentrums in Flensburg wurde auch abgelehnt. Also, wir müssen feststellen: Die für den nördlichen Raum notwendige Förderung als **Hochschulstandort** ist bisher in ihren Anfängen steckengeblieben und droht in Konkurrenz mit Kiel und Lübeck auf der Strecke zu bleiben. Die Errichtung der Nordischen Universität auf privater Basis kann kein vollgültiger Ersatz für die ursprünglichen Ausbaupläne sein, die der Landtag einstimmig beschlossen hat. Wir begrüßen die Errichtung der Nordischen Universität.

Die Errichtung eines Technologie- und Gewerbezentrums und der Ausbau der Fachhochschule sind ohne Zweifel begrüßenswerte Maßnahmen und weisen in die richtige Richtung. Es bleibt jedoch festzustellen, daß alle diese Initiativen nur punktuell sind und nicht eine Verwirklichung des von allen einmal gewollten, einstimmig beschlossenen Konzeptes darstellen.

Die SSW-Ratsfraktion hat deshalb am 11. Mai 1988 die neue Landesregierung aufgefordert, unverzüglich ein **Flensburger Hochschulmodell** zu unterstützen und finanziell abzusichern. Die Ratsfraktion erhebt hierin folgende Forderungen.

Grundsätzlich muß die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages zur Errichtung einer TH in Flensburg gefördert werden. Der folgende Vorschlag der SSW-Ratsfraktion soll deshalb als ein Weg dorthin verstanden und unverzüglich in Angriff genommen werden.

1. Koordinierung aller in Flensburg bestehender höheren Bildungseinrichtungen mit dem Ziel interdisziplinärer und interinstitutioneller Zusammenarbeit,

2. Erarbeitung eines Konzeptes zur langsamen Integration der Ausbildungsgänge bei Beibehaltung der Eigenständigkeit der einzelnen Träger oder gradweise Verschmelzung derselben zu einem organisatorischen Dach,

3. Sicherung der Finanzierung durch das Land, um dieses Flensburger Hochschulmodell zu schaffen und zukünftig betreiben zu können.

4. In das Modell sollten einbezogen werden die Nordische Universität, die Pädagogische Hochschule, die Fachhochschule, das regionale Forschungsinstitut und das Bibliothekswesen.

5. Grenzüberschreitende Verbindungen nach Skandinavien und gezielte Zusammenarbeit mit dortigen Universitäten und Institutionen sollten verstärkt und zielstrebig ausgebaut werden.

6. Die Verbindung mit der Praxis soll durch die Einbeziehung der vorhandenen Institutionen und Organisationen von Handel, Gewerbe und Industrie in das Modell gewährleistet werden.

Zur Vorbereitung dieses Modells des Zusammenwirkens aller Flensburger Einrichtungen soll eine Arbeitsgruppe gebildet werden mit dem Auftrag, innerhalb einer festgesetzten Zeit ein tragfähiges Konzept für ein Flensburger Hochschulmodell zu entwickeln und mit allen Beteiligten abzustimmen.

Diese Forderungen der Ratsfraktion möchte ich mir zu eigen machen, denn sie scheinen mir eine gute Grundlage zu sein, durch die Stärkung sämtlicher heute vorhandener Faktoren und ihre Zusammenführung zu breiter Kooperation ein wirklich neues,

(Karl Otto Meyer)

zukunftsträchtiges und praxisbezogenes Hochschulmodell zu verwirklichen. Ich schlage deshalb vor, daß die Frau Kultusministerin die implizierten Partner zur Bildung einer Arbeitsgruppe unter ihrem Vorsitz auffordert, um Formen und Möglichkeiten künftiger Kooperation aufzuzeigen, und bei der Umsetzung der so erreichten Ergebnisse den zu ihrer Verwirklichung notwendigen Beistand leistet.

Es kommt hier nicht so sehr darauf an, neue Institutionen zu gründen oder bestehende in ihrer Wirksamkeit einzuschränken, als vielmehr eine Zusammenarbeit durch sinnvolle Verknüpfung des bestehenden Potentials zu erreichen und dieses den Erfordernissen entsprechend kontinuierlich zu erweitern.

Ich meine auch, daß die finanzielle Absicherung eines solchen Konzeptes im Rahmen des Machbaren liegt. Ich bin der Meinung, daß sich aus diesem Vorschlag für den nördlichen Raum ein Modell entwickeln läßt, das in seinen regionalen Auswirkungen und in seiner strukturellen Bedeutung noch weiter greift als der endliche Vollzug des Gesetzes über die Errichtung der TH Flensburg. Ich fordere deshalb im Namen des SSW, diese Anregungen mit großem Ernst zu verfolgen, denn sie erscheinen mir strukturpolitisch nützlich und machbar.

Die Frage des Berufsschulunterrichts ist in Schleswig-Holstein in der nördlichen Region besonders aktuell und bedarf dringend einer Lösung. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß das **Berufsschulzentrum Flensburg** so schnell wie nur möglich fertiggestellt wird, damit dieser Unterricht an bisher 21 verschiedenen Stellen in der Stadt endlich sinnvoll zusammengefaßt werden und alle mordernen Geräte, die ja im ersten Bauabschnitt bereits vorhanden sind, auch von allen Berufsschülern genutzt werden können.

Ich hoffe, daß die neue Landesregierung zu dem von ihren Vorgängern abgegebenen Wort steht, wonach die Fertigstellung der weiteren Bauabschnitte nicht an der finanziellen Situation der Stadt Flensburg scheitern sollte. Mit anderen Worten: Wir müssen der Stadt Flensburg und der nördlichen Region auch hier mit besonderen Mitteln helfen.

Auf dem Feld der **Innenpolitik** gab und gibt es eine Reihe von Punkten, in denen die politischen Auffassungen in diesem Hohen Hause weit auseinanderlagen und liegen. Ich will gern ganz offen sagen: Gerade deshalb erwartet der SSW von der neuen Landesregierung in der Innenpolitik eine deutliche Kursänderung. Der SSW wird den verantwortlichen Minister Hans Peter Bull gern beim Wort nehmen, wenn dieser in Schleswig-Holstein Liberalität und Toleranz zum Einzug verhelfen will.

(Uwe Gunnesson [SPD]: Dort sitzt er!)

– Ach da, ja. Ich muß mich erst daran gewöhnen, daß einige Minister jetzt auf der linken Seite sitzen.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Der Ministerpräsident auch! – Peter Aniol [CDU]: Du kannst hinkieken, wo du willst, überall Minister, Karl Otto!)

Der SSW erwartet von der neuen Landesregierung, daß sie den neuen in Bonn geplanten **Sicherheitsgesetzen** entgegentritt. Mit der dringend notwendigen Verbesserung des Datenschutzes werden wir uns ja im Laufe dieser Landtags-Tagung bei einem gesonderten Tagesordnungspunkt befassen.

Trotz oder gerade wegen der angespannten Finanzlage des Landes hielte ich es für sinnvoll, wenn uns die Regierung recht bald eine Übersicht über die Stellenpläne, die Situation vor dem 31. Mai 1988 und die Finanz- und Stellenplanung vorlegte. Sparanstrengungen bei den Personalausgaben etwa durch Übertragung der Aufgaben auf Dritte, also **Privatisierungen**, steht der SSW bekanntlich sehr kritisch gegenüber, zumal diese in der Regel ohne reale Kosteneinsparungen bleiben und lediglich zu einer Umschichtung von Personal- und Sachkosten führen. Wir alle wollen eine effektive, tüchtige und bürgernahe Verwaltung. Dies setzt jedoch eine ausreichende Personalausstattung voraus. Ich hoffe, daß wir dahin gelangen, in Zukunft die Arbeit der Verwaltung nicht nur nach der Prämisse der Erfolgskontrolle und der Kostenminimierung zu bewerten; in Zukunft sollte vielmehr das Kriterium des Bürgernutzens oberstes Prinzip sein.

Dringend erforderlich ist auch ein neues **Personalvertretungsgesetz**,

(Beifall des Abgeordneten Rolf Selzer [SPD])

das gerade angesichts sich rapide entwickelnder moderner Technik und der Einführung von Personalcomputern in sehr viel stärkerem Maße als jetzt Mitbestimmungsrechte berücksichtigen sollte.

Aus dem Grundprinzip unserer sozialpolitischen Zielsetzung heraus folgt das Bekenntnis des SSW zum **Wohlfahrtsstaat** und die Forderung nach dessen weiteren Ausbau. Wohlfahrtsstaat bedeutet für uns unter anderem Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Verbesserung der Wohnungsversorgung, der Altersversorgung, der Krankenfürsorge, des Urlaubsanspruchs, der Gleichstellung für die Frauen, Erweiterung des Kindergeldes, ein Mehr an Steuergerechtigkeit, gleiche Bildungschancen und Konzentration der Arbeitsmarktpolitik auf benachteiligte Gruppen und Regionen – schlicht gesagt: Steigerung der Lebensqualität nicht für kleine, privilegierte Gruppen, sondern für breite Schichten unserer Gesellschaft.

Zu einem in diesem Sinne verstandenen Wohlfahrtsstaat bekenne ich mich im Namen des SSW ganz ausdrücklich. Dies bedeutet nicht – wie ein noch amtierender Bundesvorsitzender einer Regierungspartei in Bonn meint – Sklaverei, sondern ist Voraussetzung für Freiheit, auch und gerade der sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft. Um deren Freiheit, um die Belange der Arbeitnehmer, Verbraucher, Kranken und sozial Schwachen geht es jedoch bei dem sogenannten Reformwerk in Bonn nicht. Im Gegenteil; diese Gruppen sind es doch, die die Rechnung der skandalösen milliardenschweren Umverteilungsprogramme der Bonner Koalition bezahlen müssen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der bisherigen politischen Verhältnisse im Lande Schleswig-Holstein hat der SSW im Bereich der **Sozialpolitik**

(Karl Otto Meyer)

natürlich viele Wünsche und Forderungen anzumelden. Neben dringend erforderlichen massiven Beschäftigungsprogrammen bedarf es einer sehr viel stärkeren Unterstützung der vielen freiwilligen Gruppen der Arbeitslosenselbsthilfe sowie anderer Selbsthilfegruppen durch das Land. Mehr getan werden muß für die Gruppe der Alleinerziehenden, für die Behinderten, die zukünftig hoffentlich in dem Beauftragten für Bürgerangelegenheiten einen Ansprechpartner finden können. Entscheidende Schritte erwartet der SSW auch beim Ausbau der Sozialstationen zu einem flächendeckenden Netz und bei der Neuordnung der Psychiatrie in unserem Lande.

Zahlreiche weitere Punkte, bei denen neue Ansätze vonnöten sind, könnte man hinzufügen. Gerade auf den Sozialminister Günther Jansen wartet eine ganze Menge Arbeit. Das gilt auch für die Unterbringung der **Asylbewerber**. Hier hat sich der SSW immer für eine dezentrale, weil menschenwürdigere Unterbringung in Wohnungen ausgesprochen.

(Beifall bei der SPD)

Sammellager sollten allenfalls eine Ausnahme darstellen.

Als erstes muß der Erlaß aufgehoben werden, durch den Kreisen und kreisfreien Städten der Ermessensspielraum bei der Unterbringung der Asylsuchenden genommen worden ist. Nicht nur hierbei muß endlich Schluß sein mit der Entmündigung der Kreise und kreisfreien Städte. Wenn wir in den nächsten Wochen und Monaten darüber miteinander sprechen können, werden wir vielleicht zu gemeinsamen Lösungen finden.

An dieser Stelle möchte ich zunächst einmal meine Ausführungen bis zur nächsten Runde beenden.

(Beifall bei der SPD - Fritz Latendorf [CDU]: Noch einmal? Donnerwetter! - Karl Otto Meyer [SSW]: So oft wie ihr!)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat jetzt der Herr Minister für Soziales, Gesundheit und Energie.

Günther Jansen, Minister für Soziales, Gesundheit und Energie:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich im Rahmen der Debatte über die Regierungserklärung die Bereiche „Arbeit", „Soziales", „Gesundheit" und „Energie" behandeln wollte, dann würde das für Sie sehr lang werden. Deshalb möchte ich ganz deutlich machen: Wenn ich auf die Ausführungen von Herrn Hoffmann und Herrn Kribben zum energiepolitischen Bereich eingehe, dann tue ich dies auch, um einige Antworten zu geben. Das bedeutet aber nicht, daß nicht auch die anderen Bereiche des Ministeriums insgesamt von großer Wichtigkeit für die Menschen dieses Landes sind. Ich hoffe, in manchen dieser Bereiche auf viele Gemeinsamkeiten zu stoßen.

Die **Energiepolitik** der Landesregierung soll Schaden vom Land Schleswig-Holstein und seinen Bürgerinnen und Bürgern abwenden. Unsere Energiepolitik will einen zukunftweisenden umwelt- und sozialverträglichen Pfad beschreiten. Unsere Energiepolitik setzt auf Energieeinsparung, auf technologische Modernisierung und auf einen Ausstieg aus der Atomenergie aus Sicherheits- und Entsorgungsgründen. Ein wesentlicher Teil meiner Arbeit wird darauf gerichtet sein, diesen Weg gemeinsam mit den gesellschaftlichen Gruppen des Landes zu gehen, einschließlich jener Teile der Energiewirtschaft, die dazu bereit sind. Ich biete der Opposition an, dieses schwierige Thema sachlich und auf die Zukunft orientiert gemeinsam zu bewältigen.

Mir ist aufgefallen, daß Herr Hoffmann in seiner Rede die Verantwortung des Menschen für die Schöpfung an den Beginn seiner Ausführungen zu Natur und Umwelt gesetzt hat. Herr Hoffmann, wenn ich Sie insoweit auch als Synodaler ansprechen darf: Ich meine, daß unsere Kirche die Verantwortung für die Schöpfung einschließlich der Gefahren und Probleme der Atomenergie diskutiert, und es wäre sicherlich gut gewesen, wenn das auch in Ihrer Rede zum Ausdruck gekommen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Aus meiner Sicht hat die **CDU** bisher kein **Energiekonzept**, das sich mit moralischen, ökologischen und ökonomischen Wertmaßstäben messen läßt. Einerseits wollen Sie für die Zukunft auf die Kernenergie verzichten, andererseits halten Sie die Kernenergie für zur Zeit noch unverzichtbar.

Einerseits sagen Sie, Sicherheit habe für Sie oberste Priorität, andererseits argumentieren Sie gegen unser Ausstiegskonzept, das mit Sicherheitsproblemen begründet ist.

Einerseits halten Sie die Entsorgungs- und Endlagerungsfrage für theoretisch-wissenschaftlich gelöst, andererseits werfen Sie unseren alternativen Energiekonzepten zu viel Theorie und mangelnde Praxis vor.

Sie nennen die Atomenergie aus Ihrer Sicht eine „Übergangsenergie". Was meinen Sie eigentlich damit? Solange die weltweiten Uranfunde reichen? - Das wären bei der jetzigen Größenordnung noch etwa 250 Jahre! Solange die Kernkraftwerke wirtschaftlich nutzbar sind, also das Abschreibungsmodell? - Nein, Sie beantworten diese Frage nicht so genau, denn die Kernenergiepolitik hat - wenn ich es richtig sehe - bei der CDU kein neues Gesicht. Vielmehr will man uns jetzt das, was man nicht mehr als strahlende Zukunftstechnik verkaufen kann, als Restposten auf Zeit in die Energiepolitik einbinden. Doch diese Restposten werden, solange sie auf dem Markt sind, erhebliche Strahlungsprobleme mit sich bringen.

Ich weiß nicht, ob Sie die Debatte der Gesellschaft für Strahlenschutz verfolgen, ich meine die Debatte, die sich international in den letzten eineinhalb Jahren so intensiv auf die Feststellung hin bewegt hat,

(Minister Günther Jansen)

daß das, was den Menschen an **Niedrig-Strahlung** über einen Lebensabschnitt hinweg angeblich zuzumuten ist, bisher viel zu hoch angesetzt worden ist, daß die Grenze von 3 rem über 30 bis 40 Jahre Lebenszeit hinweg – aus welchen Strahlungsquellen sie sich auch immer addiert – nicht mehr vertretbar ist und daß als Folge daraus Beschäftigte in Kernkraftwerken früher ihre Arbeit aufgeben müssen, weil sie die Dosisleistung bereits erreicht haben. Auf Kleinkinder und kranke Menschen bezogen ist danach auch wissenschaftlich gar nicht quantifizierbar, welche zusätzlichen geringen Mengen von Radioaktivität für sie von Bedeutung sind.

Was sollen die Mütter denn tun, wenn Tschernobyl oder andere zusätzliche Radioaktivitätsentwicklungen immer weiter auf ihre Kinder in kleinen, nicht mehr zu beurteilenden Dosen einwirken?

Deshalb möchte ich mit großer Deutlichkeit sagen: Niemand möge anfangen, die **natürliche Radioaktivität** aus dem Weltall oder aus unserem Boden als Argument heranzuziehen. Dies ist die Schöpfung der Welt, wie sie ist.

(Beifall bei der SPD)

Aber jedes Millirem künstlich zusätzlich erzeugter Radioaktivität bedeutet ein Gefahrenpotential, das im Ergebnis nicht beurteilt werden kann.

(Thomas Stritzl [CDU]: Das kommt auch aus Kohlekraftwerken!)

– Was man in diesen Restposten erkennen muß, ist doch folgendes. Im schlimmsten Fall kommt es zu jener Art Unfälle, die gar nicht passieren können, weil sie erstens nur alle 100 000 Jahre möglich sind und zweitens unser bundesdeutscher Sicherheitsstandard als der beste der Welt bezeichnet wird. Wenn wir aber über Technologie reden und das mit Tschernobyl abgleichen, dann warne ich davor, diese technologische Überheblichkeit in die Diskussion bei uns einzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sich einmal die Reaktorreihen in der Sowjetunion und bei uns genau ansehen, dann ist dabei ein entscheidender Punkt von großer Bedeutung: Wir haben über unseren Kernreaktoren ein Containment, das einen gewissen Druck aushält. Das gab es in Tschernobyl nicht. Aber weil es in Tschernobyl kein Containment gab, ist der Unfall relativ schnell zur Auswirkung gekommen. Nur 3 % des radioaktiven Inventars von Tschernobyl sind überhaupt herausgeschleudert worden. Wenn sich das unter Druckaufheizung in einem Containment abspielt und das platzt, ist die Situation von der Größenordnung der Probleme her gar nicht mehr meßbar.

Herr Hoffmann, Sie haben vor der Wahl auf einer Veranstaltung, die in der Fernsehsendung „Panorama" übertragen wurde, auf die Frage eines jungen Bürgers, ob Sie nicht spätestens nach einem Unfall in einem schleswig-holsteinischen Kernkraftwerk sofort für die Abschaltung von Brokdorf, Krümmel und Brunsbüttel seien, geantwortet: Auf eine so hypothetische Frage kann ich nicht antworten. Solche Hypothesen können nicht zur Grundlage meiner Politik gemacht werden.

(Abgeordneter Thomas Stritzl [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stritzl?

Günther Jansen, Minister für Soziales, Gesundheit und Energie:

Ja, natürlich.

Vizepräsident Alfred Schulz:

Herr Stritzl, bitte.

Thomas Stritzl [CDU]: Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß Kohlekraftwerke im Normalbetrieb eine höhere radioaktive Emission bedeuten als Kernkraftwerke?

2. Ist Ihnen das Ergebnis der Internationalen Energiekonferenz bekannt, wonach schätzungsweise nur 10 % der Energie bis zum Jahre 2010 aus alternativen Energiequellen gewonnen werden können, sprich Wind, Sonne oder Biomasse? Wenn Sie das dann sehen, können Sie mir bitte vor diesem Hintergrund Ihre Alternativkonzeption einmal deutlich machen, von der Sie immer sprechen? Oder ist es nicht eigentlich so, daß Sie bis zum Jahre 1990 das zu prüfen versuchen, was Sie dem Wähler vor der Wahl am 8. Mai als schon gefestigtes Wissen der SPD verkauft haben?

(Beifall bei der CDU)

Günther Jansen, Minister für Soziales, Gesundheit und Energie:

Ich möchte Sie bitten zu akzeptieren, daß ich auf den konzeptionellen Teil gleich zu sprechen komme und daß ich bei der Frage der **Gefahren von Energieerzeugung** im allgemeinen mit Ihnen übereinstimme. Jede Art der Energieerzeugung hat ihre Probleme. Deshalb muß Politik bewerten und gewichten, wie sie die Größenordnung der Gefahren gegeneinander abschätzt. Ich sage Ihnen: Nicht nur meine Position ist, daß wir uns in bezug auf die Gefahren mit der Atomenergie auf einen Weg begeben, den wir nicht mehr gestalten können, nicht nur vom Betrieb her, sondern insbesondere von der Entsorgung her.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl Otto Meyer [SSW])

Lieber Herr Hoffmann, ich möchte auf Ihre Antwort zurückkommen, daß Sie Politik nicht auf Hypothesen bauen können. Ich kann Ihnen da nicht folgen. Sie sagen immer, daß, wenn es bei Ihnen Fehler oder Widersprüche gibt, dies offen gesagt werden sollte. Ich möchte Sie bitten, einmal zu überlegen, auf wie viele Hypothesen eine Meinung aufgebaut ist, nach der es bei der **Kernenergie** auf soundso viele Jahre

(Minister Günther Jansen)

keinen Unfall gibt. Ich würde Sie auch bitten, in der Frage der Wiederaufbereitung und der sicheren Endlagerung für diesen Zeitraum und darüber hinaus zu akzeptieren, daß es nicht nur eine Hypothese ist, daß es keine Entsorgung gibt, mit all den Nebengefahren, sondern daß hier den Menschen weltweit und auch in der Bundesrepublik vorgegaukelt wird, man könne mit den radioaktiven Stoffen fertig werden. Es gibt bisher auch kein sicheres Zwischenlager, sondern wir stapeln den **Atommüll** in den Kernkraftwerken und in bestimmten Bereichen mit Auswirkungen für die zukünftigen Generationen, die wir alle noch nicht übersehen können. Es geht hier in der Zulunft um viele hunderttausend Tonnen hochradioaktiven Mülls, der nicht entsorgt werden kann.

Das kann man nicht tun. Glauben Sie mir: Wenn jemand zu mir kommt und sagt: Ich will hier eine kleine Fabrik an einem Standort bauen, um Windenergieanlagen zu produzieren, es dort aber keine Entsorgung für Abwasser gibt und keine Bodensituation für die Versickerung, dann bekommt er keine Genehmigung für diesen Bau. Aber wir genehmigen Kernkraftwerke, ohne daß es eine Entsorgung gibt. Das ist doch das Problem dieser Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl Otto Meyer [SSW])

Ich möchte Sie fragen: Wissen Sie überhaupt, wie die Entsorgungslage aussieht? Nach dem **Entsorgungsbericht der Bundesregierung** vom 13. Januar 1988 gibt es jetzt schon 100 000 t schwach-, mittel- und hochradioaktiven Müll in der Bundesrepublik. Transport und Konditionierung sind durch Transnuklear, in Mol und durch einige Leute aus der Energiewirtschaft im Grunde mit einer Mafia-Methode praktiziert worden, um das, was da ist, irgendwo verschwinden zu lassen. Wissen Sie eigentlich, daß Brunsbüttel und Krümmel Zehntausende von Kilogramm hochradioaktiver Filter- und Verdampferkonzentrate und Aktivkohle noch in Mol liegen haben, die nicht mehr bearbeitet werden, die zurückkommen, die bei uns in den Atomkraftwerken neu zwischengelagert werden müssen?

Sind Sie eigentlich darüber informiert, daß Brunsbüttel und Krümmel Eigentümer von 600 kg Plutonium aus der Auslandswiederaufbereitung sind, **Plutonium**, das man vielleicht einmal für den Schnellen Brüter gedacht hatte – Sie kennen den Stand –, Plutonium, das hoffentlich nie an Waffenmächte geht? Was machen wir mit diesen 600 kg? Die Lösung derer, die es zu bewältigen haben, ist, daß jetzt unter dem Begriff Mox-Brennelemente je Brennelement eines Kernkraftwerks etwa 14 kg Plutonium in Hochbrandelemente eingebaut werden sollen. Das hätte zur Folge, daß die dann abgebrannten Brennelemente am Ende die vierfache Radioaktivität im Bereich Plutonium, Americium und Curium haben. Legen Sie die einmal mit ihrer vierfachen Belastung irgendwo hin. Das sind doch Wege, die an der Öffentlichkeit vorbei beschritten werden.

Deshalb sagen wir mit großer Deutlichkeit: Diese Landesregierung wird die Plutoniumwirtschaft nicht zulassen. Wir werden prüfen, ob wir die Entsorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern mit rechtlich fundierten Gründen kündigen können, um von der Auslandswiederaufbereitung wegzukommen, die uns all den hochradioaktiven Müll zurückgibt. Wir werden in diesem Zusammenhang sehr genau prüfen, ob diese Landesregierung der Plutonium-Klage vor dem Bundesverfassungsgericht beitreten sollte. Eine Gesellschaft, die auf Plutonium setzt, hat nicht begriffen, was in diesem Element für Gefahren für die Sicherheitsentwicklung der ganzen Gesellschaft liegen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl Otto Meyer [SSW])

Ich möchte im letzten Teil einiges zum Konzept der **alternativen Energien** sagen und dabei sehr offen unsere Probleme darstellen. Wir setzen auf **Energieeinsparung**, habe ich gesagt. Ich meine in Richtung Wirtschaft formulieren zu können: Wer für Produktion und Privatverbrauch weniger Energie einsetzen muß, ist immer auf der sichereren Seite. Denn Produktionspreise hängen auch von der Menge des Verbrauchs ab. Auch wenn die Preise im Augenblick niedrig sind, wird das nicht immer so bleiben. Energiepreise bestimmen sich auch am Weltmarkt.

Zweitens. Wir sind für eine **effektive Energienutzung**. Wir wollen dort, wo Kohle in umwelttechnologisch sauberen Kraftwerken verbrannt wird, nicht nur Stromerzeugung, sondern wir wollen mit aller Konsequenz die Frage der **Nah- und Fernwärme** in den Städten umsetzen. Wir reden tatsächlich über einen bestimmten Bedarf an weiteren **Kohlekraftwerken**, aber nicht irgendwo und quer durchs Land. So etwas muß man auf die Hafenstädte orientieren. Hier bekenne ich ein großes Problem. Solange die Atomkraftwerke diese Mengen von Strom produzieren und wir nicht aus Sicherheitsgründen – ich sage es einmal vorsichtig – zum Beispiel stillegen, ist kein Bedarf für neue Stromproduktionsstätten gegeben. Wenn Sie mir vorhalten, daß ich zu dem Zeitpunkt, wo Sicherheitsgründe die Stillegung erzwingen, die Ersatzkapazitäten haben sollte, dann kann ich nur antworten: Das ist ja wohl nicht möglich. Denn wir leben nicht in der staatlichen Planwirtschaft, sondern die Energiewirtschaft muß sich in der Frage der Kohlekraftwerke bewegen.

(Beifall bei der SPD)

Wir setzen für diesen mittelfristigen Zukunftszeitraum tatsächlich auf saubere Kohletechnologie. Denn ich kann Ihnen unter dem Gesichtspunkt der **Luftverschmutzung** – die wird immer noch sein, auch wenn man Technologie einbaut – sagen: Wenn ein Kraftwerk nicht nur Strom erzeugt, sondern wenn Tausende von Einzelverbrennungsanlagen in Städten durch Nah- und Fernwärme abgeschaltet werden, dann ist die Bilanz der Luftverschmutzung positiv, dann kann man diesen Weg gehen. Und das wollen wir auch.

(Beifall bei der SPD)

(Minister Günther Jansen)

Herr Kribben, lassen Sie mich ein paar Worte zur **Preispolitik** sagen und dabei auf **Dänemark** zurückkommen. Vielleicht können wir uns einigen. Objektiv richtig ist, daß es in Dänemark im Haushaltstarifbereich 22 % niedrigere Strompreise gibt. Es stimmt, daß Dänemark mit Importkohle arbeitet; was sollten die Dänen auch anderes nehmen.

(Heiterkeit bei der SPD - Fritz Latendorf [CDU]: Sie sind ja EG-Partner!)

- Nun ja, sie haben auch noch Gas aus der Nordsee!

(Fritz Latendorf [CDU]: Sie haben doch im Bund gesagt, das sollte gefördert werden!)

Im übrigen sind sie bei den Altanlagen umwelttechnisch noch nicht so weit wie wir.

(Fritz Latendorf [CDU]: Längst nicht!)

Herr Kribben hat deutlich gemacht, daß dies Kostenfaktoren sind, die mit dazu beitragen, daß die Preise so viel niedriger sind. Das, was er da gesagt hat, ist richtig.

(Fritz Latendorf [CDU]: So ist es!)

Aber Herr Kribben muß dann auch noch dazu sagen, daß in Dänemark auf die Energiepreise erheblich höhere Steuern und öffentliche Abgaben erhoben werden, und trotzdem ist der Strom dort um 22 % billiger.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD]

Jetzt müssen wir einmal anfangen, die beiden Kostenfaktoren, die dort eingebracht werden, und das, was ich eben dargestellt habe, zu gewichten.

Ich meine allerdings, wir sind hier nicht in Dänemark, sondern in unserem Land verantwortlich. Ich sage immer, das, was in **Flensburg** möglich war - nämlich mit Kohlekraftwerken und Kraft-Wärme-Koppelung im weitesten Sinne eine vernünftige Struktur zu schaffen, die den Betrieben, die sich dort angesiedelt haben, sehr gute Industriepreise bietet -, müßte auch anderswo möglich sein. Denken Sie nur an die Feldmühle-Debatte, die wir im Hamburger Umland wegen der **Strompreisentwicklung** hatten. Dazu ist folgendes zu sagen. In Flensburg gibt es diese Debatte von Feldmühle nicht; die Firma ist dort mit den Strompreisen der Flensburger Stadtwerke und dem zugelieferten Gas und mit einem großen Anteil von Eigenerzeugung im Feldmühle-Bereich offensichtlich sehr zufrieden.

Jetzt will ich auf die Preise zu sprechen kommen. Ich weiß, wie wichtig es ist, daß die Wirtschaft vernünftige Energiepreise bekommt. Wenn ich aber die gesamte Wirtschaftsministerkonferenz der Bundesrepublik richtig verstanden habe, ist es doch unser gemeinsamer Wunsch, die Preispolitik für den Strom nicht so zu verstehen, daß der, der mehr und mehr am meisten verbraucht, den immer billigeren Tarif bekommt. Deshalb sagen wir auch, daß wir die Tarifabsichten der Schleswag mit dem Vierzonentarif, der auf diese Weise aufgebaut ist, nicht wollen. Wir wollen einen linearen Tarif, der sich im Ergebnis daran orientiert, daß derjenige belohnt wird, der Energie einspart.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie nun über die Energiepreise geredet haben und mich fragten, was unsere Energiepolitik kosten wird, dann kann ich Ihnen das nicht sagen. Herr Hoffmann, Sie behaupten, ich hätte geäußert, wenn wir aus Sicherheits- und Entsorgungsgründen - ich betone dies immer wieder - die Kernkraftwerke stillegten, dann müsse Schleswig-Holstein Strom importieren, und dies sei doch wohl keine Konzeption. Nein, das hängt damit zusammen - ich habe das vorhin schon deutlich gemacht -, daß wir für unseren **Eigenbedarf** in Schleswig-Holstein gar nicht soviel zusätzliche Kapazität benötigen. Den Eigenbedarf bekommen wir mit zwei bis drei Kohlekraftwerkseinheiten in den Griff. Aber dieses Land hier exportiert in die Bundesrepublik aus den Kernkraftwerken im Nordverbund der Preag nach Hessen und Niedersachsen. Weil hier im Lande zuviel Atomenergie produziert wird, habe ich keine Bedenken zu sagen: Ein Land, das bisher in andere Bundesländer exportiert hat, hat bis zu dem Zeitpunkt, wo seine eigene Kapazität voll ausgebaut ist, auch einmal einen Anspruch darauf, Strom aus dem **Verbundnetz** zu entnehmen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU - Uwe Gunnesson [SPD]: Die anderen sind doch froh, wenn sie ihn loswerden!)

Die **Preisdebatte** sollte sich im Grunde folgendermaßen abspielen. Wenn wir rechtsstaatlich die Fakten der Sicherheits- und Entsorgungsprobleme aufarbeiten, dann sind jetzt nicht sozusagen automatische Folgen vorgegeben, sondern die Betreiber werden gegen das, was wir tun, klagen. Jede Seite wird den Prozeß bis zum höchsten Gericht der Bundesrepublik führen. Eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zu unseren Sicherheitskriterien hieße doch nicht nur, daß es konkrete Folgen in der Auswirkung für Schleswig-Holstein geben wird, sondern dieses höchstrichterliche Urteil gilt dann bundesweit. So wird das verlaufen. Deshalb möchte ich Sie bitten, wenn es um Grundsatzfragen geht, nicht mit Strompfennigen oder mit Bruchteilen zu diskutieren. Ich sage nochmals: Ich kann nicht ausschließen, daß der Strom geringfügig teurer werden kann, aber ich will Ihnen doch sehr deutlich machen, wenn Sie die Preisfrage so in den Mittelpunkt stellen, dann bitte ich Sie auch, mit uns in Bonn gegen das anzutreten, was die jetzige Bundesregierung macht, nämlich eine Erhöhung der Mineralölsteuer um 11 bis 12 Pfennig je Liter, eine Erhöhung der Heizölsteuer sowie eine Diskussion über die Erhöhung der Gaspreise. Dies ist ein Riesenenergiepaket für eine Industriegesellschaft, und eine Steuerpolitik darf nicht dazu dienen, die Preise in diesem Bereich so zu erhöhen. Wenn das aber erfolgt, will ich auch vor die Menschen treten können und sagen: Weil wir jetzt eine sichere Energiepolitik ohne Atomkraft betreiben, müßt ihr etwas

(Minister Günther Jansen)

mehr zahlen. Das ist gerechtfertigter und grundsätzlicher als das, was jetzt in Bonn gemacht wird.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Herr Minister, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stritzl?

Günther Jansen, Minister für Soziales, Gesundheit und Energie:

Ich wollte eigentlich zum Schluß kommen; aber bitte!

Thomas Stritzl [CDU]: Ich habe eine Frage aus meinem Wahlkreis. Da ist HDW.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Meine Damen und Herren, das Wort hat der Herr Abgeordnete Stritzl!

Thomas Stritzl [CDU]: Danke, Herr Präsident! – HDW ist einer der großen Industrieverbraucher. Die Frage der Arbeitsplatzsicherung bei HDW hängt im wesentlichen auch davon ab, wie die Energiepreise für HDW gestaltet werden. Wenn ich Ihre Aussage richtig verstehe, Herr Minister, so wollen Sie die Energiepreise dem Grund nach erhöhen. Außerdem wollen Sie den Tarif für die Großverbraucher nicht mehr so gestalten, daß sie billigeren Strom bekommen. Dies bedeutet einen zusätzlichen Kostenschub bei HDW und führt dort zum Arbeitsplatzrisiko.

(Zurufe von der SPD)

– Ein betriebswirtschaftliches Argument!

(Rolf Selzer [SPD]: Das war ein Diskussionsbeitrag und keine Frage! – Weitere Zurufe)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat der Herr Minister.

Günther Jansen, Minister für Soziales, Gesundheit und Energie:

Ich habe den Eindruck, daß die **Energiepolitik der Stadt Kiel** in bezug auf die Energieeffektivität und die Energiepreise einen sehr guten Weg eingeschlagen hat und daß Howaldt keine Sorgen zu haben braucht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch etwas richtigstellen. Ich habe nicht davon gesprochen, daß **Sonderabnehmerverträge** der Industrie von dem tangiert sind, worüber ich eben gesprochen habe. Dies ist eine andere Frage. Wenn man der Wirtschaft antragen will, bei der Energieeinsparung mitzumachen, dann muß man ihr zunächst einmal einen Vorlauf geben, daß sie sich technologisch darauf einrichten kann, mit weniger Energie die gleiche Produktion zu erreichen. Wir können sie nicht mit dem Kappen der Sonderabnehmerverträge sozusagen konkurrenzunfähig machen.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Das werden wir nicht tun. Ich habe von einem Vierzonentarif gesprochen, der die Haushaltsbereiche in Schleswig-Holstein umfaßt. Darum geht es bei dem, was die Schleswag vorhat.

Lassen Sie mich mit einem Wort des Philosophen Robert Spaemann schließen: „Niemand darf das Leben eines anderen verwetten, nur weil die Wahrscheinlichkeit eines günstigen Wettausganges sehr hoch ist, daß nämlich keine Kernschmelze eintritt."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können diese Wette auch verlieren. Das wissen wir alle, und deshalb wollen wir unter Anwendung der rechtsstaatlichen Prinzipien des Atomgesetzes, das den Betreibern immer auferlegt, die Sicherheitsfrage im Vordergrund zu sehen – die Sicherheit kommt vor der Wirtschaftlichkeit –, und das den Betreibern wie auch den Aktionären das Risiko auferlegt, daß auch ein Werk stillgelegt werden muß, diese Wettscheine wieder einziehen, bevor wir diese Wette gegen die Gesundheit der Menschen verloren haben. Das ist unsere Politik.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Hunecke.

Gudrun Hunecke [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt in einigen Punkten durchaus gemeinsame Vorstellungen der Fraktionen zur **Frauenpolitik,** beispielsweise bei der Überwindung von Schwierigkeiten in Ausbildung und Arbeitsmarkt oder bei der Überwindung der Chancenungerechtigkeit von Frauen im ländlichen Raum, wie vom Ministerpräsidenten heute morgen auch speziell angesprochen. Sowohl durch den Beitrag des Herrn Ministerpräsidenten als auch durch den Beitrag von Herrn Börnsen wurde aber auch eklatant deutlich, wo grundsätzliche Meinungs- und Einstellungsunterschiede, was die praktische **Umsetzung von Gleichberechtigung** angeht, zwischen CDU und SPD zu verzeichnen sind. Ich zeige deshalb – leider haben wir bei diesem großen, übergeordneten Thema heute auch nicht genug Zeit – zwei entscheidende Bereiche auf, in denen wir uns im Denken und damit auch im politischen Handeln wahrscheinlich auch in Zukunft deutlich unterscheiden.

Erstens. Schon beim Beschreiten der Wege, die zur Erreichung des Ziels der Gleichberechtigung führen, also in den Methoden gibt es Unterschiede. Mit strengen Quotierungsauflagen, mit Antidiskriminierungsgesetzen und -verordnungen, mit Auflagen im Arbeitsmarkt bei Subventionsvergaben, die an Frauenförderpläne in den Betrieben gekoppelt werden sollen, mit sonstigen verpflichtenden Sondermaßnahmen werden wir, so steht zu befürchten, höchstens eine vordergründig erzwungene Gleichberech-

(Gudrun Hunecke)

tigung erreichen, aber weniger oder vielleicht gar nicht eine Gleichberechtigung, die durch Überzeugung gewachsen ist und die frei, selbstverständlich und unverkrampft praktiziert wird. Es ist doch schon jetzt häufig zu spüren, daß die – wie ich ausdrücklich betone, Frau Kollegin Erdsiek-Rave – berechtigten Forderungen nach Gleichberechtigung im emanzipatorischen und feministischen Sinne zu einem Bumerangeffekt führen. Es gibt immer mehr offene Redebeiträge von selbstbewußten Frauen – meist sind sie sehr jung –, die sich von unseren – so formuliere ich es ruhig einmal – gemeinsamen Forderungen distanzieren und sagen: Das brauchen wir nicht. Wir wollen keine Schutzräume. Wir sind gut. Wir sind sehr gut. Wir sind qualifiziert. Wir werden gleichberechtigt akzeptiert. – Ich verweise hier auf Schriften von Frauen aus der Frauenbewegung der siebziger Jahre, die sich jetzt genau die Frage stellen: Was kommt nach uns?

Damit ich hier aber nicht mißverstanden werde, sage ich deutlich: Wir haben Gleichberechtigung noch lange nicht erreicht. Wir brauchen hauptamtliche **Gleichstellungsstellen** als Kontrollorgane, vor allen Dingen auch deshalb, damit schon Erreichtes nicht wieder verlorengeht. Natürlich brauchen wir diese Gleichstellungsstellen als Anlaufstellen für Hilfe und Beratung für benachteiligte Frauen, die sich nicht selber helfen können. Wir sollten aber auch nicht so tun, als ob sich das Selbstwertgefühl, das Durchsetzungsvermögen, das Organisationstalent und die berufsorientierte Fachkompetenz der Frauen in der Gesellschaft – und zwar in allen Altersschichten – nicht enorm verstärkt und gesteigert hätten. Nur von Diskriminierungen zu reden halte ich für genauso übertrieben, wie gar nicht von ihnen zu reden oder sich nicht um sie zu kümmern.

Mein erstes Fazit lautet somit: Die Wege zur Durchsetzung von Frauengleichberechtigung sollten nicht nur über hauptamtliche Kontrolleinrichtungen führen. Vielmehr müssen daneben auch die in Schleswig-Holstein gewachsenen nebenamtlichen und manchmal auch ehrenamtlichen Möglichkeiten weiterhin in voller Stärke unterstützt, gefördert und ausgebaut werden. Einen Zulauf haben gerade die Stellen, die nicht nach Behörde riechen. Der Grund liegt in der Vertrautheit der Atmosphäre dort, in der unbürokratischen Arbeitsweise, die in starkem Maße auf die Festigung der Persönlichkeitsstruktur der ratsuchenden Frauen ausgerichtet ist. Der Wert der Arbeit dieser Stellen ist sehr hoch und unglaublich wichtig. Auf diesem Gebiet arbeiten bereits mehrere Frauenverbände und Einrichtungen großer Art bis hin zu kleinen Selbsthilfegruppen und Gesprächskreisen. Wir, die CDU-Fraktion, werden sehr genau darauf achten, daß hier keine Kopflastigkeit in der Förderung zuungunsten dieser Aktivitäten entsteht.

Ich komme nun auf einen zweiten entscheidenden Unterschied zwischen CDU und SPD in Gleichberechtigungsfragen zu sprechen. Gleichberechtigungsfragen – wir können auch sagen: Gleichstellungsfragen – sind von Bewertungsfragen nicht zu trennen. Bewertungsfragen sind Einstellungsfragen. Einstellungen aber sind ganz individuell und somit unterschiedlicher Art. Wir als Politiker haben die Pflicht, bei Einstellungsfragen völlig unabhängig von der eigenen Meinung die Einstellung der jeweils anderen zu akzeptieren. Wenn also Frauen und Männer persönliche Gleichberechtigung oder Ungleichberechtigung für sich unter Anlegung anderer Meßlatten bewerten als beispielsweise unter Zugrundelegung materieller oder arbeitsmarktpolitischer Kriterien, dann haben wir dies nicht nur zu akzeptieren, sondern auch zu honorieren. Wenn eine Frau sich durch die Führung des Haushalts, durch Kindererziehung und Anteilnahme am beruflichen Aufstieg des Mannes völlig gleichberechtigt fühlt und in keiner Weise als unterbewertet bezeichnet oder vorkommt, dann ist diese Frau für mich gleich viel wert wie eine Karrierefrau in einem Wirtschaftskonzern oder eine Ministerin. Das gilt in gleicher Weise für Frauen und Männer, für jung und alt.

Mein zweites Fazit ist dieses. Wir, die CDU-Fraktion, werden genau beobachten, ob im Frauenministerium Leistungen von Frauen in unserer Gesellschaft, in der Familie, im Erwerbsleben, im politischen Raum, im vorparlamentarischen Raum mit gleicher Meßlatte gemessen werden, ob Leitbilder für die Lebensgestaltung nicht einseitig festgeschrieben werden und damit besonders gefördert oder unterstützt werden. Gleichberechtigung oder Gleichstellung bedeutet für Christdemokraten **individuelle Lebensgestaltung**. Auf der Grundlage unserer freiheitlichen Grundordnung muß gleichbewertet und damit gleichbehandelt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor diesem Hintergrund und nach diesen übergeordneten Gesichtspunkten werden wir – ich betone es noch einmal – sehr darauf achten, daß die konkrete Frauenpolitik mit ihren Förderungsmaßnahmen alle Lebenssituationen – ich wiederhole: alle – gleichermaßen behandelt und daß bestehende **Förderungskriterien** inhaltlich und damit in ihrer eigentlichen Zielsetzung nicht verändert werden. Frau Ministerin Böhrk, ich hoffe und wünsche, daß die zukünftige Frauenpolitik in diesem Land Bewährtes, Erprobtes und Angefangenes nicht über Bord wirft und daß vor allen Dingen allen Frauen in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen im Alltag deutlich wird, daß wir sie gleichbewerten.

Ein wichtiger Punkt zum Schluß. Die CDU hat in den vergangenen Jahren eine an den Bedürfnissen und Interessen der Frauen und Familien orientierte Politik mit ständig steigendem Finanzaufwand betrieben, die bundesweit hohe Anerkennung erfahren hat. Ich habe eben ganz bewußt von Politik für Frauen und Familien gesprochen. Das Wort „Familie" ist in der gesamten Regierungserklärung von heute morgen nur einmal aufgetaucht, und zwar dann nur im Zusammenhang mit neuen Wohnformen. Ich habe genau nachgeschaut. Vom Stellenwert der **Familie in der Gesellschaft** war gar nicht die Rede. Ich frage jetzt: Was haben Sie vor bei der Familienförderung in Schleswig-Holstein? Was haben Sie vor bei der Familienbildung? Was wird aus unserer Stiftung? Was wird beim Familiendarlehen geschehen? Wo ist die Familienförderung eigentlich angesiedelt? Wen spre-

(Gudrun Hünecke)

che ich an, wenn ich Fragen zur Familienpolitik habe?

Ich habe bereits vor diesem Tag in meinem Wahlkreis eine Menge besorgte Anrufer am Bürgertelefon gehabt, die fragen wollten: Was kriegen wir noch schnell durch, falls solche Programme gestrichen werden?

(Lachen bei der SPD)

Ich habe dies alles in Frageform an Sie gerichtet.

(Zuruf von der SPD)

– Ich finde es äußerst betrüblich, daß draußen im Lande darüber nachgedacht wird, daß diese Dinge tatsächlich gestrichen werden könnten.

(Beifall bei der CDU – Ursula Kähler [SPD]: Welche Dinge?)

– Die Stiftung, das Familiendarlehen, die Zuschüsse zu den Familienbildungsstätten mit ihrer Familienplanung, die Familienerholungsangebote. Das sind doch eine Fülle von Maßnahmen. Lesen Sie einmal den Familienbericht der ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretärin Schuster nach. Dann werden Ihnen auch die Zahlen deutlich, von denen ich hier rede. Ich dachte aber, das wüßten Sie.

Die einzige Aussage, die der Ministerpräsident heute morgen so in der Koppelung zur Familie gemacht hat, war eine Aussage zum Beratungsgesetz, das er verhindern will, einem Gesetz, das dazu dienen soll zu helfen, zu schützen und zu beraten.

Gute Familienpolitik ist ein Stück Frauenpolitik, und gute Frauenpolitik, Frau Ministerin, kann an den Frauen in den Familien nicht vorbeigehen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Im Februar 1948 ergriff in einer großen Debatte zur Wirtschaftslage in Schleswig-Holstein die sozialdemokratische Abgeordnete Elly Linden das Wort, um – ich zitiere – „die Probleme zu betrachten unter dem Blickwinkel der weiblichen Arbeitskräfte". Sie beklagte die Massenentlassung von Frauen nach der ersten Aufbauphase nach dem Krieg, in der weibliche Arbeitskraft ja zunächst dringend erforderlich war. Ihre Ausführungen gipfelten in der Forderung – ich zitiere –, „daß die Frauen ein Recht auf Arbeit und Gleichberechtigung haben." Sie fuhr dann fort: „Ich weiß, daß man heute an ein sehr heikles und schwieriges Problem rührt, wenn man diese Dinge öffentlich fordert."

Elly Linden war eine von sechs **Frauen** im ersten gewählten Landtag in Schleswig-Holstein. Diese Zahl hat sich bis heute verdreifacht. Vier Frauen gehören dem Kabinett an, auf dem Präsidentinnenstuhl sitzt eine Frau, zum erstenmal vertritt in einer Landesregierung eine Ministerin die Interessen der Frauen.

Ich denke, das ist nicht nur eine neue Quantität, sondern es ist der Beginn einer neuen Qualität. Nicht nur in und für Schleswig-Holstein, sondern weit über unser Bundesland hinaus wird diese Zeit emanzipatorischer Erneuerung wahrgenommen.

(Beifall bei der SPD)

Weit über Schleswig-Holstein hinaus kann diese Regierung ähnlich wie die Frauenregierung in Norwegen Vorbildcharakter bekommen. Diese neue Qualität einer Politik von, für und mit Frauen soll ansteckend wirken, soll sich nicht nur auf andere Regierungen übertragen, sondern auf das Verständnis von **Gleichstellungspolitik** überhaupt.

Die SPD-Landtagsfraktion mit ihren 46 Mitgliedern, speziell den 13 weiblichen, speziell den Männern und Frauen im neugebildeten Arbeitskreis „Gleichstellungspolitik", wird ihren eigenständigen Beitrag dazu leisten, diese Ansteckungswirkung zu fördern.

Zeitweises männliches Verschnupftsein ist zu befürchten, und ohne den Willen zur Veränderung auch bei den Männern – so befürchte ich – wird sich nichts Entscheidendes ändern. Aber richtig verstanden, richtig vermittelt und umgesetzt, bedeutet ja Gleichstellungspolitik, daß beide dabei gewinnen können – Männer und Frauen.

(Zuruf des Abgeordneten Wilhelm Marschner [SPD])

Es ist gut und richtig, daß die Frauenministerin das Veto- und auch das Initiativrecht im Kabinett hat. Es ist gut und wichtig, daß der Ministerpräsident in seine Regierungserklärung die entscheidenden Ziele der Gleichstellungspolitik aufgenommen hat. Aber es ist genauso wichtig, daß die SPD-Mehrheitsfraktion diese Politik nicht nur mitträgt, sondern fördert und dort, wo es geboten ist, auch fordernd mit voranzubringen trachtet. Und voranzubringen gibt es vieles.

Lassen Sie uns doch mit der **Sprache** beginnen. Vom Landesbeamtengesetz bis zur Geschäftsordnung des Landtages – in allen offiziellen Texten bleibt unsere Sprache hinter dem Gleichberechtigungsgebot zurück. Warum ist die Einführung der weiblichen Form eigentlich eine so wichtige Änderung? Weil es mir wichtig ist, möchte ich dazu ein paar Sätze sagen.

Erstens verstehen sich Frauen heute nicht mehr als Bürger, Wähler, Staatssekretäre und Minister, und allein der Respekt gebietet es schon, sie angemessen anzusprechen. Es hilft hier auch überhaupt nicht weiter, auf die angebliche Geschlechtsneutralität dieser Begriffe hinzuweisen, die selbstverständlich Frauen mit einschließt, wenn Frauen sie schlicht als männliche Begriffe hören und verstehen. Unsere Welt schließt Frauen ein – als Abgeordnete, als Arbeiterinnen, Professorinnen, Ärztinnen und so weiter, und unsere Sprache muß dieser Wirklichkeit Rechnung tragen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens ist die Einführung der weiblichen Form eine wichtige Änderung, weil Sprache ja nicht nur

(Ute Erdsiek-Rave)

Wirklichkeit reflektiert, sondern sie auch gestaltet und Wirklichkeit schafft. So wie mit dem Gleichberechtigungsgebot, das noch lange nicht unserer gesellschaftlichen Realität entspricht, dennoch langfristig gesellschaftliche Wirklichkeit hergestellt wird, so würde auch die Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Sprache, in Lehrbüchern, Formularen, Stellenanzeigen eine gesellschaftliche Änderung unserer Realität bedeuten.

Ich wünsche mir dies übrigens auch nicht nur für Gesetzestexte, sondern auch für das gesprochene Wort, zum Beispiel von dieser Stelle aus; daß Frauen nicht nur stattfinden in der Stereotype als Bürgerinnen und Wählerinnen – da kommen sie ja vor; das haben ja schon ziemlich viele so drauf –, aber wenn es um andere Kontexte geht, um die Unternehmer dieses Landes zum Beispiel, dann wird von Unternehmern und anschließend von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gesprochen. Das ist doch bezeichnend, weil man sich dabei unbewußt wieder nur Männer vorstellt. Ich denke, wenn zum Beispiel bei allen hohen Funktionen und Rängen immer auch die weibliche Form mitverwendet wird, lernen wir es automatisch, uns Frauen in diesen Positionen vorzustellen. Das wäre – so denke ich – vor allem bei jungen Mädchen, bei Schülerinnen, Studentinnen, jungen Frauen von entscheidender Bedeutung für ihr Selbstbild, für ihr Selbstvertrauen und damit auch für ihre Berufswünsche und für ihre Berufswahl.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch einmal auf Elly Linden zurückgreifen. Diese Abgeordnete zu zitieren, ist ja mehr als eine bloße Bekundung von Respekt und mehr auch als politische Nostalgie. Wieviel hat sich wirklich konkret verändert in den letzten 40 Jahren? Frauenrechte öffentlich einzuklagen, ist ja nicht mehr heikel und schwierig, wie sie es damals formulierte, sondern findet unüberhörbar statt. Da gebe ich Ihnen völlig recht, Frau Hunecke.

In den Ausführungen des Oppositionsführers allerdings habe ich dies vermißt; da kam das Wort „Frauen" – wenn ich mich richtig erinnere – nicht ein einziges Mal vor. Andererseits verwundert es mich nicht wirklich, wenn ich mir die Politik der letzten Regierung, mindestens über die letzten vier Jahre hinweg, ansehe, in der Frauenpolitik dann allenfalls – da haben Sie schon recht gehabt, Frau Hunecke, als Sie dies unter der Rubrik Familienpolitik anführten – unter dieser Rubrik Familie stattfand. Und das überwiegend auch nur auf Druck der SPD-Fraktion.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Lorenzen [CDU])

An die Situationsbeschreibung unter dem Blickwinkel der **weiblichen Arbeitskräfte** von damals jedoch kann fast nahtlos angeknüpft werden. Rund 44 000 Frauen in Schleswig-Holstein sind arbeitslos, fast 95 % aller Teilzeitarbeitsplätze werden von Frauen besetzt, die Zahl der Frauen in völlig ungeschützten Arbeitsverhältnissen – so denke ich – ist sicherlich mindestens so hoch wie die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen. Bürokräfte, Verkäuferinnen, Reinigungskräfte, Hilfsarbeiterinnen – in dieser Reihenfolge sind Frauen am Arbeitsmarkt beteiligt, wobei sich die Reihenfolge unter dem zunehmenden Rationalisierungsdruck noch weiter nach unten verschieben wird, so daß die Masse der erwerbstätigen Frauen künftig wohl nur noch in diesen Rationalisierungsnischen wird Platz nehmen dürfen.

Wir fordern, daß bei allen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Regierung vor allem die benachteiligte Gruppe der jungen Frauen und Mädchen besonders berücksichtigt wird.

Aber auch da, wo Vater Staat die Verantwortung für seine Töchter trägt und vorbildhaft zu handeln hätte, hat sich die Situation der Frauen in den letzten 40 Jahren nicht entscheidend verändert. Der Anteil der **Frauen im Landesdienst** ist zwar kontinuierlich gewachsen, Herr Stich – das ist schon richtig –, auf den Leitungsebenen aber wird die Luft immer dünner, und mit jeder Stufe entstehen für die Frauen neue Barrieren. Nur eine von 55 Abteilungen dieser Landesregierung beispielsweise wird von einer Frau geleitet. Und gerade vier von 103 Schulleiterstellen an Gymnasien werden von einer Frau besetzt. Keine einzige Frau an den Hochschulen unseres Landes hat eine C4-Professur inne. Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen. Mit gutem Willen, Frau Hunecke, mit Aufklärung und Überzeugung allein läßt sich auch in den nächsten 40 Jahren wenig verändern; Macht und Privilegien werden nicht freiwillig abgegeben. Wenn Sie ehrlich sind und die Debatte um die Frauenbeteiligung auch in Ihrer Partei hier referierten, müßten Sie sagen, daß auch in Ihren Reihen, in den Reihen Ihrer Frauenvereinigung der Ruf nach der Quote immer lauter wird, weil man eingesehen hat, daß Macht nicht freiwillig abgegeben wird.

Die Tatsache, daß auf dieser Seite des Hauses 13 Frauen und auf Ihrer Seite fünf Frauen sitzen, hat auch etwas damit zu tun, mit wieviel Power, wieviel Druck man dieses vertritt.

(Beifall bei der SPD)

Nein, wir brauchen wirksame rechtliche und politische Hebel, um Veränderungen tatsächlich zu erzwingen. **Frauenförderpläne** können einer dieser Hebel sein, wenn sie klare numerische Zielvorgaben und Quotierungsregeln beinhalten, die nicht den Charakter von Sollvorschriften haben, sondern den Frauen einklagbare Ansprüche zusagen. Also kein Antidiskriminierungserlaß für den öffentlichen Dienst, sondern ein Gebotskatalog, dessen Erfüllung erzwungen werden kann. Die rechtlich eindeutige Grundlage dafür kann durch ein **Gleichstellungsgesetz des Landes** geschaffen werden.

Kernstück eines solchen Gesetzes muß eine Generalklausel sein, die klar macht, daß vorübergehende Ungleichbehandlung, wenn sie denn dazu dient, die Gleichstellung von Männern und Frauen zu erreichen, nicht gegen das Gleichheitsgebot verstößt, oder anders gesagt: daß Gleichberechtigung auch durch Ungleichbehandlung von Männern und Frauen erreicht werden darf.

(Ute Erdsiek-Rave)

Das zweite Kernstück ist die Umkehr der Beweislast. Nicht die Frau, die diskriminiert worden ist, muß beweisen, daß es so war, sondern der Arbeitgeber hat die Beweislast.

Nur durch gezielte Fördermaßnahmen wird es gelingen, Frauen auch in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens, in Vereinen und Verbänden, als Schöffinnen, Aufsichtsratsmitglieder, Elternvertreterinnen beispielsweise die gleichen Beteiligungsmöglichkeiten zu sichern wie bisher den Männern. Solche Fördermaßnahmen lassen sich eben nicht nur durch ständiges Einwirken auf die öffentliche Meinung oder durch politischen Druck erreichen, sondern können und müssen nach meiner Überzeugung auch gesetzlich abgesichert werden. Zum Beispiel können die zahlreichen finanziellen Förderungen von der Erfüllung der Gleichstellungsvoraussetzung abhängig gemacht werden.

Wir werden auch darüber nachdenken müssen, ob im sozialen Bereich, im Bereich der ehrenamtlichen Arbeit, der noch immer so gern den Frauen zugeschoben wird, wie zum Beispiel die Betreuung von alten und kranken Menschen - diese Aufgabe erfüllen sie auch gern, sie darf aber nach meiner Überzeugung nicht den Frauen vorbehalten sein -, nicht auch Männerförderung notwendig ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, Frauenförderung darf sich nicht an den Strukturen orientieren, wie wir sie in unserer Gesellschaft vorfinden. Eine wirklich emanzipatorische Qualität kann sie erst dann entfalten, wenn gleichzeitig die Neuverteilung von Erwerbsarbeit und Familienarbeit insgesamt auf der Tagesordnung steht.

Die **berufliche Gleichstellung** hat dabei sicherlich eine Schlüsselfunktion. Sie ist das größte Hindernis auf dem Weg zur gesellschaftlichen Gleichstellung, oder umgekehrt gesagt: Über gleichberechtigten Anteil an der Erwerbsarbeit wird materielle Unabhängigkeit, werden Mitgestaltungs- und Entscheidungsrechte erworben, die notwendig sind, wenn eine Umverteilung von Erwerbsarbeit und Familienarbeit auf Männer und Frauen durchgesetzt werden soll.

Die vielzitierte Vereinbarkeit von **Beruf und Familie**, die sich in den Programmen aller Parteien so sehr immer wiederfindet, ist immer noch ein ausschließlich individuell zu lösendes, oft unlösbares Problem. Alle berufstätigen Frauen mit Kindern, auch alle Politikerinnen und Politiker, die sich für ihre Kinder verantwortlich fühlen, wissen das. Kindertagesstätten sind dünn gesät in diesem Land, Kindergartenzeiten immer noch nicht dem Berufsleben angepaßt, von den Unterrichtszeiten in den Grundschulen ganz zu schweigen. Nicht nur die Bildungsinhalte in den Schulen gilt es also zu verändern, nicht nur die Rollenbilder in den Büchern, sondern auch die äußere Organisation von Vorschule, Schule, insgesamt der schulischen Erziehung. Dafür werden wir in den kommenden Jahren Initiativen ergreifen.

Auch in dem Problemfeld **Gewalt gegen Frauen** in Schleswig-Holstein gibt es mehr zu tun, als nur den finanziellen Ansatz für die Frauenhäuser zu erhöhen. Mehr Ausbildungsplätze für weibliche Schutzpolizei, Sonderdezernate an allen Staatsanwaltschaften könnten zum Beispiel den Umgang der Behörden mit Opfern von Gewalt positiv verändern.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht noch wichtiger aber ist es, durch Aufklärungsarbeit, durch Ächtung von Gewalt ein Stück zu ihrer Verhinderung beizutragen. Dazu wollen wir als SPD-Fraktion einen Beitrag leisten.

(Beifall bei der SPD)

Die Lebensmöglichkeiten von Frauen zu verbessern und die gesellschaftlichen Rollen von Frauen und Männern durch politisches Handeln zu verändern, ist keineswegs die alleinige Aufgabe der Frauenministerin, auch nicht die alleinige Aufgabe der Ministerinnen in diesem Kabinett, sondern eine Forderung, die wir an alle Mitglieder dieser Regierung stellen, und ein Anspruch, der auch für die Arbeit der Fraktion insgesamt gelten muß. **Gleichstellungspolitik**, so erwarten und erhoffen wir es von dieser Landesregierung, kann und soll, ja muß dabei mehr sein als die administrative Durchsetzung isolierter Fraueninteressen. Sie kann und soll, ja sie muß mehr sein als die ressortübergreifende Querschnittaufgabe; sie kann und soll gesellschaftsverändernde Kraft entfalten, sie muß eine positive Produktivkraft für ein neues Verständnis von Politik überhaupt sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen nicht nur aus der Froschperspektive, der Krötenperspektive jeweils und immer wieder das Schlimmste für die Frauen verhindern, nein, Zeit zum Zugucken hatten wir lange genug, auch Zeit zum Fordern. Nun ist es Zeit zum Handeln.

Die Schritte und Maßnahmen sind angekündigt, die Wege aufgezeigt. Wir werden nicht auf einer Schnellstraße ins Zeitalter der Gleichstellung fahren. Dessen bin ich mir bewußt. Weder der Sozialismus noch der Feminismus wurden an einem Tag erfunden. Für's erste würde ich mich schon damit begnügen, wenn diese beiden Vokabeln in Schleswig-Holstein nicht mehr als Schimpfwörter benutzt würden

(Beifall bei der SPD)

und wenn es diese Landesregierung in aller Gelassenheit und Souveränität ertrüge, wenn sie in der Öffentlichkeit sozialistischer und/oder feministischer Tendenzen bezichtigt würde.

„Die hält kein Beton mehr auf", Frau Hunecke, das war die Titelzeile eines Beitrags in der „Zeit" über Frauen und die Bewegung, wie sie in die Politik und die Gesellschaft gebracht wird. Da sind wir uns völlig einig. Nein, chauvinistische Betonköpfe schrecken uns nicht mehr. Aber wir wollen auch hier das ökologische, das sanfte, das natürliche Verfahren der Entsiegelung anwenden.

(Heiterkeit bei der SPD)

(Ute Erdsiek-Rave)

Wie gesagt: keine Schnellstraße, aber es muß auch nicht immer wieder die Ochsentour sein, die viele meiner Kolleginnen wirklich zur Genüge kennen. Das Sackgassenschild ist ohnehin abgebaut.

Wir fordern viele, wenn nicht alle auf, auf diesem Weg mitzugehen. Weggefährtinnen und -gefährten werden dringend gebraucht und sind herzlich willkommen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Rossmann.

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bildungsfragen sind Länderfragen. Wenn hier in einer Aussprache zu der Regierungserklärung für Schleswig-Holstein dennoch an ein gesamtstaatliches Datum erinnert wird, nämlich an den 15. Juni 1973 – das war der Tag, als die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung vor gerade 15 Jahren den **Bildungsgesamtplan** verabschiedet hat –, so hat dies zwei Gründe.

Der eine Grund: Dieser **Bildungsgesamtplan** machte Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit zu einander ergänzenden und bedingenden Prinzipien des künftigen Bildungswesens. Er war auf ein ganzes Bildungsleben hin ausgerichtet.

Der zweite Grund: Der Bildungsgesamtplan des Jahres 1973 war zugleich ein erfolgreiches Beispiel für eine pragmatische Bildungspolitik der Kooperation und Offenheit, die pädagogische Prinzipien im allgemeinen auch zu Prinzipien der Bildungspolitik im speziellen machte.

Wir freuen uns von ganzem Herzen, daß mit der Wahlentscheidung vom 8. Mai diese Bildungsreform für unser Land wieder neue Fahrt gewonnen hat. Wenn dies nüchtern abwägend, Schritt für Schritt geschieht, wie in der Regierungserklärung angekündigt, so werden damit wohl nur die notwendigen Konsequenzen aus unfruchtbaren ideologischen Grabenkriegen gezogen. Diese haben ja gerade die Bildungspolitik in quälender Weise heimgesucht, denn wo Politiker und Parteien den Kampf der Systeme –. manchmal mutet der Kampf um die Bildungssysteme genauso schrecklich an wie der Kampf zwischen anderen Systemen – als Mittel von Machtpolitik benutzen, werden die Chancen der Kinder und die Wünsche der Eltern willkürlich eingeschränkt.

Dabei wissen wir doch, ein demokratisches Bildungswesen entwickelt sich im Wechselspiel von vielen Beteiligten. Es ist im optimalen Falle ein gutbalanciertes Zusammenspiel von staatlichen und kommunalen Organen, von öffentlichen und freien Institutionen, von Lehrenden und Lernenden. Prinzipien der umfassenden Information, der Anhörung und qualifizierten Beteiligung an der Entscheidung, die alle Betroffenen einbezieht, sind gerade bei der Entwicklung und Umsetzung von Bildungsreform unverzichtbar. Diese Regierungserklärung gibt uns die gute Aussicht, daß diese Prinzipien in Zukunft auch in Schleswig-Holstein Richtschnur werden.

(Beifall bei der SPD)

Zu den konkreten Planungen und Absichten der Regierung nun einige Anmerkungen:

Erste Anmerkung: Die schrittweise Ausweitung des **freiwilligen zehnten Schuljahres**, die faire Perspektive für die Einrichtung weiterer **Gesamtschulen**, die **Verknüpfung von allgemeiner und beruflicher Bildung** in modellhafter Form sind auch für Schleswig-Holstein überfällig; wir gewinnen damit den Anschluß an die Entwicklung in anderen Bundesländern. Wenn mir die Anmerkung gestattet sei: Wir gewinnen damit auch den Anschluß an den Bildungsgesamtplan von 1973, der insoweit in unserem Lande weiter eingelöst wird.

Diese Differenzierung und Erweiterung des Bildungsangebotes wird sich dabei vor einem **Rückgang der Schülerzahlen** in Schleswig-Holstein vollziehen, der uns nicht länger unvorbereitet sehen darf. Es sind die Zahlen der alten Landesregierung, die vom Schuljahr 1985/86 zum Schuljahr 1995/96 bei den Hauptschulen einen Rückgang von 10 000, bei den Realschulen um 15 000 und bei den Gymnasien um 23 000 Schülerinnen und Schülern vorsieht.

Ohne hier nun einen statischen Begabungsbegriff, der das Denken in Bildungskasten stützt, zu übernehmen, zeigt dieser prognostizierte Rückgang der Schülerzahlen um 25 %, mit welcher Intensität und Dringlichkeit wir die Debatte um eine ebenso wohnortnahe wie qualitative Schulversorgung zu führen haben. Wir können sie um so besser führen, je weniger Scheuklappen wir uns dabei anlegen.

Eine kooperative und offene, nicht direktive und anweisende **Schulentwicklungsplanung** für Schleswig-Holstein wird Angebote für ganz verschiedene Formen der Zusammenarbeit der einzelnen Schulformen aufzuzeigen haben. Sie wird sich zu orientieren haben an der Stärkung der Durchlässigkeit und Orientierung, an der sozialen Integration und der Chance zur pädagogischen Innovation. Wenn wir es damit ernst meinen, Bildungspolitik, das heißt hier Schulpolitik, zu entstaatlichen und mehr Basisbeteiligung zu ermöglichen, gehört eine solche kooperativ und offen angelegte Schulentwicklungsplanung als Beratungsgrundlage und Beratungsangebot in der Perspektive für die neunziger Jahre dazu.

Zweite Anmerkung: Rückläufige Schülerzahlen geben uns gleichzeitig die Chance zu einer verstärkten Konzentration auf die **innere Schulreform**. Wo die Mitbestimmung von Schülern, Eltern, Lehrern und Kommunen verstärkt wird, können die Schulen ein eigenes Gesicht bekommen. Weshalb sollte nicht zunehmend die Wahl einer speziellen Schulform hinter der Entscheidung für eine besonders profilierte einzelne Schule zurückstehen?

Damit sich Schule zur gemeinwesenorientierten Schule entwickeln kann, muß sich Schule zu ihrer Umwelt hin öffnen. Die SPD-Landtagsfraktion wird hierbei mit ihrer Regierung gemeinsam zu unseren

(Dr. Ernst Dieter Rossmann)

dänischen Nachbarn schauen. Schulnahe, offene Curricula und das Prinzip der Methodenfreiheit schaffen dort pädagogische Vielfalt. Lernen wir doch von den dänischen Nachbarn! Akzeptieren wir vor allen Dingen auch, daß Schule mehr ist als leistungbezogenes Lernen, daß sie auch Besinnung, Vertiefung, schöpferische Pause ist.

„Geben Sie pädagogische Freiheiten!" haben die Sozialdemokraten in diesem Land zu lange gefordert, um es jetzt nicht auch wirklich zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen lautet ein populärer Wunsch der jungen Generation: Die Phantasie an die Macht. Gestatten Sie mir den durchaus wohlgemeinten Wunsch: mehr pädagogische Phantasie auch für die Opposition.

(Beifall bei der SPD)

Dritte Anmerkung: Konservative Politik steht immer in der Gefahr, Schule und Bildung einseitig auf die wirtschaftliche Verwertbarkeit hin zu planen und gleichzeitig der **Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung** mit Skepsis und Abwehr gegenüberzustehen. Dies kann es für unser sozialdemokratisches, emanzipiertes Menschenbild nicht geben. Die SPD-Mehrheitsfraktion verbindet deshalb das zehnte Schuljahr mit der Erwartung an eine berufsweltorientierende Curriculumreform für die letzten Hauptschuljahre. Wir wünschen uns neue Formen der Zusammenarbeit von gymnasialer Oberstufe und beruflichen Schulen. Wir unterstützen die Regierung, wo sie die Berufsschulen personell und sachlich schrittweise besser ausstatten will. Wir begreifen die Öffnung der Hochschulen hin zu einem dritten Bildungsweg für die älteren und schon qualifizierten Menschen als eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Dies alles macht Sinn in der Einsicht, daß Qualifikation und Bildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht nur die individuelle Wohlfahrt und Persönlichkeitsverwirklichung sichern, sondern an erster Stelle gesellschaftlichen Reichtum schaffen. Zum gesellschaftlichen Reichtum an beruflicher Qualifikation gehören kulturelle und politische Bildung. Der kleine Baustein **Bildungsurlaub** macht hier einen Anfang zur anspruchsvollen Weiterbildung. Mit einer Kommission Weiterbildung, die wir schon 1986 in diesem Hause gefordert haben, erwarten wir in dieser Legislaturperiode, daß sich aus dem Baustein auf mittlere Sicht ein wohlgefügtes Bauwerk entwickeln lassen wird.

Vierte und abschließende Bemerkung: Unser Ministerpräsident hat einmal davon gesprochen, daß Politiker und Politikerinnen natürliche Anwälte der politischen Bildung sein können, daß sie es sein sollten. Er hat dies in erster Linie mit Blick auf die Sprachlosigkeit getan, die vielfach den Dialog mit der Jugend zu einem Monolog der Politik macht, bei der die Jugend nicht zuhört. Schülerzeitungen ohne Zensur, mehr Rechte für Schüler- und Studentenvertretungen, eine gesicherte und demokratisch legitimierte Förderung der Jugendarbeit, die Abschaffung des „Regelmißtrauens" beim Verfassungsschutz, durch das an erster Stelle junge Menschen betroffen worden sind – das sind konkrete und bedeutungsvolle Handlungen, die mehr sein werden als schöne Worte. Sie sind damit auch eine echte Förderung politischer Bildung.

Daß sich politische Bildung in diesem Land zu neuer Blüte entfalten kann, sollte nach den bitteren Erfahrungen der letzten Legislaturperiode allerdings zu einer weiteren gemeinsamen Aufgabe von Regierung und Opposition werden. Die SPD-Mehrheitsfraktion will hieran gern sehr aktiv mitwirken.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Meyer.

Karl Otto Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Der SSW hat seit 40 Jahren konsequent eine Bildungspolitik der Chancengleichheit vertreten. Die **Schul- und Bildungspolitik** hat immer einen breiten Raum in unserer Politik eingenommen. Nach unserer Auffassung ist es im Interesse unserer Gesellschaft, alle ihre intellektuellen Ressourcen optimal auszubilden und einzusetzen. Dies bedeutet aber ein breites, durchlässiges Schul- und Hochschulsystem, das möglichst allen, die es durchlaufen, die gleichen Chancen bietet.

Weil wir das Trennende in unserem Schulsystem überwinden wollen, hat sich der SSW immer für die Überwindung des drei- beziehungsweise viergliedrigen Schulsystems und für die **Gesamtschule** eingesetzt. Dabei definieren wir den Begriff Gesamtschule als Schulsystem beziehungsweise **Unterrichtsform** und nicht als Gebäudekomplex. Dies muß in der Diskussion einmal klargestellt werden, weil neben einer eher ideologisch bedingten Angstmacherei von der konservativen Seite auch in der Bevölkerung häufig Gesamtschulen mit Mammutschulen gleichgesetzt werden. Nach Auffassung des SSW müssen Gesamtschulen keineswegs Mammutschulen sein. Es kann durchaus auch kleine Einheiten mit 60 bis 70 Kindern geben. In der Praxis wäre dies zum Beispiel so zu regeln, daß der erste bis vierte Schuljahrgang in eine, der fünfte, sechste und siebte Jahrgang in eine andere und das achte bis zehnte Schuljahr in eine dritte Schule gehen. Dadurch bliebe die Schule für Schüler, Eltern und Lehrer überschaubar, und der Kontakt zum einzelnen bliebe gewahrt. Nicht zuletzt könnten wir damit unsere kleinen Schulen auf dem Lande erhalten.

Die SPD ist in dieser Frage jetzt sehr vorsichtig. Immerhin kann ich verstehen, daß unter der neuen Regierung die Gesamtschule neben dem gegliederten Schulsystem in den Rang einer gesetzlichen Regelschule erhoben werden soll. Letztlich nicht zufrieden sein kann der SSW jedoch mit der Absicht der neuen Landesregierung, Gesamtschulen nur dort einzurichten, wo dies von den Eltern gewünscht wird und wo ausreichend Schüler vorhanden sind. Dann würde es allenfalls im Hamburger Randgebiet und in den kreisfreien Städten neue Gesamtschulen geben. Ziel des

(Karl Otto Meyer)

SSW bleibt langfristig ein flächendeckendes Angebot von Gesamtschulen.

(Beifall bei der SPD)

Man muß feststellen, daß hier klar gesagt wurde: Für das **gegliederte Schulsystem** geben wir eine Garantie; der **Gesamtschule** geben wir nur eine Chance. So ist es formuliert. Damit bin ich natürlich nicht ganz zufrieden. Der SSW hofft also immer noch, in der Mehrheitsfraktion einen Partner zu finden, der für die Gesamtschule eintritt.

Vergessen wir nicht, daß schließlich auch das gegliederte Schulwesen quasi von oben oktroyiert wurde. Mittelfristig müssen wir das gegliederte Schulwesen verändern, wenn ein wirkliches Gesamtschulangebot in diesem Lande keine Illusion bleiben soll.

Zum Sofortprogramm der neuen Landesregierung sollte nach Auffassung des SSW auch ein flächendekkendes Angebot eines **freiwilligen zehnten Schuljahres** gehören. Auch hier haben die zögerlichen Versuche ausschließlich in Städten wieder einmal den ländlichen Raum vernachlässigt.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe nie verstanden, wieso gerade diejenigen, die so krampfhaft am gegliederten Schulsystem festhalten wollen, diese Chance zur Stärkung der Hauptschule nicht konsequenter verfolgt haben.

Neue Akzente sollten natürlich auch bei den Lerninhalten und bei der Lernform gesetzt werden. Dazu sind sicher neue praxis-und lebensnahe **Lehrpläne** erforderlich.

Was ich bereits in Verbindung mit dem öffentlichen Dienst sagte, gilt auch in bezug auf den Lehrerarbeitsmarkt. Es wäre wünschenswert, wenn die Landesregierung möglichst bald einmal nach einer finanziellen und politischen Bestandsaufnahme ihre **Stellenplanung** vorlegte. Der SSW erwartet, daß es dabei in Verbindung mit einer Herabsetzung der Unterrichtsstunden zu Neueinstellungen und zur Umwandlung aller befristeten Angestelltenverträge kommt.

Schließlich würde der SSW die baldige Verwirklichung eines **Bildungsurlaubsgesetzes** begrüßen. Wir müssen der Bildungspolitik in diesem Lande in Zukunft einen sehr viel höheren Stellenwert einräumen, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

In der Kulturarbeit werden viele Fragen zu lösen sein. Eine intensive **Kulturarbeit** auf dem flachen Lande muß gesichert sein. Wir müssen hier Prioritäten setzen. Wir müssen uns deshalb auch mit Fragen wie zum Beispiel Musikfestival, Salzau, Konzerthallen und dergleichen, in der kommenden Zeit noch gründlicher beschäftigen und versuchen, in diesem Hause Einigkeit zu erreichen und die Prioritäten richtig zu setzen.

Bei der Förderung im Kulturbereich sollte nach Auffassung des SSW dem Bereich der sogenannten alternativen Kultur in Zukunft größere Bedeutung zugemessen werden. Hier gilt für mich das gleiche wie bei der **Denkmalpflege**. Es kann nicht das Ziel einer staatlichen Förderung sein, sich einseitig auf vermeintliche hochkulturelle und repräsentative Großbauten zu konzentrieren und dabei den Bürger und seine Alltagskultur weitgehend zu vernachlässigen.

In diesem Zusammenhang möchte ich ein für mich besonders erschütterndes Beispiel von falscher Machtausübung gegenüber dem Bürger erwähnen. Diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die bereits vor dem 13. September 1987 in diesem Hause zugegen waren, werden sich an den Fall der Familie Möller, der Eigentümer des Dreiseithofes Gottesberg im Kleiseer Koog im Kreis Nordfriesland erinnern. Das Problem nicht nur dieses Landwirtes war und ist der Konflikt zwischen der Verpflichtung zur Erhaltung des Wohn- und Wirtschaftsgebäudes auf eigene Kosten und den landwirtschaftlich erforderlichen Umbauten der Gebäude bei Erweiterung oder bei Umstellung der Produktion.

Die Familie Möller hat über Jahre hinweg, bis zuletzt ohne Zuschüsse, in deren Gewährung sie die Herleitung von Rechten der Denkmalschutzbehörde sieht, die erheblichen Mehrkosten bei der Erhaltung des historischen Gebäudes freiwillig auf sich genommen. Die Zusage der oberen Denkmalschutzbehörde, den Hof so lange von einer Unterschutzstellung freizulassen, wie Möller eine Bauunterhaltung im denkmalschützerischen Sinn gewährleistet, ändert ja nichts an der grundlegenden Problematik. Nicht nur für diese Familie ist dies eine Frage von Generationen. Denn wer will seinem Sohn oder seiner Tochter eine solche Hypothek vererben?

Vor diesem Hintergrund, daß Denkmalschutz, die Unterschutzstellung privaten Eigentums, einen erheblichen Eingriff in das Eigentumsrecht bedeutet - und zwar mit allen wirtschaftlichen Konsequenzen für den Eigentümer - und daß das Denkmalschutzgesetz auf der anderen Seite keine festgelegten dauerhaften **Entschädigungszahlungen** vorsieht, auf die der Eigentümer einen Rechtsanspruch hätte, hatte der SSW Anfang des vergangenen Jahres einen Antrag eingebracht. Die Forderung an die Landesregierung, Maßnahmen zu ergreifen, die zur Konkretisierung der Rechtslage, insbesondere der berechtigten Belange aus § 8 des Denkmalschutzgesetzes, für den privaten Denkmaleigentümer beitragen, mit dem Ziel, bei einer Unterschutzstellung gleichzeitig die Entschädigungsfrage zu regeln, wurde damals von CDU und SPD abgelehnt.

Einstimmig angenommen wurde jedoch die Aufforderung an die Landesregierung, weitere Maßnahmen zu ergreifen, die darauf hinwirken, den privaten Eigentümern schützenswerter Gebäude die durch die denkmalpflegerischen Gesichtspunkte verursachten Mehraufwendungen auszugleichen und - jetzt zitiere ich den entscheidenden Nachsatz wörtlich - „darüber mit dem Eigentümer zu verhandeln". Das steht in der Drucksache 10/2120.

Die Frage ist: Was hat sich hier seitens des Landes getan? Was ist in dieser Frage geschehen? Im Falle der Familie Möller hat es mehrseitige Gespräche gegeben. Ich habe viele Gespräche mit beiden Seiten geführt.

(Karl Otto Meyer)

Doch was ist von seiten der obersten **Denkmalschutzbehörde** geschehen? Nun halten Sie sich fest. Mitten in den mühsamen Verhandlungen und Gesprächen, während wir dabei waren, ein Gespräch zwischen dem Kultusministerium und Familie Möller zu arrangieren, kam Ende Mai, in den letzten Tagen vor der Amtsübernahme der neuen Landesregierung, der Familie Möller ein Bescheid der Denkmalschutzbehörde ins Haus, wonach der Hof nunmehr unter Denkmalschutz gestellt sei. Daß nun natürlich jedes Gespräch zwischen dem Landwirt und Behördenvertretern unmöglich gemacht worden ist, dürfte wohl klar sein. Dies ist für mich ein Beispiel dafür, wie wir mit unseren Bürgern nicht umgehen dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte gern, daß sich die neue Landesregierung, Frau Kultusministerin, wirklich einmal ernsthaft mit dieser Frage beschäftigt. Ich möchte diesen Einzelfall bereinigt haben. Aber ich möchte auch erleben, daß das, was das Parlament einstimmig angenommen hat, nämlich mit dem Eigentümer zu verhandeln und die Ersatzansprüche zu regeln, jetzt endlich geklärt wird. Denn wir können einfach nicht zulassen, daß für einige unserer Mitbürger eine moderne, aber äußerst übele Form der Sklaverei eingeführt wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin bereit, alles zu tun, damit wir unseren Denkmalschutz effektiv durchführen können. Aber es geht nicht an, daß der Staat sagt „Wir wollen diese Häuser erhalten" und daß dann der private Eigentümer – weil der Staat kein Geld dafür hat –, dafür zu sorgen hat, daß das Geld vorhanden ist. So geht es auch nicht.

Deswegen erwarte ich in der nächsten Zeit die Erfüllung dessen, was wir mit der Drucksache 10/2120 beschlossen haben. Ich hoffe, daß wir dann auch für den kleinen Bürger zu vernünftigen Regelungen innerhalb des Denkmalschutzes kommen können, wie wir sie für reiche Bürger in anderen Fällen auch durchgeführt haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Bendixen.

Dr. Peter Bendixen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte in den – wie ich meine – wenigen verbleibenden Minuten für die CDU-Fraktion einige Anmerkungen machen, aber zugleich den Herrn Ministerpräsidenten bitten, noch zu ein, zwei Punkten Stellung zu nehmen. Es war wohl eine durchgängige Linie der Regierungserklärung heute morgen, auch für einzelne Teilbereiche, ein allzu düsteres Bild von der Wirklichkeit unseres Landes zu zeichnen, vor dessen Hintergrund jede Neuerung wie ein wärmender Lichtstrahl erscheint. Das gilt auch für das, was wir eben über die **Situation des Bildungswesens** in Schleswig-Holstein gehört haben.

Nun kann es in dieser knappen Zeit nicht darum gehen, Bilanz zu ziehen, aber ich möchte doch – sozusagen auch für mich selber – in Anspruch nehmen dürfen, zu sagen, daß der Eindruck schlichtweg falsch ist, daß wir in Schleswig-Holstein ein starres, verwaltetes, an bloßer Verwertbarkeit ausgerichtetes Schulwesen besäßen. Ich meine, daß wir doch gemeinsam – bei manchen Problemen, die nicht gelöst sind und die gelöst werden müssen – sagen können, daß wir insgesamt ein kindgerechtes, ein leistungsfähiges **Schulwesen** mit vernünftigen rechtlichen und auch tatsächlichen Grundbedingungen, Voraussetzungen besitzen.

(Beifall bei der CDU)

Nun, meine Damen und Herren, es sind im wesentlichen zwei Stichworte, die heute eine besondere Rolle gespielt haben und von denen ich vermute, daß sie auch in den kommenden Jahren im Vordergrund stehen werden, Stichwort Schulorganisation – zusätzliche Gesamtschulen, wenn ja, unter welchen Bedingungen – und das Stichwort innere Schulreform.

Ich möchte für die Bildungspolitik das wiederholen, was Herr Kollege Kribben für den wirtschaftlichen Bereich gesagt hat: Wir hören hier vage Überschriften, ohne daß konkrete Vorschläge gemacht werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben keine konkreten Hinweise erhalten, weder in der Regierungserklärung noch in den Ausführungen, die Sie, Herr Kollege Rossmann, hier eben vorgetragen haben, was inhaltlich darunter zu verstehen ist.

Zur **Gesamtschulfrage**! Herr Kollege Meyer gehört ja zu jenen Abgeordneten, die – wie wir alle – immer die Wahrheit sagen, die es aber auch gelegentlich über andere tun. Herr Kollege Meyer hat nach einem Bericht des "Flensborg Avis" – nach Ihren Aussagen eine besonders unverdächtige Quelle – am 20. April 1988 in Westerland erklärt – ich zitiere wörtlich; dies wird als ein wörtliches Zitat von ihm ausgewiesen –:

> „Es ist in diesem Land nicht beliebt, über die Gesamtschule nachzudenken', befand Meyer. Deshalb seien die Aussagen Engholms zu dieser Schulform momentan eher als taktisch anzusehen."

(Thomas Lorenzen [CDU]: Recht hat er!)

> „Im übrigen werde der Gesamtschule nach wie vor seitens der sozialdemokratischen Bildungspolitiker Vorrang eingeräumt."

(Beifall bei der CDU)

Dies ist genau der Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, genau unsere Befürchtung, daß Sie hier taktische Positionen aufbauen, die dann mittelfristig nicht eingehalten werden.

(Thomas Lorenzen [CDU]: So ist das!)

Ich will auf einige konkrete Dinge zu sprechen kommen und möchte Sie bitten, Herr Ministerpräsi-

(Dr. Peter Bendixen)

dent, darauf, wenn Sie dazu Gelegenheit finden – ich nehme an, Sie werden zum Abschluß noch einiges erwidernd sagen –, einzugehen. Es geht hier heute, schon gar nicht in der Kürze der Zeit, um die Sachfrage. Wir führen alle miteinander – dies will ich ausdrücklich unterstreichen – nicht mehr die Schlagwortdebatte der siebziger Jahre, weder wir aus der Sicht der Union gegenüber der Gesamtschule noch umgekehrt Sie gegenüber dem gegliederten Schulwesen. Dies ist ein Fortschritt. Wir führen heute eine Diskussion, unter welchen Voraussetzungen, auf Kosten welcher bestehender Schulen wir möglicherweise an welchen Standorten neue Gesamtschulen einführen können. Das ist in einer Zeit sinkender Schülerzahlen die entscheidende Frage.

Laut einem Bericht der **„Kieler Nachrichten"** vom 8. Juni 1988 in einer – –

(Horst Hager [SPD]: Urs Stahl! Das war doch sicher Urs Stahl!)

– Mein Verständnis von Pressefreiheit, Herr Kollege Hager, ist ein anderes. Im übrigen zitiere ich hier – seien Sie ganz beruhigt – aus einem Artikel des Redakteurs Peter Höver. Ich hoffe, das beruhigt Sie.

In einem Artikel der „Kieler Nachrichten" vom 8. Juni 1988 heißt es:

„Der Regierungschef steht im Wort:"

Wörtliches Zitat:

„‚Ich würde', sagte Björn Engholm bereits 1986, ‚keine Handreichung für die gewaltsame Schließung einer Schule geben, damit genau an dieser Stelle eine Gesamtschule entstehen kann.'"

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Etwas weiter kommentiert Peter Höver in den „Kieler Nachrichten" bisher unwidersprochen:

„Dann steht"

– wenn im Einzelfall Gesamtschulen zusätzlich eingeführt werden sollen –

„das von der SPD geplante Recht auf Gesamtschulbesuch gegen Engholms Versprechen,"

– ich zitiere wörtlich –

„ keine traditionelle Schule gegen den Elternwillen zu schließen oder umzuwandeln."

(Beifall bei der CDU)

Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident, ob dieses Ihr Versprechen, wenn es denn so richtig wiedergegeben ist, auch für die Zukunft fortbesteht. Das heißt: Können sich die Eltern in den verschiedenen Orten, in denen jetzt – sehr schnell übrigens nach der Landtagswahl – Gesamtschulinitiativen entstehen, auf Ihr Wort verlassen, daß bestehende Schulen im gegliederten Schulwesen aus diesem Grund, der **Einrichtung zusätzlicher Gesamtschulen**, nicht geschlossen werden? Oder ist dies, wie Karl Otto Meyer es am 20. April in Westerland gesagt hat, eher eine taktische Position?

(Beifall bei der CDU)

Hier steht ein Stück Glaubwürdigkeit Ihrer Position auf dem Spiel.

Vizepräsident Alfred Schulz:

Herr Dr. Bendixen, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Peter Bendixen [CDU]:

Ja, gern.

Sabine Schröder [SPD]: Herr Bendixen, ist Ihnen auch ein Artikel aus den „Kieler Nachrichten" bekannt, der mit „Kippt das Schulsystem?" überschrieben war? Nun ist Ihnen als ehemaligem Kultusminister sicherlich bekannt, daß etliche Haupt- und Sonderschulen in ihrem Bestand gefährdet sind und auch Realschulen schon in ihrem Bestand bedroht sind. Ich vermisse da eine Konzeption Ihrer bisherigen Regierung.

– Frau Kollegin Schröder, aus exakt diesem Grunde, weil mir das bekannt ist – weil Sie von Realschulen sprechen; gerade ist in Kiel in der Muhliusstraße die Carl-Loewe-Schule im Einvernehmen mit dem Realschullehrerverband geschlossen worden –, gerade, weil ich dies weiß, und gerade, weil ich davon ausgehe, daß im Einzelfall nicht jede Schule aufgrund des Schülerrückgangs zu halten sein wird, habe ich den Herrn Ministerpräsidenten gefragt, ob er zu diesem seinem Wort steht – wenn es richtig wiedergegeben ist –, keine Schule wegen der Errichtung einer neuen Gesamtschule zu schließen. Diese Frage sollte heute in dieser Debatte beantwortet werden.

(Beifall bei der CDU)

Im übrigen möchte ich Sie zugleich folgendes fragen, Herr Ministerpräsident. Ihre Regierungserklärung zu Punkt 33 auf Seite 33 Ihres Manuskripts sagt aus, daß Sie das **Schulgesetz** ändern wollen, eine Reihe von Anhörungen, Gesprächen führen wollen. Dann haben Sie laut dem schriftlichen Text – ich habe vorhin nicht ganz präzise aufgepaßt, ob Sie es auch so vorgetragen haben; ich nehme einmal den schriftlichen Text – gesagt:

„Bis dahin"

– also bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer Schulgesetzänderung –

„werden Anträge von Schulträgern im Rahmen des gegenwärtigen Gesetzes"

– ich habe einmal nachgeguckt; § 10 und § 54 wären heranzuziehen –

„berücksichtigt und genehmigt."

Man muß diesen Satz einmal sehr genau lesen:

„Bis dahin werden Anträge von Schulträgern im Rahmen des gegenwärtigen Gesetzes berücksichtigt und genehmigt."

(Dr. Peter Bendixen)

Ich lese da nichts mehr vom **Elternwillen**. Ich lese da nichts mehr von der Garantie der **Beibehaltung bestehender Schulen** innerhalb des gegliederten Schulwesens.

(Wilhelm Marschner [SPD]: Das ist potenzierte Dummheit!)

Man kann dies ja wollen; ich empfinde diesen Satz aber wie einen Blankoscheck und wäre Ihnen verbunden, wenn Sie uns darauf eine konkrete Antwort geben könnten.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte jetzt gern noch einige konkrete Punkte aufnehmen, die Sie genannt haben, Herr Kollege Rossmann. Sie haben das **zehnte Schuljahr** angesprochen. Sie wissen, daß ich mit dieser Form der Fortentwicklung unseres gegliederten Schulwesens weniger Schwierigkeiten habe als manch anderer in der Union. Ich möchte allerdings darauf hinweisen, daß wir als Union darauf achten werden, daß die Ausweitung des freiwilligen zehnten Schuljahres nicht dazu führt, daß bestehende Bildungsangebote innerhalb bestehender Schulen – insbesondere der beruflichen Schulen – verwässert werden und daß die Qualität der Abschlüsse abnimmt. Dies wird ein entscheidender Maßstab sein; er war es auch bisher.

Unsere Position zur Gesamtschule habe ich deutlich gemacht.

Was die **Verknüpfung allgemeiner und beruflicher Bildung** angeht, so gibt es schon eine Reihe von Formen der Verknüpfung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich lese hier, was einzelne sozialdemokratische Bildungspolitiker fordern – „Segeberger Zeitung" vom 7. Juni 1988: ‚SPD will Gesamtschule zum August 1989' –; da heißt es aus der Feder des dortigen schulpolitischen Sprechers Johannes Paustenbach:

> „Die Norderstedter Gesamtschule soll eine eigene Oberstufe erhalten und die Möglichkeit vorsehen, gleichzeitig Abitur oder Fachhochschulreife und eine abgeschlossene Berufsausbildung etwa als chemisch-technischer Assistent zu erwerben."

Dies ist – wenn dies der Hintergrund und die Zielsetzung Ihrer Politik ist – ein falscher Weg, weil er weder für die allgemeine Bildung noch für die berufliche Bildung die notwendige qualitative Grundlage schafft; er bedeutet eine Halbqualifizierung für beide Seiten.

(Beifall bei der CDU)

Was die **innere Schulreform** angeht, so ist es, meine sehr verehrten Damen und Herren, nach meiner Meinung ein ständiges Bemühen und eine ständige Aufgabe jeder Landesregierung – von wem immer sie getragen wird –, das Schulwesen weiterzuentwickeln. Auch wir haben neue Wege eingeleitet. Ich meine sagen zu können, daß wir hinsichtlich des zehnten Schuljahres, hinsichtlich des kulturellen Lernens – das wir erheblich ausgeweitet haben –, hinsichtlich der offenen Grundschule, die wir nicht als Reform von oben, sondern als Angebot an die Basis unserer Schulen fortgeführt haben, hinsichtlich der Lehrerbildung und in vielen anderen Fragen solche Wege beschritten haben. Nur stehen wir bislang in der Situation, daß nicht Roß und Reiter genannt werden, daß große Überschriften produziert, Hoffnungen geweckt werden, ohne daß konkret gesagt wird, was damit gemeint ist. Wir fordern Sie daher auf, die Dinge beim Namen zu nennen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Herr Dr. Bendixen, ich möchte Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Dr. Peter Bendixen [CDU]:

Ich wollte gerade den letzten Satz sagen, Herr Präsident! – Ich möchte Ihnen das Angebot einer vernünftigen Kooperation machen. Dies erfordert, daß Sie Ihre Pläne offenlegen. Das ist bisher nicht geschehen. Wenn das der Fall ist, werden wir die politische Diskussion fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Das Wort hat der Herr Innenminister.

Dr. Hans Peter Bull, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Oppositionsführer und der Herr Abgeordnete des SSW haben zu Fragen der Innenpolitik Bemerkungen gemacht, auf die ich mit wenigen Worten eingehen möchte, wobei ich mich auf Fragen der Kommunalverfassung und auf die Regelanfrage beschränken möchte.

Herr Hoffmann, wenn Sie von der Beteiligung des Bürgers an der Kommunalpolitik sprechen, betonen Sie, daß es eine sinnvolle Beteiligung sein müsse. Darin stimmen wir natürlich voll zu. Was aber sinnvoll ist, das sollten doch, bitte schön, die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen selbst bestimmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten wegkommen von einem Verhältnis zwischen Staat und Kommunen, in dem das Land eine engherzige Aufsicht über die Kommunen ausübt, in dem Vorgaben etwa darüber gemacht werden, in welcher Form Bürger in der Gemeindevertretung Fragen stellen dürfen. Sie alle kennen den Streit um das Süseler Modell der Bürgerfragestunde und der **Bürgerbeteiligung an kommunaler Politik**. Ich denke, hier gilt es, einfach einmal die Tür für die Gemeindemitglieder zu öffnen, damit sie sehen können, wie es zugeht und was in den Gemeinden beschlossen wird.

Dabei gilt für mich nicht, was der Herr Abgeordnete Claussen neulich sagte, man müsse doch erst einmal in Kladde reden, wenn man sich in einem Ausschuß eine Meinung über kommunalpolitische Fragen bilde.

(Minister Dr. Hans Peter Bull)

Das sollte man vielmehr eigentlich schon vorher tun und dann im Ausschuß bereits eine Meinung haben und sie dort auch vertreten.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Das können auch nur Professoren sagen!)

– Ich habe da einige Erfahrungen, Herr Zwischenrufer.

Herr Hoffmann hat auch bemerkt, daß sich das kommunalpolitische Engagement wieder lohnen müsse. Darin lag für mein Gefühl ein – sicherlich unbeabsichtigter – falscher Zungenschlag. Wenn ich von „lohnender Kommunalpolitik" spreche, dann meine ich die Wendung „es lohnt sich" in dem Sinne, daß sich das **demokratische Engagement** selbst lohnt; diese Wendung war aber nicht etwa – wie jemand vielleicht hätte heraushören können – im Sinne des neokonservativen Mottos „Leistung muß sich wieder lohnen" gemeint. Kommunalpolitik ist ein Wert an sich. Wenn wir sie lebendiger gestalten, dann tun wir damit etwas für unsere ganze Grundordnung und für die Entwicklung der Demokratie.

(Beifall bei der SPD)

Zum **kommunalen Finanzausgleich** ließe sich hier natürlich leicht eine mehrstündige Rede halten. Ich möchte mir das versagen, zumal wir ja bald in den Diskurs mit den Verbänden darüber eintreten werden. Wir werden nicht alle Vorgaben in einer perfekten Form setzen und Ihnen, den Abgeordneten des Landtages, dann nur noch etwas zur Beschlußfassung vorlegen, sondern wir werden in eine Diskussion eintreten und schrittweise Lösungen entwickeln, die gerade in dieser schwierigen Frage angemessen sind.

Selbstverständlich werden wir in diese Überlegungen auch die Besonderheiten des **Landesteils Schleswig** einbeziehen, Herr Meyer. Gerade deshalb brauchen wir auch eine Fülle von Gesprächen und eine Menge Zeit für die Vorbereitung dieser Lösungen.

Ich bedanke mich sehr für die Unterstützung des SSW in verschiedenen Fragen, angefangen von den Sicherheitsgesetzen bis zur Abwehr unsinniger Privatisierungen. Ich möchte unterstreichen, was Sie gesagt haben: Bürgernutzen muß das oberste Kriterium der Innenpolitik sein!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die frühere Landesregierung hat noch zu einem Zeitpunkt, als die **Regelanfrage** im Bund längst abgeschafft war, diese Regelanfrage hier im Landtag ausführlich erläutert. Die konservative Bundesregierung hat inzwischen ausdrücklich versichert, sie habe nicht die Absicht, die Entscheidung der sozialliberalen Koalition vom Jahre 1979 – nämlich die Aufhebung der Regelanfrage – zu revidieren. Wir werden jetzt für dieses Land nachholen, was nur noch in vier anderen Ländern zu geschehen hat, nämlich die Abschaffung der regelmäßigen Anfrage beim Verfassungsschutz für die **Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst**.

(Beifall bei der SPD)

Für dieses Verfahren besteht weder rechtlich noch tatsächlich ein Anlaß. Die routinemäßige Überprüfung von Tausenden junger Menschen, die sich um eine Anstellung im öffentlichen Dienst beworben haben, hat verheerende Folgen für das Verhältnis dieser Menschen und vieler anderer zum Staat gehabt. Es ist allerhöchste Zeit, hier eine Wende herbeizuführen, eine geistig-moralische Wende, eine Änderung der Einstellung von Staat und Bürger zueinander.

(Beifall bei der SPD)

Die Bürgerinnen und Bürger, die sich um eine Mitarbeit im öffentlichen Dienst bewerben, haben einen Anspruch darauf, daß der Staat ihnen unbefangen und ohne Mißtrauen entgegentritt. Wir Sozialdemokraten gehen davon aus, daß diese Menschen nichts anderes wollen, als die gestellten Aufgaben gut zu erfüllen. Nur wenn ein Anlaß dazu besteht, ist nachzuforschen, ob man etwa befürchten muß, daß jemand seine Pflichten nicht erfüllen wird.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich wollen wir keine Lehrer, die die Kinder indoktrinieren oder ihnen gar einen Haß auf die bestehende Gesellschaftsordnung beibringen. Wir wollen keine Verwaltungsbeamten oder Richter, die ihre Stellung zur **Aushöhlung der Verfassung** mißbrauchen. Aber diese Gefahr besteht nur in sehr wenigen Fällen. Schon unter der Geltung der bisherigen Regelung hier in diesem Lande sind kaum noch Problemfälle aufgetreten. Im ganzen Jahr 1987 sind zwei Fälle in der Einstellungskommission behandelt worden. In einem Fall wurde eine Einstellung nach Abmahnung vorgenommen, im zweiten Fall erfolgte die Einstellung nach dem Einstellungsgespräch. Im Jahre 1988 hat es bisher nicht einmal solche sogenannten Kommissionsfälle gegeben.

Lassen Sie mich eine Bemerkung anfügen. Wenn man das System der Regelanfrage und die Prüfung aller Bewerber auf Herz und Nieren perfektionieren wollte, dann müßte man eigentlich auch bedenken, daß es eine andere Form von Extremisten – nämlich Leuten, die die Verfassung untergraben – gibt, das sind die, die als Mitglieder auch demokratischer Parteien ihre **Dienstpflichten** verletzen,

(Beifall bei der SPD)

zum Beispiel um die Macht der eigenen Partei zu sichern.

Überhaupt kann das schlechte Vorbild hoher staatlicher Funktionäre größeren Schaden für den Bestand der freiheitlichen Ordnung anrichten

(Beifall bei der SPD)

als zum Beispiel die Zugehörigkeit eines Sportlehrers oder eines Busfahrers zu einer extremistischen Partei.

Selbstverständlich wird Schleswig-Holstein nach Aufhebung der Regelanfrage nicht Zufluchtsort für diejenigen werden, die anderswo wegen begründeter – ich betone: begründeter – Zweifel an ihrer **Verfassungstreue** abgelehnt worden sind. Sofern tatsächliche Anhaltspunkte darauf hindeuten, daß ein Bewerber nicht die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ein-

(Minister Dr. Hans Peter Bull)

stellung erfüllt, werden wir diese Frage überprüfen. Wer sich etwa damit empfehlen wollte oder sich gar brüstet, daß er anderswo „aufgefallen" sei, muß selbstverständlich mit einer sorgfältigen Prüfung rechnen. Ich denke, daß Ihre Bedenken, Herr Hoffmann, damit voll ausgeräumt werden.

Wer noch mehr Sicherheit dagegen will, daß ja „kein Verdächtiger" in den öffentlichen Dienst hineingelangt, dem möchte ich sagen: Wenn wir nach dem Prinzip vorgingen, jegliches Risiko auszuschließen, dann müßten wir auch in vielen anderen Beziehungen flächendeckende und in die Tiefe der Seele eindringende Prüfungen vornehmen, ob etwa jemand zum Opportunismus oder ob er zur Parteilichkeit neigt. Denn auch das sind Verletzungen von Beamtenpflichten.

(Thomas Lorenzen [CDU]: Das werden wir ja bald sehen!)

Wir müßten prüfen, ob der Bewerber voraussichtlich noch in 20 Jahren – wenn er jetzt in den öffentlichen Dienst eintritt, hat er noch lange Zeit vor sich – seinen Dienst mit „voller Hingabe" erfüllen wird, wie es das Beamtengesetz sagt.

(Fritz Latendorf [CDU]: Teilzeitbeamte!)

Wir müßten die **Gesinnung** eines jeden und einer jeden einzelnen überprüfen und würden damit genau das Gegenteil von dem tun, was ein freiheitlicher Staat mit seinen Bürgerinnen und Bürgern tun darf.

Die Regelanfrage beim Verfassungsschutz ist kein Beweis für Stärke des Staates,

(Beifall bei der SPD)

sondern ein bedauerliches Zeichen von Schwäche. Wer diese Praxis aufrechterhalten will, übersieht auch, wie vielfältig die **Kontrollen** über die **Mitarbeiter im öffentlichen Dienst** sind.

Ich meine, daß zum Beispiel Lehrer höchst intensiv von den Eltern der Schüler kontrolliert werden, daß die Gesellschaft und insbesondere die Medien Verwaltung und Justiz erfreulich kritisch beobachten und daß auch die disziplinarische Selbstkontrolle der Verwaltung im Prinzip durchaus ausreichend funktioniert. Wir sollten endlich das gebotene Selbstvertrauen aufbringen und nach dem Beispiel vieler europäischer Nachbarn auf Extremismus und Radikalismus mit mehr Gelassenheit reagieren.

(Beifall bei der SPD)

Ein letztes Wort, meine Damen und Herren. Die Legende geht, daß wir Deutschen durch die Geschichte der **Weimarer Republik** geradezu verpflichtet seien, den administrativen Verfassungsschutz zu perfektionieren. Die Legende, daß Weimar an zu schwacher staatlicher Reaktion auf den politischen Extremismus gescheitert sei, wird immer wieder verbreitet. Aber sie ist ausgesprochen problematisch.

(Beifall bei der SPD)

Wie standen denn damals die herrschenden Schichten, vor allem das Beamtentum und die Richterschaft, zu der neuen republikanischen Ordnung?

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Wie ernst nahm der gewählte Reichspräsident seine Pflicht, den Staat vor dem Nationalsozialismus zu bewahren?

(Günter Neugebauer [SPD]: Und die Reichswehr!)

Hätte die systematische Überprüfung aller Beamtenanwärter nach deutschem Perfektionismus und nach dem Muster des Extremistenerlasses die Wahlerfolge der extremen Rechten verhindern können? Noch so umfassende verwaltungsmäßige Kontrollen, meine Damen und Herren, müssen erfolglos bleiben, wenn die demokratische Grundordnung nicht im Volke verankert ist. Wir bauen darauf, daß dies heute so ist, daß wir in einer stabilen Demokratie leben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Alfred Schulz:

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Björn Engholm, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige abschließende Bemerkungen, die zugleich Antwort auf einige der Beiträge sind, die aus den Reihen – auch ich muß mich noch daran gewöhnen – der Opposition gekommen sind.

(Heiterkeit)

Ich habe insbesondere die Beiträge von Herrn Kollegen Hoffmann, Herrn Kribben und Herrn Bendixen aufmerksam verfolgt und festgestellt – ich habe Verständnis dafür –, daß die Annahme dieser neuen und ungewohnten Rolle für sie erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringt. Sie neigen wie in der Vergangenheit – weil der Übergang zum Rollenmuster der Opposition noch nicht vollzogen wurde – zu einer für mich erstaunlichen Verdrängung der Wirklichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Ich muß, weil es die Arbeit des ganzen Hauses bis in die letzten Winkel des Finanzausschusses hinein bestimmen wird, einige Dinge noch einmal in Erinnerung rufen. Ich bitte bei dieser Gelegenheit, daß Sie dazu, wenn Sie wollen, noch etwas detaillierter Stellung nehmen.

Ich habe heute morgen die **Verschuldung** erwähnt. Sie wächst von 1987 bis 1990 von 17 Milliarden auf 21 Milliarden DM, ohne daß wir als neue Regierung oder Mehrheitsfraktion auch nur ein einziges Projekt selbst eingebracht hätten. Die Pro-Kopf-Verschuldung in Schleswig-Holstein beträgt rundgerechnet 6500 DM. Im Durchschnitt aller Flächenländer beträgt sie 4600 DM. Die Pro-Kopf-Neuverschuldung lag im letzten Jahr in Schleswig-Holstein bei 410 DM. Im

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Durchschnitt der Flächenländer waren es 270 DM. In diesem Land sind es also 150 % mehr.

(Hans Buhmann [CDU]: 50 % mehr!)

– Entschuldigung: 50 % mehr!

Die Zinsausgabenquote beträgt 10,4 %. Der Durchschnitt aller anderen Flächenländer liegt bei 8,1 %.

Es gibt im Finanzministerium einen Vermerk, der nicht aus unserer Regierungszeit stammt, der Ihnen in dramatischer Form gesagt hat, wo Sie uns hingeführt haben. Ich hätte erwartet, daß Sie heute zu dieser Verantwortung hier expressis verbis gestanden hätten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Mir scheint, Sie haben nicht begriffen, daß Sie mit dieser Finanzpolitik, deren bedrohende Details wir erst jetzt entdecken, weite Teile der Zukunft verbaut haben, Lasten für junge Leute aufgetürmt haben, für die der Begriff „Erblast", den Sie einmal geprägt haben, viel zu schwach ist. Ich sage Ihnen: In diesen Fragen können wir Sie aus Ihrer Verantwortung nicht davonkommen lassen. Wir werden es auch nicht tun.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe unsere Regierungserklärung heute so angelegt, daß niemand, der sie nüchtern hört oder nachliest, sie im wirtschaftspolitischen Teil als etwas anderes als einen Appell zur **Kooperation mit der Wirtschaft** des Landes verstehen kann. Wenn der Kollege Hoffmann daraus herausliest, daß das Klima schlechter würde, dann brauche ich mich nicht auf den Vorsitzenden der Arbeitgeberverbände dieses Landes zu beziehen. Der Text dieser Erklärung gibt eine solche Unterstellung nicht her.

Ich kann verstehen, daß Herr Kollege Kribben über manches enttäuscht ist, und ich kenne Ihre Denkmuster. Die große Hoffnung, hier kämen jetzt zähnefletschende Sozialdemokraten mit dem Messer quer im Gebiß, werden wir Ihnen in den kommenden vier Jahren nicht erfüllen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Thomas Lorenzen [CDU]: Wo habt ihr das bloß gelernt?)

Mein Kabinettskollege Dr. Froschmaier hat schon darauf hingewiesen, warum es nötig war, mehrfach in der Regierungserklärung den Begriff „Konzept" zu verwenden. Ich kenne natürlich Ihre historische Abneigung gegen Konzepte, aber in einem Lande, in dem auf dem Gesamtgebiet der Ökonomie so gut wie keine **Konzepte** vorhanden sind, muß man, wenn man eine Chance bei langfristigen und tiefgreifenden Wandlungen haben will, gelegentlich konzeptuell, das heißt auch perspektivisch denken.

(Beifall bei der SPD)

Da vermag ich dem Kollegen Hoffmann nicht zu folgen. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, hat er gesagt, daß da keine Planungen vorlägen, das sei der eigentlich höhere Ausdruck von Freiheit und Liberalität.

(Lachen bei der SPD – Thomas Lorenzen [CDU]: Das ist falsch zitiert!

Ich sage Ihnen nur: Wer die **Infrastruktur** dieses Landes nicht plant, wird keine Basis für die Attraktivität von Industrieansiedlungen haben.

(Beifall bei der SPD)

Wer dem kleinen Mittelständler, besonders dem innovativen, wo der Chef und die Chefin selbst mitarbeiten, nicht an die Hand geht und sagt, wir helfen euch bei neuen technologischen Möglichkeiten – etwa bei der Vermittlung nach draußen oder beim Kontakt mit den Hochschulen; das ist ein Konzept –, der wird den **Mittelstand** nicht dahin bekommen, wohin er selbst gern mit seinen kreativen Kräften möchte. Wer nicht Wege ins Ausland ebnet – hier meine ich insbesondere das Ausland rund um die Ostsee –, der wird die Kooperationsmöglichkeiten, Joint Ventures, wie etwa das Saarland sie schon hinbekommen hat, nicht schaffen. Das heißt, es muß in diesem Land wieder konzeptuell gedacht werden. Wer es nicht tut, gibt uns dem Untergang preis, wenn Sie es so blumig wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mich beim Thema **„Verkehr"** zu Ihren Gunsten und Nutzen und Frommen sehr zurückgehalten und habe nur darauf hingewiesen, daß wir eine gemeinschaftliche Struktur brauchen, an der Bund und Land mitwirken müssen, damit dieses Land seine **Brückenfunktion in Europa** erfüllen kann.

Wenn Sie eine Auseinandersetzung über die Verkehrspolitik wollen, dann können Sie sie jetzt mit mir aus dem Stegreif führen. Dann bitte ich, daß Ihr Sprecher hierherkommt und mir sagt, in wie vielen Kreisen Sie Konzepte für einen funktionstüchtigen öffentlichen Personennahverkehr gemacht haben. Sagen Sie es mir!

(Beifall bei der SPD)

Und dann reden wir über den Rückzug der Bundesbahn aus der Fläche, der nicht in unserer Verantwortungszeit stattgefunden hat und der jetzt mit der Schließung von Güterbahnhöfen weitergeht.

(Beifall bei der SPD)

Und dann reden wir über die Frage, was diese Regierung mit dem Bund versucht hat, um eine Referenzstrecke Transrapid als Anschluß nach Schleswig-Holstein zu bekommen.

Ich könnte Ihnen die ganze Palette aufführen, weil ich mich da mittlerweile recht gut auskenne. Es war zu Ihrem Nutzen, daß ich mich bei der Verkehrspolitik auf einen gemeinsamen Appell – auch an Sie gerichtet – beschränkt habe. Denn was ich an Bilanz hätte ziehen müssen, ist nicht gerade erfreulich für Sie.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsident Björn Engholm)

Bei der **Energiepolitik** hat der Kollege Jansen bereits einige, wie ich finde, aufhellende und aufklärende wichtige Hinweise gegeben. Ich will das nur noch einmal unter dem Strich summieren. Ich habe bei beiden Rednern, die dieses Thema besetzt beziehungsweise gestreift haben, die Vorstellung einer **Alternative zu Strom aus Atomkraftwerken** vermißt. Selbst wenn man sagt, wir müssen noch eine längere Zeit, als meine Fraktion und meine Regierung es meinen, mit Atomkraft leben, muß man doch schon heute anfangen zu sagen, wo die Alternativen sind.

(Günter Neugebauer [SPD]: So ist es!)

Der Vorlauf muß auch bei Ihnen heute schon geplant werden.

(Beifall bei der SPD)

Und da ich gar keine Alternativen gehört habe – als Sie früher noch in meiner Position hier standen, haben Sie immer gefragt, wo die Alternativen der Opposition sind –, werden Sie es mir abnehmen, wenn ich davon ausgehe, daß Sie keinen Ansatz einer Alternative geboten haben, daß Sie weder den Mut zu Alternativen noch die Ideen für Alternativen haben.

(Beifall bei der SPD)

Und das heißt vorrangige Bejahung der Atomkraft, und das kann nicht befriedigen, weil es, wenn ich mich recht erinnere, weniger ist, als wir im Wahlkampf bei mancher öffentlichen Debatte miteinander erörtert haben. Es ist ein Rückfall in die puren Atomkraftpositionen der Vergangenheit, und das kann nicht der Weg sein, Herr Kollege Hoffmann, den Sie gehen möchten.

(Thomas Lorenzen [CDU]: Das hat er nicht gesagt!)

Lassen Sie mich noch meiner Überraschung Ausdruck verleihen, daß der Kollege Kribben eine Meinungsumfrage so aus dem Ärmel schüttelt und diese Meinungsumfrage zum Kronzeugen gegen das demokratische Votum von Wählerinnen und Wählern in Schleswig-Holstein macht.

(Beifall bei der SPD)

Dabei weiß doch jeder – oder muß es zumindest ahnen –, daß das Thema **Ausstieg aus der Atomenergie** oder Verweilen in der Atomenergie das beherrschende Thema des September-Wahkampfes 1987 und des April/Mai-Wahlkampfes 1988 gewesen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Kribben [CDU])

Neben der Frage nach der Atomkraft hat es bei Ihnen doch ausschließlich nur noch die Gesamtschulfrage gegeben, und in beiden Fragenn besitzt diese Regierung heute ein demokratisches Legat, das sie nutzen muß, sonst würde sie dieses Wählervotum mißachten.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte mich bei der **Gesamtschulfrage** nicht auf die alte Art der Unterstellung einlassen, von der ich traditionell weiß, daß Sie sie gut beherrschen, Herr Dr. Bendixen. Einen Satz von Karl Otto Meyer, von dem ich nicht weiß, wie er ihn und an wessen Adresse er ihn gesagt hat, mir zu unterschieben und ans Hemd zu kleben, immer nach dem Motto, das wir in den letzten Jahren häufig erlebt haben, „es bleibt immer etwas hängen" – darauf lasse ich mich bestimmt in Zukunft nicht ein.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Ich denke aber, daß der Herr Kollege Dr. Bendixen sein von ihm verantwortetes **Schulgesetz** so gut kennt, daß er weiß, daß, wenn heute ein Antrag kommt, der den Bedingungen des Elternwahlrechts entspricht und von einem Schulträger eingebracht wird – die Bedingungen dafür sind in meiner Rede wohlweislich formuliert –,

(Zustimmung bei der SPD)

damit eine Gesamtschule zustande kommt, die nicht den Anspruch haben kann, den sie vielleicht später nach der Reform des Schulgesetzes bekommen kann, nämlich Regelschule zu sein. Das heißt, Anträge, die heute zur Prüfung bei uns ankämen, würden mit einem schlechteren Status vorliebnehmen müssen. Es wäre nur aufgrund des Wählerinnen- und Wählervotums nicht redlich, denen, die heute und damit früher kommen, jedwede Chance abzuschneiden. Deshalb lassen wir uns auf der Basis des von Ihnen damals mehrheitlich verabschiedeten Gesetzes darauf ein, so zu verfahren.

(Fritz Latendorf [CDU]: Also doch!)

Es ist bei einer Gelegenheit der **Justizminister** wegen seiner kontroversen Haltung zum Bundesverfassungsgericht gescholten worden. Die Rücknahme der Ermahnungen von 35 **Lübecker Richtern und Staatsanwälten** steht nicht im Widerspruch zu der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Juni 1988. Fest steht, daß der Ausspruch der Ermahnungen damals rechtmäßig gewesen ist, ebenso wie die Rücknahme der Ermahnungen rechtmäßig ist, was von niemandem bestritten wird.

(Beifall bei der SPD)

Gestatten Sie mir ein Zitat: „Der Lübecker Richterverein begrüßt das." Und ich begrüße es auch.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Peter Aniol [CDU] – Thomas Lorenzen [CDU]: Das ist eine ganz neue Methode!)

Meine Damen und Herren, Sinn und Ziel unserer Regierungspolitik, wie ich sie heute morgen dargestellt habe, sind von Ihnen nur ansatzweise gesehen worden.

(Klaus Kribben [CDU]: Na, na!)

Wir haben in den kommenden Jahren die Hauptaufgabe, in unserem Lande etwas zustande zu bekom-

(Ministerpräsident Björn Engholm)

men, was wir seit Jahren als **Toleranz** und **Liberalität** beschrieben haben. Und ich füge hinuzu: **geistige Offenheit**. Diese Regierungserklärung – Sie werden das beim sorgfältigen Nachlesen sehen – eröffnet Chancen für die Menschen, sehr viel mehr und sehr viel selbständiger und selbstbewußter über sich zu entscheiden, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Unser Vorschlag zur Reform der kommunalen Verfassung, unser Votum, den Radikalenerlaß abzuschaffen, die Einrichtung einer Denkfabrik mit unabhängigem Sachverstand, die Einrichtung einer Konzertierten Aktion zwischen Gewerkschaften, Spitzenunternehmern und Regierung, mehr pädagogische Freiheit in den Schulen, die Schaffung von Voraussetzungen für die Kulturfähigkeit all jener, die bisher von großen Produkten der Kultur noch nicht erreicht worden sind – das ist der eigentliche Umbruch, den wir in diesem Lande wollen.

Ich sage Ihnen: Sie haben komische Konzepte, die Sie Deregulierung nennen. Sie wollen den Staat immer dort sich zurückziehen lassen, wo die Schwächeren letztlich darunter leiden. Wir machen das richtige Konzept von Deregulierung. Wir vertrauen mehr auf die Kraft der einzelnen denn auf die Obrigkeitlichkeit des Staates auf all den Feldern, die ich genannt habe. Dies ist ein Stück neuer Liberalität für Schleswig-Holstein, von der die Menschen ihr Gutes haben werden.

(Beifall bei der SPD)

Daß Sie dies nicht verstehen können, verstehe ich hinwiederum sehr gut. Eine Partei, die so war wie die CDU in den letzten 38 Jahren, ein Staat, der so stark von dem Verständnis dieser einen Partei abhängig war, werden den Aufbruch in geistiger Offenheit so schnell nicht verkraften können. Gleichwohl stehen wir bereit, Ihnen dafür die Hand zu reichen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, vieles, was wir heute gehört haben, klang noch sehr nach der alten CDU.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

– „Uralt" haben Sie gesagt, wenn ich es richtig gehört habe. Ich habe von der alten CDU gesprochen. – Es kann sich auch nicht anders darstellen. So, wie wir eine Zeitlang mit dem Charakter der alten CDU vorliebnehmen müssen, werden Sie eine Zeitlang darauf warten müssen, bis nach 38 Jahren Regierungszeit der CDU unsere Regierung so Fuß gefaßt hat, daß sie alles das erfüllen kann, was Sie als Opposition zu Recht von ihr fordern.

(Thomas Lorenzen [CDU]: Das werden Sie nie schaffen!)

Der frühere Bundespräsident Heinemann hat einmal sinngemäß gesagt: Wer die Zukunft erobern will, muß marschbereit sein. Ist er es nicht, wird er auch das verlieren, was er zu bewahren vorgibt. – Das wollen wir: marschbereit, beweglich sein, die Zukunft erobern. Ich denke, es wäre gut, wenn Sie von der Opposition dabei mitmachten und vielleicht noch einen Schritt zulegen würden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Karl Otto Meyer [SSW])

Vizepräsident Alfred Schulz:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Tagesordnungspunkt 2 ist damit erledigt.

Die Fraktionen sind übereingekommen, die Tagesordnungspunkte 3 und 4 heute nicht zu behandeln.

Ich rufe deswegen jetzt den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Zustimmung gemäß Artikel 29 der Landessatzung

Antrag der Landesregierung
Drucksache 12/13

Wird das Wort zur Begründung gewünscht?

(Abgeordneter Klaus Kribben [CDU] meldet sich zu Wort)

Ich erteile der Frau Finanzministerin das Wort.

Heide Simonis, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war nicht ganz sicher, ob zuerst die Regierung oder das Parlament das Rederecht hat. Herr Kribben hatte sich zu Wort gemeldet. Deswegen habe ich einen Moment gezögert.

Wir bitten Sie heute gemäß Art. 29 der Landessatzung um Zustimmung dazu, daß einigen Damen und Herren des Kabinetts **Aufsichtsratsmandate** übertragen werden. Art. 29 der Landessatzung – eine nahezu wörtliche Übernahme von Art. 66 des Grundgesetzes – besagt, daß Mitglieder der Landesregierung nur mit Zustimmung des Landtages dem Aufsichtsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören dürfen. Die Landesregierung hat den Ihnen vorliegenden Antrag gestellt, zu dem ich einige Bemerkungen machen möchte.

Frühere Landesregierungen haben die Auffassung vertreten, **Unternehmen in der Rechtsform des öffentlichen Rechts** seien grundsätzlich nicht auf Erwerb ausgerichtet, so unter anderem auch der frühere Ministerpräsident Dr. Stoltenberg, der in der 49. Landtagssitzung, die übrigens, wenn man dem Protokoll glauben darf, relativ stürmisch, wenn nicht sogar chaotisch gewesen sein muß, am 13. November 1973 diese Auffassung dargelegt hat.

(Karl Otto Meyer [SSW]: Das war Stoltenberg?)

– Herr Dr. Stoltenberg ist natürlich nie chaotisch, aber die Sitzung war chaotisch.

Die gegenteilige Ansicht der SPD-Fraktion wurde damals nicht akzeptiert. Dabei ist diese Ansicht, wie die Auslegung des Art. 29 der Landessatzung nach Wortlaut und Sinn eindeutig ergibt, wie durch ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages und wie durch den Direktor beim Landtag festgestellt, durchaus richtig. Es kommt nämlich nicht

(Ministerin Heide Simonis)

auf das rechtliche Kleid an, sondern auf die wirtschaftliche Betätigung des Unternehmens. Daher waren die Mandate der Mitglieder der Landesregierung bei der **Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale** und der **Wohnungsbaukreditanstalt** in den vorgelegten Antrag aufzunehmen. Hier treffen sich das Recht der Landessatzung und das Streben der neuen Landesregierung nach mehr Offenheit gegenüber dem Landtag. Wir wollen Sie an unseren Entscheidungen teilhaben lassen.

Aus diesem Grunde sind alle beabsichtigten Mandate von Mitgliedern der Landesregierung in den Antrag aufgenommen worden, selbst wenn zweifelhaft sein kann, ob es sich um ein Erwerbsunternehmen handelt beziehungsweise ob es beaufsichtigt werden soll. Dabei ist vor allem an die **Programm Nord GmbH** zu denken, die im wesentlichen Landesmittel zur Förderung der Agrarstruktur verausgabt und vielleicht schon aus diesem Grunde nicht als ein Erwerbsunternehmen betrachtet werden kann.

Alle Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsmandate dienen der **Förderung der Landesinteressen** in den Unternehmen, wie Art. 29 es vorschreibt. Es genügt nämlich nicht, in den Hauptversammlungen, Gesellschafterversammlungen oder Gewährsträgerversammlungen einmal im Jahr sozusagen im Eilverfahren den Jahresabschluß zur Kenntnis zu nehmen und dann über die Entlastung abzustimmen. Die permanente Aufsicht und wesentliche Personalentscheidungen sind in den Aufsichtsorganen angesiedelt und sollten dort kontrolliert werden. Die Landesinteressen erschöpfen sich nicht darin, das eingelegte Kapital im Sinne des Satzungszweckes durch die Vorstände verwalten zu lassen. Die Landesregierung hat vielmehr ein herausragendes Interesse, die Landesbank zum Beispiel als einzige große Bank in Schleswig-Holstein im Sinne eines Instrumentes der Stützung heimischer Unternehmen zu fördern und hier zu halten.

Auch die Umsetzung der Wohnungspolitik durch die Wohnungsbaukreditanstalt bedarf der ständigen Begleitung durch die Landesregierung. Ähnliches gilt übrigens auch für alle anderen in unseren Antrag aufgenommenen Mandate.

Die Tätigkeit in den Aufsichtsorganen hat auch eine Kehrseite. Die Unternehmen suchen mit guten Gründen den engen Kontakt zur Landesregierung, deren Interessen sie zu berücksichtigen haben. Die Sitzungen der Aufsichtsorgane sind erfahrungsgemäß - hier spreche ich, glaube ich, wirklich aus Erfahrung - ein guter Ort für einen Meinungsaustausch. Manche nennen es ein „Frühstückskartell". Mit der Bestellung erlangen die Mitglieder der Landesregierung die Eigenschaft eines Organmitglieds der Unternehmen. Sie sind dann persönlich dem Wohl des Unternehmens verpflichtet. Andererseits sollen sie natürlich die Interessen des Landes und des Landtages berücksichtigen. Theoretisch kann es hier zu Konflikten kommen. Ich gehe jedoch davon aus, daß keine unlösbaren **Interessengegensätze** zwischen den Unternehmen und der Landesregierung und dem Landtag entstehen. Sollte dies doch der Fall sein, muß es zu einer neuen Diskussion, zu neuen Abstimmungen, zu neuen Vorschlägen hier kommen.

Der Antrag geht von den bestehenden Satzungen der Unternehmen aus. Dort sind zum Teil **Mitglieder der Landesregierung** kraft Amtes in den Aufsichtsorganen vorgesehen, zum Beispiel bei der Landesbank und bei der Wohnungsbaukreditanstalt. Bei den anderen Unternehmen ist anknüpfend an die bisherige Besetzung verfahren worden, also Amtsnachfolge vorgesehen. Die Aufsichtsorgane müssen sehr schnell besetzt werden, um sie funktionsfähig zu halten und um auch nicht bestimmte Fristen verstreichen zu lassen. Es wird jedoch - dies darf ich zum Abschluß noch einmal ausdrücklich feststellen - zu prüfen sein, ob nicht einige Aufsichtsorgane anders als mit Ministern besetzt werden sollen und können.

(Präsidentin Lianne Paulina-Mürl übernimmt den Vorsitz)

Zu dieser Prüfung wird natürlich auch gehören, ob in jedem Anfall - -

(Lachen bei der CDU)

- das war nicht Sigmund Freud; ich war schon eine Zeile weiter -, ob in jedem Fall, der im Antrag enthalten ist, tatsächlich ein Mitglied der Landesregierung in die Aufsichtsorgane entsandt werden muß oder ob dort nicht genausogut Beamte Rechte und Pflichten für das Land wahrnehmen können.

Ich danke Ihnen und bitte Sie um Ihre Unterstützung und Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kribben.

Klaus Kribben [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion bittet darum, über den achten Spiegelstrich des Antrages gesondert abstimmen zu lassen. Er betrifft die Zustimmung des Landtages dazu, daß der Minister für Soziales, Gesundheit und Energie, Herr Jansen, zukünftig dem **Aufsichtsrat der HEW** angehören soll.

(Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir halten dies nicht für richtig, weil nach unserer Auffassung hier ein Interessenkonflikt vorprogrammiert ist.

(Beifall bei der CDU)

Als Aufsichtsratsmitglied hat Herr Jansen nach dem Aktiengesetz Mitverantwortung für das wirtschaftliche Wohlergehen des Unternehmens zu tragen. Er hat sich - jetzt zitiere ich einmal den heutigen Justizminister - für den geschäftlichen Erfolg des Unternehmens mit vollem Engagement einzusetzen. So haben wir es im Jahre 1986 hier gehört. Ich unterstreiche das.

Meine Damen und Herren, es ist deshalb sicherlich schon problematisch, wenn jemand, dessen erklärtes politisches Ziel es ist, möglichst schnell aus der

(Klaus Kribben)

Nutzung der Kernenergie auszusteigen, gerade im Aufsichtsrat eines Unternehmens Mitglied wird, das an drei Kernkraftwerken in Schleswig-Holstein eigentumsmäßig beteiligt ist.

Aber praktisch unüberwindbar wird dieser Interessenkonflikt, wenn dieser engagierte Kernkraftgegner gleichzeitig auch noch Chef der **Genehmigungsbehörde** für die schleswig-holsteinischen **Kernkraftwerke** ist und damit auch für einen eventuellen Widerruf der Betriebsgenehmigung zuständig wäre.

(Zuruf von der SPD)

Laut Presseberichten hat Herr Jansen einen solchen Interessenkonflikt verneint; dies mit der Bemerkung, der Ausstieg würde nach „Recht und Gesetz" erfolgen. Das zu hören, ist sicherlich tröstlich, meine Damen und Herren, trifft aber nicht den Kern der Sache; denn es bleibt auch dann vor dem Hintergrund der energiewirtschaftlichen Konsequenzen in erster Linie eine politische Frage, welche Maßnahmen zum **Ausstieg aus der Kernenergie** getroffen werden sollten – wie übrigens jetzt auch die Regierungserklärung dankenswerterweise ausdrücklich noch einmal feststellt.

Zur Begründung der geplanten Entsendung von Herrn Jansen wird weiter darauf hingewiesen, daß der Staatssekretär a.D. Hans Nebel bisher im Aufsichtsrat der HEW gesessen und dort die Interessen der schleswig-holsteinischen Landesregierung wahrgenommen habe. Dazu muß ich sagen, meine Damen und Herren, dieser Vergleich erinnert mich in der Tat an eine Bestimmung aus der alten deutschen Kakao-Verordnung, in der es bekanntlich einmal hieß: „Weihnachtsmänner im Sinne dieser Verordnung sind auch Osterhasen". Ich will damit sagen: Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen.

(Zuruf von der SPD: Oh, oh!)

Herr Nebel war zu keinem Zeitpunkt Aufsichts- oder Genehmigungsbehörde für die schleswig-holsteinischen Kernkraftwerke,

(Beifall bei der CDU)

und Herr Nebel hatte auch zu keinem Zeitpunkt über die Strompreise der HEW im Bereich der Tarifkunden mitzuentscheiden.

Dieselbe Argumentation gilt übrigens für die Entsendung von Herrn Dr. Biermann und von Herrn Dr. Westphal in den Aufsichtsrat der PREAG. Hinzu kam – meine Damen und Herren, ich dachte, die Finanzministerin würde uns vielleicht insofern noch eine Brücke bauen –, daß wir und die Landesregierung damals ausdrücklich gesagt hatten, wenn es im Falle von Herrn Dr. Biermann zu Interessenkonflikten kommen sollte, würden die entsprechenden Entscheidungen nicht durch den Minister, sondern durch seinen Staatssekretär getroffen werden. Wir haben einen solchen Hinweis heute von Ihnen nicht gehört. Ich denke deshalb, Herr Ministerpräsident, die Landesregierung wäre gut beraten, wenn sie ein anderes Kabinettsmitglied, das nicht Genehmigungsbehörde ist, in den Aufsichtsrat der HEW entsenden würde. Wenn das nicht geschieht, sehen wir uns nicht in der Lage, unsere Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wellmann.

Peter Wellmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landessatzung sieht in Art. 29 ausdrücklich die Möglichkeit vor, daß **Mitglieder der Regierung** dem Aufsichtsrat von auf Erwerb gerichteten Unternehmen angehören können. Diese Regelung macht Sinn, weil damit sichergestellt werden soll, daß der zuständige Minister in solchen Vertretungen ausschließlich dem Wohle des Landes verpflichtet ist. Dies zu prüfen – und allein das –, ist die Aufgabe des Landtages, also unsere Aufgabe.

Die zentrale Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, müssen wir politisch entscheiden. Politische Entscheidung bedeutet hier, ob durch die Entsendung des **Ministers für Soziales, Gesundheit und Energie** dem Wohl des Landes gedient wird. Es geht also darum, ob er die Interessen des Landes im **Aufsichtsrat der HEW** wahrnimmt. Dies allein muß unser Maßstab für die parlamentarische Entscheidung sein.

(Karl Eduard Claussen [CDU]: Haben Sie einmal das Aktiengesetz gelesen?)

– In der Ruhe liegt die Kraft. Regen Sie sich ab. Stellen Sie eine Zwischenfrage.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh! – Weiterer Zuruf von der CDU: Gilt das auch für Ihre Kollegen, wenn die reden?)

– Regen Sie sich doch nicht so auf.

Die SPD-Fraktion sieht gerade in der Entscheidung, den für Energiefragen zuständigen Minister in den Aufsichtsrat der HEW zu entsenden, diesen Maßstab, den ich eben dargelegt habe, gewährleistet.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen auch sagen, warum. Wer denn anders als Günther Jansen macht durch seine Bereitschaft, das Aufsichtsratsmandat anzunehmen, deutlich, daß diese Regierung ihre **energiepolitische Konzeption** nicht nur von außen umsetzen will, sondern in die Höhle des Löwen geht und dort bereit ist, Verantwortung für das Land und für das Unternehmen zu übernehmen?

(Thomas Lorenzen [CDU]: Der übernimmt sich ja!)

Wer außer Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, behauptet denn, daß die energiepolitische Umorientierung gegen die **Interessen der Energieversorgungsunternehmen** und der HEW ist?

(Beifall bei der SPD)

(Peter Wellmann)

Momentaufnahmen sagen doch noch nicht, daß nicht auch Energieversorgungsunternehmen in kernenergielosen energiepolitischen Landschaften unternehmerisch interessante Aspekte entdecken können.

(Beifall bei der SPD)

Dafür, diesen Prozeß zu beschleunigen und die HEW und andere Energieversorgungsunternehmen als Partner für eine Umorientierung zu erhalten, ist diese personelle Entscheidung mehr als nur ein symbolischer Akt. Diese Regierung drückt sich nicht vor der Verantwortung und den mit Sicherheit zu erwartenden Reibungsverlusten auf diesem energiepolitischen Weg.

Die SPD-Landtagsfraktion hat sie dabei an ihrer Seite, aber, meine Damen und Herren von der CDU, nicht nur uns, sondern zum Beispiel auch die Interessenvertretung der Arbeitnehmer in den Energieversorgungsunternehmen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die energiepolitischen Beschlüsse des 11. Ordentlichen Gewerkschaftstages der **Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr** vor wenigen Tagen in Hamburg.

(Zurufe von der SPD: Sehr gut! Sehr richtig!)

In einem mit großer Mehrheit von den Delegierten dort beschlossenen Antrag heißt es – ich zitiere daraus mit Genehmigung der Präsidentin –:

„Der 11. ÖTV-Gewerkschaftstag fordert eine Umorientierung der Energiepolitik, die eine Energieversorgung ohne Kernenergie ermöglicht und beschleunigt."

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

– Entschuldigen Sie, genau da sind Sie ja wieder im Irrtum. Bei uns, bei der Gewerkschaft, herrscht Demokratie. Der Vorsitzende bestimmt das nicht allein.

(Beifall bei der SPD)

Das zeigt nur, daß Sie nicht organisiert sind, werter Herr Kollege. Kommen Sie einmal gelegentlich vorbei, dann lernen Sie die demokratischen Prozesse bei der Gewerkschaft.

(Heiterkeit bei der SPD)

Unter Berücksichtigung der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, der bisher ungelösten Entsorgungsfrage, des verbleibenden Restrisikos bei der Stromerzeugung durch Kernspaltung sowie nach Abwägung ökonomischer, ökologischer und ethischer Aspekte stellt die ÖTV fest: Ein Umsteuern ist nötig, damit der Verzicht auf Kernenergie so rasch wie möglich realisiert werden kann. Dazu beauftragt sie ihren Hauptvorstand, insbesondere die Regierungen aufzufordern, in allen Bereichen aktiv zu der Beschleunigung dieses Prozesses beizutragen. Da halte ich es für sehr konsequent, wenn eine Regierung dann zur Beschleunigung dieses Prozesses den dafür verantwortlichen Minister auch in den Aufsichtsrat eines Energieversorgungsunternehmens entsendet.

(Beifall bei der SPD)

Sehen Sie, wenn Sie diese Faktoren berücksichtigen, dann sind das schon eine ganze Reihe relevanter Bereiche, die für diese Entscheidung sprechen. Die Bürger Schleswig-Holsteins, die Landesregierung, die SPD-Landtagsfraktion, die ÖTV sind eine nach meiner Ansicht ernst zu nehmende positive Begleitung unseres energiepolitischen Weges.

(Zuruf von der CDU: Nur die Landessatzung ist dagegen!)

– Nu tövt doch mol af! – Da, meine Damen und Herren, bewegen Sie sich langsam, aber sicher ins politische Abseits. Die alten Parolen vom Untergang des Abendlandes oder davon, daß die Lichter ausgehen, oder andere energiepolitische Ammenmärchen vermögen weder die Bevölkerung noch die Arbeitnehmer zu verunsichern. Auch die Unternehmer sind längst nicht alle durch Ihre Untergangstheorie zu verunsichern. Im Gegenteil! Im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, haben schon viele Unternehmen begriffen, welche Chancen in einer neuen ökologisch und sozial vertretbaren Energieversorgung liegen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Was heißt das konkret?)

– Das kann ich Ihnen gleich erläutern, wenn Sie es wollen. Aber gedulden Sie sich noch eine Minute. Dann bin ich soweit.

Das gilt zum Beispiel auch – man höre und staune – für die **Schleswag**. Meine nordfriesischen Kollegen Aniol und Paulsen wissen, daß wir am 1. Juli, am kommenden Freitag, ein **energiepolitisches Konzept** des Kreises Nordfriesland unter Federführung der Schleswag beraten und verabschieden werden, das sich im Kern nur damit auseinandersetzt, wie wir regenerative, additive und Einsparungstechniken in einer Region konkretisieren können. Die Schleswag ist da sehr aktiv. Ich finde, das ist ein erstes Zeichen, wie ein Energieversorgungsunternehmen den Einstieg in den Ausstieg angeht.

(Beifall bei der SPD)

Da lassen wir mal die Vorstandserklärungen im Rahmen irgendwelcher anderer Anlässe außenvor.

Unternehmen der metallverarbeitenden Industrie, Werften und andere mittelständische Betriebe warten längst darauf, daß sie eine Marktperspektive für eine Umorientierung bekommen, um mit der Produktion in diesen Bereichen im übrigen interessante und innovative Arbeitsplätze anzubieten. Gelegentliche Besuche auf einer Werft werden Ihnen das bestätigen.

(Thomas Lorenzen [CDU]: Das hat doch nichts mit dem Antrag zu tun!)

Dies wird deutlich machen, was möglich ist, wenn man nur will. Daher ist es nur konsequent – und das sage ich noch einmal –, wenn der **zuständige Minister** im **Aufsichtsrat** eines Unternehmens ist, das zu 79 % seinen Strom aus Schleswig-Holstein bezieht. So und nur so kann er konsequent bei der Umstel-

(Peter Wellmann)

lung und damit bei der Modernisierung der Energieversorgung für das Land wirken.

Im übrigen, meine Damen und Herren, haben wir im Parlament zu entscheiden, ob der Minister in dieser Funktion in unserem Auftrag, aus unserer Interessenlage handelt. Sollte er dies nicht tun - ich habe allerdings keinen Zweifel, daß er es tun wird -, wird ihn die SPD-Landtagsfraktion auf diesem Weg und auch kritisch zur Brust nehmen. Dies ist nämlich der Unterschied zu Ihrer früheren Arbeitsweise, daß die Regierung nicht das tun und lassen kann, was sie will. Gelegentlich wird Ihre Fraktion, Herr Minister, auch dafür Sorge tragen, daß Sie auf dem rechten Weg bleiben.

In diesem Sinne werden wir der Vorlage der Regierung zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Das Wort hat Herr Minister Jansen.

Günther Jansen, Minister für Soziales, Gesundheit und Ernergie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In halbwegs eigener Sache zu sprechen, ist so ein Problem. Aber lassen Sie mich vier kurze Feststellungen treffen.

1. Ich habe das Gefühl, wir haben die Grundlinien unserer Energiepolitik und der Probleme der Sicherheit noch gar nicht richtig formuliert, und schon wird aus allen Richtungen gegen das angelaufen, was man noch gar nicht klar erkennt. Ich habe also das Gefühl, daß einige schon durch diese eingebildete Frontlinie hindurchlaufen.

2. Das **Aufsichtsratsmandat** bei den **HEW** ist ein Mandat des Hamburger Senats. Es gibt die Bitte und die Aufforderung an mich von Herrn Kuhbier, die **Kooperation in der Energiepolitik** auch an diesem Punkt so zu verstehen. Und es gibt dazu einen Koalitionsbeschluß.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Interessenkonflikt!)

3. Der Aufsichtsratsvorsitzende, Umweltsenator Kuhbier, ist für die HEW nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genauso **Aufsichtsbehörde** für Kohlekraftwerke - und die damit zusammenhängenden Genehmigungen - wie wir in Schleswig-Holstein nach dem Atomgesetz für Atomkraftwerke.

(Zuruf von der CDU: Das wird dadurch nicht besser!)

4. Weder die Insider-Richtlinien noch die Satzung der HEW noch das Landesverwaltungsgesetz sprechen dagegen.

(Zuruf von der CDU: Aber das Aktiengesetz!)

- Das Aktiengesetz formuliert: „für den geschäftlichen Erfolg einzusetzen". Angesichts dessen, daß die HEW eine Debatte darüber führen, ob sie ihre **Satzung** auf einen gewollten **Ausstieg aus der Kernenergie** hin orientieren, kann ich mir vorstellen, daß ein Energieunternehmen, das rechtzeitig gegen die Gefahren der Kernenergie umsteuert, geschäftlich besser davor sein kann, als wenn das geschieht, was geschehen kann.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Ich bin bewußt genug, die Problematik zu sehen, die eine politische ist und in der Diskussion auch eine betriebsbezogene Problematik sein kann. Es gibt viele gemeinsame Ansatzpunkte. Wenn ich feststellte, daß es für mich Behinderungen und Einbindungen im Hinblick auf die Funktion in Schleswig-Holstein gäbe oder Probleme für die Geschäftsentwicklung, wüßte ich schon, was ich zu tun hätte. Aber, bitte, lassen Sie uns endlich einmal versuchen, länderübergreifend Energiepolitik zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lianne Paulina-Mürl:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kribben.

Klaus Kribben [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will jetzt nichts zu dem schneidigen Beitrag des Kollegegen Wellmann sagen, sondern nur noch einmal das aufnehmen, was der Energieminister zum Schluß gesagt hat: Ich bin bereit, diese Brücke zu betreten,

(Zuruf von der SPD: Donnerwetter!)

wenn die Landesregierung in der Person des Ministerpräsidenten hier erklärt, daß immer dann, wenn es zu **Interessenkonflikten** kommen könnte - und ich füge hinzu: auch wenn nur der Anschein dafür entstehen könnte - sichergestellt ist, daß nicht der Energieminister Günther Jansen, sondern sein Staatssekretär diese Aufgabe wahrnimmt. Wenn wir diese Erklärung hier heute erhielten, würden wir uns bei dieser Abstimmung der Stimme enthalten.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Paulina-Mürl:

Meine Herren und Damen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

(Thomas Lorenzen [CDU]: Das ist schade!)

Ich lasse über den Antrag Drucksache 12/13 - und zwar die Spiegelstriche 1 bis 7 - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Keine! Spiegelstriche 1 bis 7 sind einstimmig angenommen.

Ich lasse jetzt über den Spiegelstrich 8 abstimmen. Wer dem Spiegelstrich 8 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Der Spiegelstrich 8 ist gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen worden.

(Beifall bei der SPD)

(Präsidentin Lianne Paulina-Mürl)

- Sie gucken so, ich hoffe, wir sind uns einig: Das ist kein Gesetzentwurf, so daß der Antrag damit angenommen ist und darüber nicht noch einmal abgestimmt zu werden braucht.

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf:

Wahl der Mitglieder des Landtages für den Landeswahlausschuß

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU und des Abgeordneten Karl Otto Meyer (SSW)
Drucksache 12/15

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Keine! Einstimmig angenommen!

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Wahl der Mitglieder der nach dem Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz zu bildenden Kontrollorgane

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und der CDU
Drucksache 12/16

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Einstimmig! Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission des Verfassungsschutzes

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU und des Abgeordneten Karl Otto Meyer (SSW)
Drucksache 12/17

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wer dem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Wahl der Mitglieder des Landtages für den gemäß § 23 Abs. 7 des Finanzausgleichsgesetzes zu bildenden Ausschuß

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und der CDU
Drucksache 12/18

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wer dem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Einstimmig! Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Wahl der Mitglieder des Landtages zum Richterwahlausschuß

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und der CDU
Drucksache 12/19

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich bitte um Zustimmung. - Einstimmig!

Ich rufe Punkt 11 der Tagesordnung auf:

Wahl von drei stimmberechtigten Mitgliedern für den Landesjugendwohlfahrtsausschuß

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und der CDU
Drucksache 12/20

Eine Aussprache ist ebenfalls nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig. Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf:

Wahl der Mitglieder des Landtages für den Kleingartenausschuß

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und der CDU
Drucksache 12/21

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf:

Haushaltsrechnung 1986 und Vermögensübersicht 1986

Bericht des Finanzministers
Drucksache 11/50

Die Haushaltsrechnung 1986 konnte in der abgelaufenen Wahlperiode nicht abschließend behandelt werden. Ich schlage Ihnen vor, daß sie - wie abgesprochen - ohne Aussprache an den Finanzausschuß überwiesen wird. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Einstimmig!

In Anbetracht der Zeit und der Absprachen, die die Fraktionen getroffen haben, unterbreche ich die Tagung.

(Zurufe: Punkt 15! Ohne Aussprache!)

- O ja, alle, die arbeiten möchten, dürfen das.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 15 auf:

Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1988

Bericht des Eingabenausschusses
Drucksache 12/12

Wird von dem Herrn Berichterstatter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist auch nicht vorgesehen. Wer von dem Bericht des Eingabenausschusses Kenntnis nehmen und die Erledigung der Eingaben bestätigen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Einstimmig!

Somit kommen wir nun zu der wohlverdienten Unterbrechung der Landtagstagung. Wie beginnen morgen um 10.00 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 4, Einsetzung einer Enquete-Kommission.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 18.42 Uhr.